

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pro Nummer 10 Pf., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 90 Pf., halbjährlich 1.70 Mark, jährlich 3.20 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgeheilene Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (teilgebrachte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 30. August 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Zaren-Gnade.

Wir beklagten uns vor, nach Kenntnisnahme des Wortlauts des Gnadenmanifestes des Zaren auf diese Kundgebung noch einmal zurückzukommen. Wir nahmen auf Grund der Erfahrung, die wir mit dem von Plehwe inspirierten Manifest vom 26. Februar 1903 gemacht hatten, an, daß es in der That schlimmer sei als es zuerst in der abfärbenden telegraphischen Mitteilung erschienen war. Jedoch mußten wir der Objektivität halber gestehen, daß, während das Plehwe'sche Manifest in der seiner Zeit zuerst telegraphisch mitgeteilten Fassung sich als zu Gunsten des Zarismus erwies, das neue Manifest in einem seiner wichtigsten Teile, nämlich dem die politischen Verbrechen anlangenden, im vollen Wortlaut auf den ersten Blick humaner erscheint, als die telegraphische Uebersetzung vermuten ließ. Jedoch, betrachten wir uns das Manifest etwas genauer, so lassen wir sagen: die telegraphisch abgelesene Mitteilung war diesmal ehrlicher — sie sprach zum Teil in plumper, aber offener Weise ungefähr das aus, was im Manifest durch eine Aneinanderreihung heuchlerischer Phrasen verdeckt werden soll.

Was das Hauptstück des Manifestes anlangt, nämlich die Aufhebung der Körperstrafe, so bleibt der Stand der Angelegenheit auch nach dem Wortlaut des Manifestes höchst unklar. Der § 1 des Abschnitts I erklärt für aufgehoben, die Körperstrafen, die nach dem Gesetz für Vergehen der Dorfbewohner, Angehöriger einiger Fremdbörschaften („Anobzi“) und anderer Personen, die durch ihre Ständerechte oder andre gesetzliche Bestimmungen nicht von dieser Strafe befreit worden waren.“ Dies ist man diesen Paragrafen, so kann man in der That glauben, die scharfe Körperstrafe hört nun für alle Personen überhaupt auf als gesetzliches Strafmittel zu existieren. Jedoch wird man schon durch den § 21 des Abschnitts XIX belehrt, daß dem nicht so ist. Dieser Paragraf besagt nämlich, daß den Verbannten und Zuchthausinsassen, die sich für Thaten, die vor der Geburt des Thronfolgers begangen sind, auf Grund des Gesetzes über die Verbannten“ eine Verstrafung mit Nutenstrafen erwirkt haben, diese Strafe erlassen werden soll. Für derartige Thaten, die nach der Geburt des Thronfolgers begangen sind, wird also weiter mit Nuten darauf losgesehen werden. Es bleibt also in Kraft die Bestimmung des Gesetzes für Verbannte“, wonach die auf Grund von Gerichtsurteilen zu Verbannung und Zuchthaus verurteilten Männer zu Nutenstrafen verurteilt werden können. Dieses Gesetz bestimmt, daß selbst für geringfügige Vergehen, wie eigenmächtiges Verlassen des Wohnorts oder der Arbeitsstätte ohne Rücktritt, verspätete Rückkehr von gestatteterm Verlassen des Wohnorts, Trunkenheit, lärmendes Betragen, Trägheit beim Arbeiten, Vernachlässigung der Hauswirtschaft und ähnliche Vergehen gegen die festgesetzte Ordnung“, bis zu 100 Fieben verurteilt werden kann, und zwar erfolgt die Verurteilung seitens der Dorfbehörden oder des Gefängnis-Inspektors ohne ein gerichtliches Verfahren bis zu 30 Fieben nach eigenem Ermessen, bis zu 100 mit Einwilligung der städtischen und Kreispolizei. Das im Manifest beiläufig zugegebene Bestehen bleiben der Körperstrafe für Verbannte und Zuchthausler giebt uns volles Recht zur Befürchtung, daß auch nach im Manifest nicht erwähnte Fälle des Bestehensbleibens der Körperstrafe in Aussicht genommen sind. Darin bestärkt uns auch die Thatfache, daß in der Einleitung zum Manifest vorläufiger von der Aufhebung der Körperstrafe gesprochen wird, als im oben angeführten § 1 des Abschnitts I. Dort wird ausdrücklich gesprochen von der Aufhebung 1. der auf Grund des Gesetzes von Dorfbehörden auferlegten Körperstrafen und 2. der Aufhebung der Prügelstrafe in der Armee und Marine.“ Es ist aber hier nicht die Rede von Aufhebung der Prügelstrafe, die von den Gouverneuren als Mittel zur Niederwerfung von Bauernaufständen stets angewendet wird. Auch werden die russischen Studenten, falls sie Lust verspüren werden, sich gemeinsam mit Arbeitern an städtischen Straßendemonstrationen zu beteiligen, noch oft neuen Anstoß bekommen, auf ihren Feststenden das berühmte Lied anzustimmen: „Peitschen, Peitschen, mein Peitschen, vergiß nicht, was du uns am 8. Februar angethan hast!“

Die Wichtigkeit unserer Beurteilung des Erlasses der Steuerrückstände ist nunmehr durch zwei der zarentreuesten russischen Zeitungen bestätigt. Die „Kowoje Wremja“ schreibt: Die bedeutendsten Steuerrückstände seien entstanden, weil die Steuern nicht der Ertragsfähigkeit des Landes entsprachen hatten, und daß sie sich zum größten Teile angehäuften haben dort, wo der ökonomische Wohlstand der Bevölkerung am meisten erschüttert sei. Der Erlass eines bedeutenden Teiles der Rückstände sei besonders wichtig gerade jetzt, wo der Krieg von unsrem Volke nicht wenig neue Opfer erfordern wird.“ Und die „Kowoj“ sagen: „Der Erlass der Rückstände wird zweifellos das regelmäßige Eingehen der laufenden direkten Steuern zur Folge haben.“

Der Gnadenakt gegenüber den Juden, der darin besteht, daß den jüdischen Familien die für ihre militärischen Mitglieder zu bezahlende Geldstrafe erlassen wird, bringt uns zunächst die echt russische Bestimmung in Erinnerung, wonach für die Schuld

eines Juden seine nichtschuldigen Familienangehörigen bestraft werden. Bei dem Geschäftsum, den die russische Regierung, dem Zeugnis der „Kowoje Wremja“ und der „Kowoj“ nach, mit den Gnadenakten verbindet, sind wir aber auch berechtigt zur Annahme, daß sich mit der Einziehung solcher Strafgeelder ein lohnendes Geschäft machen ließ. Ein weit besseres Geschäft macht die Regierung mit den Juden in einer andern Weise. Wenn nämlich im Manifest die folgende Bestimmung aufgenommen wäre: „Das Geld, das von den russischen Gouverneuren im Laufe von sechs Monaten vor der Geburt des Thronfolgers aus der jüdischen Bevölkerung unter Drohung mit ihrer eventuellen Schuldfreiheit gegen zu erwartende Judenraube — in der Form von „freiwilligen“ Geldopfern für Kriegszwecke ausgepreßt worden ist, wird ihr zurückerstattet“, dann hätte die Regierung in der That ein empfindliches Opfer bringen müssen.

Was nun die Bestimmungen über Vergünstigungen für die politischen Verbrechen“ anlangt, so hatte sie der Telegraph in der That nicht richtig mitgeteilt und zwar wie gesagt, dem ersten Anschein nach nicht richtig zu Ungunsten des Zarismus. Es heißt nämlich im Manifest, von den Vergünstigungen, die allen Verbrechen zu teil werden, sollen auch die politischen Verbrechen nicht ausgeschlossen werden. Sieht man sich aber die Sache genau an, so muß man sich sagen, daß das telegraphische Bureau eigentlich recht hatte, wenn es nicht für nötig hielt, ausführlich auf diese Vergünstigungen einzugehen. Böllig straflos werden von den politischen Verbrechen sämtliche Minderjährige sowie alle, die zu Gefängnisstrafe nicht über sechs Monate und zur Polizei-Aufsicht oder Beschränkung des Aufenthaltsrechts auf ein Jahr verurteilt worden sind. Es sind das Fälle, die unter den russischen Verhältnissen schon gar nicht mehr ernst genommen, sondern nicht mehr als wie Robelstiche empfunden werden. Hingegen bei wirklich ernsthaften Fällen soll zwar Verklärung der Strafezeit eintreten, und zwar soll ewiges Zuchthaus durch 14 jähriges ersetzt, die Strafe der auf eine Zahl von Jahren zum Zuchthaus verurteilten soll um die Hälfte, der zur Verbannung, zum Gefängnis über sechs Monate und zur Polizeiaufsicht und Aufenthaltsrechtsbeschränkung über ein Jahr verurteilten um ein Drittel verürzt werden, aber das alles nur in Fällen, wo der Generalgouverneur bezw. der Gouverneur es nach Feststellung einer „guten Aufführung“ der Verurteilten für nötig halten wird — das telegraphische Bureau hatte also so unrecht nicht, wenn es, zusammenschließend, von einer Begnadigung „nach Ablauf der Strafezeit“ sprach. Für die Fälle, wo vom Gericht auf Todesstrafe erkannt wird, ist im Manifest überhaupt keine Begnadigung vorgesehen.

Verbrechen, für welche nach dem Gesetz überhaupt keine Verjährung eintritt, nämlich Attentate gegen das Leben des Zaren, verjähren — nimmehr nach dem Manifest, falls sie 15 Jahre vor Geburt des Thronfolgers begangen waren. Der Berechtigtheit halber sei festgestellt, daß dies der wahre Sinn des Satzes ist, der in der telegraphischen Mitteilung so gelautet hatte: „Politische Verbrechen, welche mindestens fünfzehn Jahre vor der Geburt des Thronfolgers begangen wurden und bis zu diesem Tage unbekannt bleiben, werden der Vergessenheit anheimgegeben.“ Und doch entsprach gerade diese dem Wortlaut nach nicht ganz richtige telegraphische Mitteilung — die wir getreu wiedergegeben hatten als eine Uebersetzung ins Russische des deutschen Sprichworts von den Altenbergern, die keinen hängen, den sie nicht haben — genau dem wahren Sinne des ganzen Manifestes, und der ist, kurz zusammengefaßt, der: Die russische Regierung host kein Geld, wo keins zu haben ist, und sie wartet keinen, der es verstanden hat, ihren Fingern zu entgehen. Darin besteht ihre „Gnade“. Der Zarismus erweist sich also durch das Gnadenmanifest lediglich selber die Gnade, nicht fruchtlose Anstrengungen machen zu müssen. —

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Von dem Hauptkriegsschauplatz bei Lianjiang

liegen heute nur dürftige russische Meldungen vor, die aber immerhin erkennen lassen, daß die Japaner unaufhaltsam vordringen und daß die entscheidenden Kämpfe bevorstehen. Die russischen Nachrichten reichen nur bis zum Sonntag. Ueber die Aktionen am Montag ist noch keinerlei Nachricht eingetroffen.

Das Resultat der bisherigen Kämpfe war, daß die Russen sich auf die Hauptstellungen in unmittelbarer Nähe von Lianjiang zurückzogen. Die besetzten Stellungen bei Anshantschan wurden preisgegeben. Nach dem Wortlaut der russischen Meldungen war diese Preisgabe natürlich eine freiwillige. Aber wenn man berücksichtigt, daß die Russen während der vierjährigen Kämpfe vom 24. bis 28. nach ihren eignen Angaben bereits 3000 Tote und Verwundete verloren haben, ergibt sich, daß die Russen aus allen Positionen herausgeworfen wurden.

Trotzdem handelte es sich bis jetzt wohl nur um die Kämpfe vorgeschobener Abteilungen, die entscheidenden Schlachten werden noch zu schlagen sein.

Die Meldungen lauten:
 Petersburg, 28. August. General Scharow meldet dem Generalstab unter dem gestrigen Datum: Auf der Südfront zogen sich unsere Vorabteilungen am 26. August langsam zurück zu der besetzten Stellung bei Anshantschan. Auf der ganzen Front fanden Schärnheiten statt. Die japanische Artillerie beschuß an verschiedenen Punkten unsere Stellungen. Unsere Geschütze feuerten auf die feindlichen Kolonnen und die von ihnen aufgeführten Befestigungsarbeiten. Das erfolgreiche Feuer unserer Artillerie nötigte die Japaner ein ausgebreitetes

Witaf bei Jamain, 10 Werst südlich von Anshantschan, aufzugeben und es nach dem Dorfe Walsafat, 2 Werst südlich von Jamain, zu verlegen. Gegen 6 Uhr abends wurde das Feuer überall schwächer. Der Kampf war am heftigsten auf dem linken Flügel unserer Südfront. Der Gesamtverlust der Truppen der Südfront betrug gegen 200 Mann. Zur Nacht zogen sich alle Avantgarden auf die Hauptstellung zurück. Gegen die Südfront rückte der Feind in einer Stärke von etwa fünf Divisionen vor. In südöstlicher Richtung wecheten unsere Truppen alle Angriffe der Japaner ab. Die Truppen des rechten Flügels gingen gegen Abend selbst zum Angriff über und waren die Japaner nach Tamsinpu und Tasintu, 6 und 7 Werst südwestlich von Liandiansan, zurück. Der Gesamtverlust unserer Truppen auf der Südfront betrug ungefähr 400 Mann. Unsere Abteilung im Osten hatte gestern einen hartnäckigen Kampf mit bedeutenden feindlichen Streitkräften zu bestehen. Auf dem rechten Flügel schlug unsere Infanterie auf den vordersten Stellungen bei Jegu, 11 Werst nordöstlich von Liandiansan, ohne von der Artillerie unterstützt zu werden, tapfer und standhaft die Angriffe zurück, die der Feind, der auf allen Punkten an Zahl sehr stark war, in der Nacht unternahm. Es kam zu einem Bajonettkampf. Unter den Verwundeten befinden sich Offiziere, die durch Hieb- und Stoßwaffen sowie durch Revolververletzungen verwundet worden sind. Nach einem hartnäckigen Kampfe auf den vordersten Stellungen gingen unsere Truppen auf die Hauptstellung zurück, die durch Artillerie verstärkt worden war. Das Regiment Tambow behauptete auf dem linken Flügel bei Jegu, 9 Werst nördlich von Jegu, die vorderste Stellung von 1 Uhr früh bis 4 Uhr nachmittags und schlug alle Angriffe des Gegners mit dem Bajonettkampf zurück. Es wurden vier Gegenangriffe unternommen. Der Regimentskommandeur wurde verwundet. Die Umgehung des linken Flügels der Stellung bei Jegu und das Längsfeuer der japanischen Batterien nötigten das Regiment Tambow aber zum Rückzuge, der in voller Ordnung vor sich ging. Hierbei wurden sechs unbrauchbar gewordene Geschütze zurückgelassen. Die Japaner gingen mit einem wahren Fanatismus zum Angriff vor und erlitten große Verluste. Unsere Truppen erbeuteten eine bedeutende Zahl von Gewehren und Ausrüstungsgegenständen. Die Verluste auf dieser Front sind noch nicht genau festgestellt, aber betragen über 1500 Mann an Toten und Verwundeten. Trotz des langen hartnäckigen Kampfes waren alle Truppen in guter Stimmung und führten die notwendigen Marschbewegungen im Dunkel der Nacht bei heftigem Regen, der den Boden sehr erweichte, in voller Ordnung unter Muffel aus. Am 27. unternahm der Gegner auf der ganzen Front keinen entscheidenden Vormarsch. Gegen 2 Uhr nachmittags wurde festgestellt, daß die Japaner auf Taempin, 13 Werst nördlich von Liandiansan, über Lubingtu vordrängten.

Petersburg, 29. August. Eine Mitteilung des Generalstabs besagt: Am 28. August setzten die Japaner den Vormarsch auf der Front zwischen Anshantschan und Liandiansan fort. In den Nachmittagsstunden wurden beim Rückzuge unserer Truppen Generalmajor Rutowski und Oberstleutnant von Raaben getötet. Die Zahl der aus der Front ausgehenden ist noch nicht festgestellt. Den Verbandplatz passierten gegen vierhundert Verwundete. Die Verluste des Gegners sind bedeutend, auf den übrigen Punkten herrschte Ruhe.

Lianjiang, 29. August. (Meldung des „Reuterischen Bureau“.) Die russische Armee steht vor Lianjiang, wo Hügel von Artillerie in guter Ordnung eingetroffen sind. Die Schlacht dauerte vier Tage an. Das japanische Heer rückte mit der größten Entschlossenheit vor, ohne Opfer zu scheuen. So verlor ein Bataillon am 28. d. M. abends bei einem Angriff bei Saolingpu seine sämtlichen Offiziere. Der Troß der vier Armeekorps zog sich über die Ebene unter dem Schutze von Truppen zurück, die in ihren Stellungen blieben, bis der letzte Gepädwagen verwundet war. Die russische Artillerie schoß andauernd mit sämtlichen Geschützen. Das Schauspiel machte tiefen Eindruck. Trotz der regelmäßigen Vorrückens der Japaner, die mit großer Präzision vorgingen, feuerten die Russen aus ihren Geschützen mit vollkommener Kaltblütigkeit. Die Verbindungen sind nicht unterbrochen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. August.

Ein Massenprotest gegen den Russenkurs.

In Offenbach fanden, wie uns von dort berichtet wird, am Sonntagvormittag zwei Protestversammlungen statt, die von mehr als 5000 Personen besucht waren. In den Sälen des Gewerkschaftshauses, die in sinnreicher Weise mit einander in Verbindung stehen — sie sind nur durch Jalousiewände, die aufgezogen werden können, getrennt —, waren mehr als 3000 Personen versammelt, im Garten mehr als 2000. Im Saale sprach der Abg. Ulrich, im Garten der Abg. Scheidemann über die Russifizierung Preußens und die Verprechtung Hessens. Anlaß zu den Protestversammlungen hatte die in Frankfurt und Offenbach erfolgte Androhung der Ausweisung unfres Genossen Wernerstorfer gegeben. Von Frankfurt aus waren mit der Lokalbahn, zu Fuß und per Rad mehr als 2000 Personen nach Offenbach gekommen. Wenn in der unten folgenden Resolution nur von 4000 Versammlungsteilnehmern die Rede ist, so erklärt sich das durch den Umstand, daß 4000 Eintrittskarten gedruckt und verkauft waren. Tatsächlich sind aber noch viele hundert Personen in den Garten geströmt, die keine Karten hatten erhalten können. Für heftige Verhältnisse auffällig war das starke Polizeiaufgebot. Nicht nur die Offenbacher Polizei war auf den Beinen, sondern auch von Frankfurt — also aus Preußen! — waren zahlreiche Gendarmen erschienen. Die beiden Redner rechneten scharf mit dem Russenkurs ab. Im Saale wie im Garten wurde die Polizei außerordentlich nervös gemacht durch die dem Sinne nach gleichlautenden Ausführungen der Redner über die Androhung der Regierung, Wernerstorfer auszuweisen zu wollen, wenn er in einer

Die Aufhebung der Prügelstrafe in der Armee und Marine wird, worauf das Manifest Bezug nimmt, geregelt durch ein spezielles Gesetz vom 12. August dieses Jahres. Bemerkenswert und befremdend ist, daß nach Abschnitt IV dieses Gesetzes, das bis 12 Tage vor dem Manifest erschienen ist, die Disziplinarbestrafung mit Nuten beibehalten bleibt „für die Gefangenen, die ihrer Ständerechte, ihrer Bildung nach auf Grund besonderer Gesetze nicht von der Körperstrafe befreit sind, was speziell im Gerichts-urteil ausgesprochen werden muß“.

der Versammlungen erscheinen sollte. Wie lächerlich diese Androhung war, wurde ad oculos demonstriert. Beide Redner fragten: Wie will denn die Polizei diese Androhung ausführen, wenn wir jetzt die Mitteilung machen, daß sich Bernerstorfer hier befindet und sich herzlich freut über die riesigen Versammlungen, welche uns das heftigste Ministerium arrangiert hat? Na, wie wollte sie denn nun die Ausweisung an den Mann bringen? Stürmischer Jubel der Versammelten und nervöses Herumsuchen der Polizei nach Bernerstorfer, der natürlich längst am blauen Strande der Donau weilte! Der unbefehrbare Jubelruf legte sich erst, als die Fidelehauben ihre alten Plätze eingenommen hatten, wohl einsehend, daß sie den Bernerstorfer doch nicht fangen würden. Einstimmig wurde in beiden Versammlungen folgende Resolution angenommen:

„Die heutigen im Saalbau zu Offenbach tagenden großen von ca. 4000 Personen besuchten Volksversammlungen protestieren gegen die Wahregelung des Reichsrats-Abgeordneten Engelbert Bernerstorfer anlässlich des von ihm beabsichtigt gewesenen Vortrages über die Socialdemokratie in Oesterreich, der in Mannheim ohne Gefährdung der Staatsordnung gehalten werden konnte. Gleichzeitig geben sie auch ihrer Entrüstung darüber Ausdruck, daß die Polizeibehörden zweier deutscher Bundesstaaten, darunter sogar die unfreie bisher leidlich liberal regierten Großherzogtümer Hessen, es fertig brachten, Bernerstorfer, dessen hervorragende Verdienste um die Erhaltung des Deutschtums in Oesterreich bekannt sind, den Mund zu verschließen und ihn sogar mit Ausweisung zu bedrohen.“

Dieses Vorgehen gegen einen stammesverwandten Ausländer verdient um so entschiedener Verurteilung zu werden, als die deutschen Regierungen es zur Zeit als ihre vornehmste Aufgabe betrachten, vor einem andern ausländischen Staat, nämlich Rußland, dessen kautokratische Regierungs- und Verwaltungsmaximen nachgerade zum Gegenstand der Verachtung der ganzen civilisierten Welt sind, auf dem Vauche zu liegen und sich seinen Wünschen dienstbar zu erweisen, während sie einen deutschen Stammesgenossen, der für seine Nation Jahrzehnte lang gekämpft hat, knebeln und entrechtet, weil er Socialdemokrat ist.

In dieser fortschreitenden Russifizierung Deutschlands erblickt die Versammlung einen Ausfluß der Angst der herrschenden Klassen vor der wachsenden Macht und Bedeutung der modernen politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, vor der sich die Angehörigen der besitzenden Klassen mehr und mehr unter den Schutz der Polizeigewalt flüchten. Daß hierbei die Unterschiede der politischen Anschauungen und Traditionen des Bürgertums vollständig in Wegfall kommen, das zeigt deutlich der Umstand, daß die Presse der Liberalen und des Centrums die Regierung gegen Bernerstorfer scharf machte und dadurch das Sprechwort und die Ausweisungandrohung gegen ihn erzwang.

Dem in der Socialdemokratie politisch organisierten werktätigen Volke fällt unter solchen Umständen die Aufgabe zu, sich zum Verteidiger der stark bedrohten länglichen Volksrechte zu machen und damit eine politische Pflicht zu übernehmen, zu deren Erfüllung sich die bürgerlichen Parteien aller Schattierungen unfähig erweisen haben.

In diesem Sinne protestieren die heutigen Massenversammlungen in Offenbach mit größter Entschiedenheit gegen die brutale Wahregelung ihres Partei- und Standesgenossen Bernerstorfer durch die preussische und heftigste Polizei, sowie gegen die schließliche gänzlich unbegründete polizeiliche Auflösung der Mannheimer Versammlung und versprechen, bei allen bevorstehenden Wahlen die Antwort darauf durch Stimmabgabe für die socialdemokratischen Kandidaten zu geben.“

Die pfiffige Nachgiebigkeit der heftigsten Regierung den preussischen Wünschen gegenüber hat der Agitation in Oesterreich einen neuen Impuls gegeben, für den die Notizen, die gewohnt sind, alle Vorteile gelten zu lassen, sich bestens bedanken können. Die Verhandlung Bernerstorfers durch die Regierungen in Preußen und Hessen wird am Main ihre Wirkung nicht verfehlen. Und anderwärts sicher auch nicht.

„Aus dem Verbrecheralbum des Reichskanzlers Bilow.“ Eine originelle Ansichtskarte wurde am Sonntag in den Offenbacher Protestversammlungen gegen den Kuffenhaus verkauft. Oben quer über die Karte gedruckt ist die dieser Art vorgelegte Spitzmarke: „Aus dem Verbrecheralbum des Reichskanzlers Bilow. Dann folgt das wohlgetroffene Portrait Bernerstorfers und darunter diese Stechbriefnotiz: „Engelbert Bernerstorfer aus Wien, Amtsrichter im österreichischen Reichsrat, staatsgefährlicher Rede-Attentäter, aber unsre Hausrechts-politik frozender Kanzlerbrief-Schreiber, vollständiger Urganone, als fälschlicher „Reichsausländer“ aus Vorderbrunn und Kleinpreußen durch Reichshauptengel per Schub über die Grenze zu bringen.“ — Die Karte wurde massenhaft gekauft.

Galizische Reise.

st. Wien, 26. August.
Heute hat Herr v. Koerber die längst beschlossene Reise nach Galizien angetreten. Von dem „Pflanz“ der ministeriellen „Informationsreisen“, bei denen außer ein paar konventionellen Empfängen und Begrüßungen, Banquetten und Toasten nichts herauskommt, hat sich der österreichische Ministerpräsident bisher sorgfältig ferngehalten; er suchte lieber damit Wirkung zu erzielen, daß er den ganzen Sommer im Bureau blieb — damit die naive Welt wisse, seine Tätigkeit sei für den armen Staat so wichtig, daß auch nicht für einen Augenblick auf sie verzichtet werden könne. Umso größer war die Ueberraschung, als man vernahm, Herr v. Koerber werde eine große und lange Studienreise machen, sich auf einige Wochen nach dem österreichischen Osten begeben und Galizien und Bukowina eingehend bereisen. Was bezweckt Herr v. Koerber mit dieser Reise? In der offiziellen Lesart wird als Zweck angegeben, der Ministerpräsident, der auch Minister des Innern und Justizminister ist — auch in dieser Annäherung von Kometen ein Wiksmar in der Westentasche — wolle die wirtschaftlichen Zustände, die Führung der Justiz studieren, um sich so an Ort und Stelle von den Aufgaben Kenntnis zu verschaffen, welche diese zwei Länder der Regierungskunst in so hohem Maße stellen. Nun ist es zweifellos, daß die politische und sociale Vernachlässigung des österreichischen Orients nach Reformen schreit und daß der Staatsmann dort Probleme ganz eigener Art vorfindet. Aber ebenso unterliegt es keinem Zweifel, daß man von den ökonomischen Zuständen, von der politischen Rückständigkeit eines Landes blutwenig erfährt, wenn man Gebäude und Amtsräume „besichtigt“.

Das sociale Problem Galiziens ist eine Ueberbevölkerung, die einerseits der von den Latifundien aufgefangte und in Zwergbesten zerstückelte Boden nicht zu ernähren vermag, und die andererseits von der Industrie nicht aufgenommen wird, weil es für diese an den materiellen und socialen Voraussetzungen gebricht. Was kann der Minister bei seiner Wanderung von Deputation zu Deputation, von Bankett zu Bankett davon sehen? Und wird er die Mißstände auf dem Gebiete der Verwaltung und Rechtspflege wahrnehmen, wenn er die Amtsgedäude besucht und die Bureauis inspiziert?

Die Lust am Informieren ist es also sicherlich nicht, die Herrn v. Koerber diese Herbstreise angeraten hat, wenn es auch möglich ist, daß sachliche Motive mitwirken. Aber die eigentlichen Ursachen liegen sicher auf politischem Gebiete. Nicht daß Herr v. Koerber einen

bestimmten Zweck verfolgen würde — so einfach liegen die Dinge im lieben Oesterreich, wo die Politik nicht aus Willensäußerungen, sondern aus Stimmungsbildungen besteht, nun eben nicht. Um, wie man hört, die angeblich unfreundliche Gesinnung des Polenklubs zu beschwichtigen, brauchte sich der Minister wirklich nicht den Strapazen einer Reise nach Galizien zu unterziehen. Erstens ist es mit den sogenannten Verstimmlungen der Schlachzigern nie weit her; die Macht dieser Klasse im Lande ist so ganz ein Produkt des Wahlprivilegs, der Begünstigungen von oben, daß sie des Wohlwollens der Regierung nicht entbehren kann und einer unabweislichen Opposition schledhthin unfähig ist. Der polnische Adel hat in Oesterreich — wie überall — auf seine national-revolutionäre Vergangenheit völlig verzichtet und marschiert heute an der Spitze der schwarz-gelben Hospatrioten; von dieser Seite droht keiner Regierung und am wenigsten der Regierung Koerber Gefahr. Aber ob die Herren Jawonski und Dzieduszycki „verstimmt“ sind oder wohlgezwungen: die parlamentarische Krise besteht doch nicht darin, daß es der Regierung an einer Mehrheit gebricht, sondern darin, daß das Parlament durch die ezechische Obstruktion arbeitsunfähig gemacht ist. Der Schlüssel zu den Thoren des Parlaments ist also in Prag zu finden, nicht in Lemberg; von der Freundschaft des Polenklubs kann Herr v. Koerber die Erlösung nicht kommen. Er braucht nicht nach Galizien zu fahren, um die Polen zu verfühnen, und wenn er ihre Liebe gewinnt, hat er daran fürs Parlament nichts gewonnen. Was sucht er also in dem Polenland?

Als sachliche Informationsreise erscheint Koerbers erste galizische Reise harmlos, als politischer Schwachzug verfehlt — und dennoch ist sie ein ganz geschicktes Manöver, das dem Erfindungsgeist der kleinen Exzellenz alle Ehre macht. Die Studienreise erweckt vor allem die Illusion, daß in Oesterreich regiert wird — regiert, obwohl das Parlament versagt und von den stützigen Abgeordneten nicht die kleinste Gesetzesvorlage zu haben ist. Der Ministerpräsident, der das ganze liebe Jahr in seinem Amtszimmer hoht und den der heißeste Sommer seinen Pflichten nicht unreu macht, der entschließt sich zu einer mehrtägigen, strapaziösen Studienreise; das muß doch etwas bedeuten! Und er begnügt sich nicht, wie seine leichtfertigen Vorgänger, mit dem Besuch der großen Städte eines Landes, sondern geht in die Provinz, wo sie am armseligsten und unwirksamsten ist; da sieht man doch, wie ernsthaft jetzt regiert wird, wie sachlich man die Dinge nun ansieht! Herr v. Koerber will zeigen, daß der Staat in guten Händen ist, da er durch den Selbstmord des Parlaments in die Hand der alles verfassenden und alles verordnenden Regierung geraten ist; daß das Leben nicht stille steht, sondern die Arbeit und zwar erste und planmäßige Arbeit vorwärts geht, wenn auch die Herren Abgeordneten streifen. Das also ist der Sinn dieser Reise: Reklame für die Regierung! Dieses Ergebnis wird sich auch sicherlich einstellen. Zwar ist die Reise nichts, aber sie schaut nach etwas aus — und das hat allezeit den bescheidenen Oesterreichern genügt.

Für die Regierung ist das natürlich alles außerordentlich wichtig, denn ihre Existenz beruht ja nicht mehr auf ihren Thaten, sondern nur darauf, zu welcher großen Thaten man Herrn v. Koerber für befähigt hält. Nun hat sich die anfänglich so gute Meinung über den Chef der Regierung überall sehr abgeschwächt und die ihm einst begeistert zugejubelt, sind nun recht lau und wankelmütig geworden. Insbesondere die Deutschen sind durch verschiedene, sachlich zwar unbedeutenden, aber in ihrem Zusammentreffen doch ganz bezeichnenden sprachlichen Verfügungen verstimmt worden. Da ist vor allem die Befassung der italienischen Univeritätskurse in Innsbruck, obwohl sich die Regierung vor zwei Jahren feierlich verpflichtet hatte, die weder den Italienern entsprechenden, noch den Deutschen genehmen Kurse aus der Stadt zu entfernen, wo ihre Anwesenheit zu ständigen Reibereien und Mauseereien Anlaß giebt. Da es nun nicht gelungen ist, das Projekt einer eignen italienischen Universtität zu realisieren, will die Regierung die italienischen Kurse von der deutschen Universtität wenigstens räumlich trennen — was aber den Deutschen nicht genügt, wenn es die Italiener auch verleiht. Ein zweiter Beschwerdepunkt ist ein Erlass des Unterrichtsministers, welcher von auf der kroatischen Universtität in Agram (in Kroatien, also staatsrechtlich in A u s l a n d e) erworbenen Zeugnissen der kroatischen Rechtslehrer aus Oesterreich im österreichischen Gebiet Rechtsgültigkeit verlieh — obwohl die so Studierenden weder die deutsche Sprache erlernen, noch die österreichischen Gesetze erfahren — also eine Verfügung, deren Vernünftigkeit auch vom kleinsten Sachverständigen sehr fragwürdig ist. Den lebhaftesten Sturm erregt aber die Errichtung ezechischer und polnischer Parallelklassen an den deutschen Lehrerbildungsanstalten in Troppau und Teschen (Schlesien) — obwohl für diese sicherlich gewichtige Gründe sprechen. Aber in nationalen Dingen kennen die Menschen in Oesterreich keine Sachlichkeit und werden sich nie zu einer objektiven, gerechten Beurteilung heanemen. Unzweifelhaft liegt allen diesen Verfügungen ein Plan zu Grunde — der alte Koerber-Plan — mit jeder Partei und mit allen guten Beziehungen zu unterhalten, sich überall Freunde zu werden und mit kleinen Gefälligkeiten großen Konflikten vorzubeugen. Die kleinen Konzeptionen an die Slaven, die polnische Reise und nicht zum mindesten die immer stärker werdende Müdigkeit der Obstruktionklämpfer werden auf das Parlament ihre Wirkung nicht verfehlen. Viel Staat ist mit dem jämmerlichen Privilegienparlament natürlich nicht zu machen, aber es kann schon sein, daß, wenn Herr v. Koerber aus Galizien heimkehrt, er gutes Parlamentswetter mitbringt. —

Deutsches Reich.

Nationalliberales Zeugnis. In der Wochenschau der Sonntagsnummer der „Kreuz-Zeitung“ stellt das Hauptorgan des preussischen Junkertums den Nationalliberalen ein etwas ungünstiges wie in jedem Punkte treffendes Zeugnis aus. Das Blatt höhnt über den Vertretertag des Reichsverbandes der nationalliberalen Jugend, dessen Tagesordnung eine nicht eingestandene „Rückwärts-Konzentrierung“ vor dem kühnen Ansturm gegen den Schulompromiß bedeutet:

„Ob dieser Eindruck (der Rückwärts-Konzentrierung) schreibt das Blatt wörtlich) zutreffend ist, können wir zwar nicht wissen, und lassen es deshalb dahingestellt; daß es aber zu dem Wesen des Nationalliberalismus paßt, läßt sich erfahrungsgemäß nicht bezweifeln. Drei Schritt vorwärts, zwei zurück, wie die Echterner Sprungprozedur, das ist von jeher Brauch gewesen, nicht nur bei den Alten, sondern auch bei den Jungen, von denen ebenfalls viele schon graue Haare tragen.“

Warten wir also ruhig ab, was bei den Auseinandersetzungen des Vertretertages herauskommt. Die linksnationalliberale Presse, deren Segel der jugendliberale Wind vor Jahresfrist bis zum Bersten schwellte, steuert heute jedenfalls einen ganz andren Kurs; die Leinwand schleift am Mast, und der Schiffer, der damals, dem nordischen Seelöwe gleich, zu Kampf und Sieg hinausfuhr, blickt grämlich vor sich hin und denkt: ach wäre ich nur erst wieder bei Mutter! Man kann eben nicht alles auf einmal thun. Geschäft und Politik, das läßt sich nicht so leicht vereinigen, wie man in der gehobenen Stimmung des Festmahls wohl denkt. Eines schied sich in der That nicht für alle. Der wohlgenährte liberale Bürgermann, der auf seinem Comptoir vorrechtlich Bescheid weiß und Reichthümer zu sammeln versteht, wie andre Brombeeren pflanzen, ist meist ein verlorener Mann, wenn er sich mit den Feinden der Deutschtum verleiht und das Vaterland auf seine Weise zu retten versucht.

Das zeigt sich von Geschlecht zu Geschlecht immer wieder von neuem. Was die Väter verkehrt gemacht, machen die Söhne gewöhnlich noch schlimmer. Das sehen wir ja daran, wie sich die Beziehungen der Alten zu den Jungen im nationalliberalen Lager gestalten. Wenn davon überhaupt geredet werden darf, so ist bei den Alten vergleichsweise doch noch mehr gesunder Menschenverstand zu finden, als bei den Jungen, die sich während des ganzen letzten Jahres als Politiker geradezu sinnlos aufgeführt haben und in dieser Hinsicht nicht einmal von den Freisinnigen beneidet zu werden brauchen. Wenn sie jetzt etwa zum Einlenken geneigt sein sollten, so möge man nur ja nicht glauben, daß das auf neuemotomener tieferen Verständnis beruht. Nur auf Mangel an Mut würde es deuten, auf jene sprichwörtliche Unentslossenheit bei der Durchführung selbstgestellter politischer Aufgaben, der wir bei den Nationalliberalen mit geradezu tödlicher Regelmäßigkeit begegnen. Die Sache bleibt immer dieselbe: nur die Erscheinungsformen sehen wir wechseln. Jrgend eine Angst steckt immer dahinter. Gewöhnlich ist es die vor dem Freium und dem mißfälligen Urteil seiner Presse, die die Nationalliberalen meist nicht liberal genug findet und damit fast immer ins Bodsthor zu jagen vermag.“

Dieser antikapitalistische Ausbruch gegen die feisten und feigen Bourgeois, die — im Gegensatz zur Erweislichkeit des Junkertums — politisch völlig unfähig seien, also eigentlich, nach den beliebigen Argumenten der Wahlrechtsverschönerer, vom Wahlrecht ausgeschlossen werden müßten, ist gewiß sehr ergötzlich. Nun fragt sich, was gerade jetzt diese konservative Unfreundlichkeit gegen die intimen liberalen Freunde und Bundesgenossen vom Antrag Kardorff und vom Schulompromiß veranlaßt. Jrgend eine Coullissen-Intrigue steckt bei den Konservativen immer dahinter. —

Das Conto K. Das geheimnisvolle Conto K. hat bekanntlich bei der Verhandlung des Wommernbauf-Prozesses dem Gerichts-hofe keineswegs das weitgehende Interesse abgenötigt, als man es in der Öffentlichkeit erwartete und für erforderlich hielt.

In dem schriftlichen Erkenntnis wird die Stellung des Gerichtshofes zu dieser Frage wie folgt präcisirt:

Für beide Angeklagte wurde aus ein gemeinschaftliches Conto gebucht, aus welchem im Jahre 1900 685 798 M. eingetragen waren. Die Frage, wozu die Angeklagten die hierauf verbuchten Beträge verwendet haben, ob für Ausgaben oder zur Erlangung von Zinsen und Vergleichen, ist für diesen Prozeß ganz gleichgültig; hier dreht es sich lediglich darum, ob die Angeklagten diese ihre gemeinschaftliche Schuld bei der Immobilien-Verkehrsbank wesentlich durch Minderwerte getilgt haben und dadurch diese, indirect auch die Wommernbank, geschädigt ist. Diese Frage ist zu Gunsten der Angeklagten wegen mangelnden Beweises verneint worden.“

Eine ganz seltsame Auffassung, daß es nicht darauf ankommt, wo Bankdirektoren Bankgelder lassen! —

Müller-Lobberich. Man sollte es nicht für möglich halten — und doch ist es Wahrheit. Die „freie deutsche Presse“ ist unter der Leitung von Dr. Müller-Sagan so tief gesunken, daß sie den in der Sonntagsnummer zur Erhellung untrer Leser mitgetheilten Material des Kaplanblättchens von Lobberich in einem großmächtigen Leitartikel ernsthaft behandelt und offenbar als Ausnahmestück für die Arbeit des nächsten Socialistenpiegels bespricht.

Während wir die Blüte kerikaler Sumpfpolemik zur Kennzeichnung kerikaler Unaufrichtigkeit und Dummheit pfänden, wittert die „freie Deutsche Presse“ des trotz vielsäcker, wenn auch mißglückter Versuche anscheinend immer noch nicht zum Millionär gewordenen Dr. Müller-Sagan einen verdeckten Appell — an unsre Parteigenossen dahinter. Zu der kerikalen Erleuchtung von Lobberich schreibt das Blatt:

„Offenbar wird erwartet, daß auf dem Parteitage „der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen“, der „Krosse Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten“ innerhalb der socialdemokratischen Partei-Organisation allzu grell beleuchtet wird. Den Angehörigen der socialdemokratischen Partei, die sich in führender Stellung befinden, scheinen die drohenden Erörterungen über die hohen Gehälter, welche sie aus dem Parteidel beziehen, so arge Belemmungen zu verursachen, daß sie, um der Kritik aus den eigenen Reihen vorzubeugen, einen gegnerischen Angriff an den Haaren herbeiziehen und der Lächerlichkeit preisgeben suchen.“

Offenbart sich in dieser freisinnigen Argumentation nur die Moral von Lobberich, so zeigt eine folgende Bemerkung, daß dieses Blatt der bürgerlichen Intelligenz auch so grotesk unwillig ist wie das Kaplanblättchen von Lobberich.

Dem ganz ernsthaft schreibt das führende Blatt der freisinnigen Volkspartei:

„Und nun gar die „Kritik“, die der „Vorwärts“ dem Artikel des Lobbericher Blätterblatts“ zuteil werden läßt! Die einzige Behauptung des Artikels, die der „Vorwärts“ ernsthaft zu bestreiten mag, ist die, daß er „den armen Mann, den schwere Sorgen frühzeitig in seiner Gesundheit zerrütet haben, noch nachträglich zum reichen Rabob“ werden läßt durch die Angabe: „Marx, Redakteur und Schriftsteller, hatte ein großes Einkommen.“ Die übrigen Angaben des Artikels über ionstige Gehälter zu entkräften, unterläßt der „Vorwärts“ wohl nur aus dem Grunde, weil sie nicht zu hoch, sondern zu tief beziffert sind — auch ohne Einrechnung der Bezüge, die nicht in den Redakteurgehältern sich zahlenklar ausdrücken. Oder sollten alle andern Angaben zutreffend sein?“

Da hat sich Herr Müller von Lobberich nun selber in der Falle gefangen. Er ist ein solcher Ignorant, daß er nicht einmal weiß, daß die Mehrzahl der in dem Artikel genannten Socialdemokraten überhaupt niemals existiert haben, daß unter den von Arbeiter-Groschen sich mastenden Millionären, sich arme Steinseger und mißglücklich von kleinen Gehältern lebende Proletarier befinden, und daß schließlich auch — und das ist der Humor! — bekannte freisinnige Parteiführer, bürgerlich-liberale Minister als socialdemokratische Millionäre angeführt werden. Der Verfasser des alten Witzes hat offenbar jeden — antiklerikalen Politiker flugs zum Socialdemokraten gemacht und er hätte sicher auch Herrn Eugen Richter zum socialdemokratischen Millionär befördert, wenn Richter nicht ein Außenfreund des Centrums wäre.

Als wir die lustige Geschichte von Lobberich wiedergaben, wollten wir nur die kerikale Winkelpresse amageln; wir verdanken diesem Einfall den unerwarteten Erfolg, daß wir im gleichen Zeit mit dem Bruder Deykoplan die freisinnige Volkspartei in flagranti ertwischen konnten.

Beiläufig: Gerade jüngst hat sich der nationalsocialle Raumann mit der Frage socialdemokratischer Beamtenghälter beschäftigt, in der Absicht, seine bürgerlichen Freunde geistig ein wenig empor zu heben. Sein Erziehungsberath ist, wie der jetzige Fall zeigt, vollständig ansichtslos. Aber seine Ausführungen bieten an sich Interesse, so daß einiges wiedergegeben werden möge:

„Man kann noch immer über diese Arbeiterbeamten hören, daß sie von den Groschen der armen Arbeiter ein Schmaroderbesoldung fähen. Dieser Vorwurf, der in Zeiten politischer Wahlen aus alten Flugblättern neu abgeschrieben wird, ist sachlich noch falscher als es die Vorwürfe waren, die vor 60 Jahren die damalige Demokratie gegen das Beamtentum überhaupt richtete. Es ist, wie die Dinge heute liegen, wahrhaftig keine Domherrnstelle, wenn jemand berufsmäßig den Proletariern Reden zu halten hat, und kein Ausschreitposten, wenn er Lagerhalter eines Kammereins ist. Im allgemeinen muß man sagen, daß die Arbeiterchaft ihre Beamten viel zu schlecht bezahlt, und daß es sich im Interesse der Arbeiterchaft verlohnen würde, sie besser zu stellen, denn auf die Dauer kann auch der beste Eifer nicht ohne die nötige materielle Grundlage existieren. Wer es nicht für unwürdig hält, daß ein Pastor sich bezahlen läßt und ein Professor Geld bekommt und ein Offizier ein Entgelt amimmt, der kann in der Bezahlung von Beamten, die einer Berufsbeziehung dienen, nichts Peinliches finden, und es ist nur eine lächelnde Spekulation auf die Kleinlichkeit kleiner Leute, wenn man über die

Gehälter der Proletarierbeamten redet, als seien sie ein Raub am Volke. Im Gegenteil soll man sagen: da einmal die Arbeiterkraft einen Beamtenkörper braucht, so ist es im allgemeinen Interesse wünschenswert, daß dieser Körper sittlich und gesellschaftlich tadellos ist. Das aber ist bei Unterbezahlung schwer möglich.

Neben wir mit bestimmten Ziffern. Es ist eben jetzt bei G. Birk u. Co. in München eine Schrift von Aug. Müller über die Arbeitersekretariate erschienen, eine gute Zusammenstellung aller Wissenswerten über diese neueste Art von Beamten der Arbeiterschaft (184 Seiten, Preis 3 M.). In dieser Schrift sind die Gehälter von 26 ersten Sekretären und 15 Nebensekretären mitgeteilt. Der höchste Gehalt, der überhaupt vorkommt, ist 2600 M. in Hamburg. München und Mannheim zahlen 2400 M., Nürnberg und Stuttgart 2200 M. Das ist für die in Betracht kommende Arbeit viel weniger als ein geschäftliches Rechtsbureau für gleiche Leistung würde zahlen können, denn es handelt sich hier um sehr ausgedehnte Kenntnisse, die ein derartiger Sekretär haben oder sich erwerben muß. Beispielsweise leistete das Sekretariat Nürnberg mit drei Beamten, die zusammen 6200 M. Gehalt beziehen, folgende Arbeit: Zahl der Auskunfts-forderungen 17 007, davon mündlich 15 072. Es betrafen Krankenversicherung 527, Unfallversicherung 3439, Invaliden- und Altersversicherung 566, Arbeitsfreigabe 1147, Arbeiterlohn 208, Lehrlings-löhne 93, Gefindevorhältnisse 863, bürgerliche Rechtsforderungen 1170, Ehe- und Vormundschaften 1062, Erbrecht 360, Miet- und Wohnungsfragen 1677, Pfändung und Lohnbeschlagnahme 453, Civilproze-esse 160, Strafrecht 1110, Arbeiterbewegung 243, Privatversicherung und Gewerberecht 344, Steuerfragen 131, Gemeindebürger-, Heimats-, Staatsbürger-, Wahlrecht 2125, Schulangelegenheiten 89, Militär-angelegenheiten 43, Armensachen 493 Fälle. Auch wenn man annimmt, daß die Auskunft teilweise nur in der Vertretung an den Rechtsanwalt oder eine zuständige Behörde besteht, so verlangt doch auch schon diese rein formale Auskunft ein Maß von Ueberacht, das nicht ohne Mühe und Kosten zu erreichen ist.

Ein neues vom Kaiser verfertigtes Herero-Gedenkblatt. Wilhelm II. hat ein neues Gedenkblatt entworfen, das den Angehörigen der-jenigen Herero-Kämpfer übermitteln wird, die in dem traurigen Kolonialkrieg gefallen oder krankheiten erlegen sind.

Das Blatt zeigt den geflügelten Reiter St. Georg, dessen Linde einen Vorbeertranz auf Fahnen, Paulen, Trommeln, Kürassierbarmisch und Helm niederhält und trägt folgende Inschrift: „Gedenkblatt für... (folgt Charge, Name, Geburts- und Sterbetag des Betreffenden). Er starb für Kaiser und Reich. Ehre seinem Andenken.“ Unten links befindet sich die Photographie des Gefallenen oder Verstorbenen in Tropenuniform, und zu Füßen des Blattes finden sich die Worte: „Antworten von Sr. Majestät dem Kaiser und König Wilhelm II. Ausgefertigt in Berlin, 15. August 1904, von Seiten des Oberkommandos: Obner-sorg, Oberstleutnant.“ Daneben ist der blaue Dienststempel des Oberkommandos der Schutztruppe angebracht. Das Ganze befindet sich in einem schwarzen Holzrahmen.

Diese kaiserliche Fürsorge für die Angehörigen der in Südwest-afrika Gefallenen sticht ja sehr gegen die Rücksichtslosigkeit ab, mit der das neue militärische Oberkommando in Südwestafrika die Angehörigen der „gemeinen“ Soldaten behandelt, allein viel besser wäre es zweifellos gewesen, wenn der Krieg mit seinen schweren Verlusten an blühenden Menschenleben überhaupt verniedert oder wenigstens so rasch wie möglich beigelegt worden wäre! Das wird mancher Vater und manche Mutter trotz des schönen Traueremblems schmerzlich empfinden! —

Landtagswahlen im Fürstentum Lübeck. Aus Cutin wird uns geschrieben: Die Wahlmännerwahlen im Fürstentum Lübeck fanden vom 11. bis 13. August statt. Zu wählen waren 73 Wahlmänner (auf je 500 Einwohner ein Wahlmann). Gewählt wurden 24 Socialdemokraten, 13 bis 15 Nationalsoziale, 31 Bauernbündler, die übrigen unbestimmt. Die Majorität für einen Abgeordneten beträgt 37.

Durch Zusammengehen mit den Nationalsozialen, die uns die Hand boten, konnte es uns gelingen, einen Abgeordneten durchzu-bringen.

Die am 27. August in Cutin abgetragene Wahlversammlung hatte folgendes Resultat: C. Hammerich-Cutin (Nationalsozial) erhielt 67 Stimmen mit Hilfe der Bauernbündler; F. Vogt-Cutin, Lehrer (Nationalsozial) 43 Stimmen; P. Hug-Vant, Buchdruckerbesitzer (Socialdemokrat) 38 Stimmen; Adler-Ährenböck (Freisinnig) erhielt 33 Stimmen.

Im ersten Wahlgang wurden diese vier gleich gewählt und so-mit war die Wahlhandlung zu Ende.

Von den früheren Abgeordneten erhielten die drei Bauern-bündler Grimm, Tenz und Roper 26—33 Stimmen, während auf den früheren Landtagsabgeordneten Döhler (Amtsbeimnehmer in Cutin, freisinnig) keine Stimme entfiel. Hug ist jedenfalls doppelt gewählt, außer hier noch im Amte Rüstingen, dort haben die Parteigenossen, wenn nicht alle, so doch die Majorität der Wahlmänner. Da Hug in Cutin annimmt, was unzweifelhaft, so hat in Rüstingen noch eine Wahl stattzufinden. Es ziehen dann in den neuen Landtag vier Socialdemokraten hinein, statt bisher sechs, da der Sieg unserer drei Abgeordneten in Delmenhorst nur einem Zufall zu-zuschreiben war.

Majestäts-Verurteilungen. Wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde am 20. d. M. von der Straf-lammer zu Königsberg eine Handelsfrau. Ein Maurer und dessen Ehefrau hatten die Verurteilung bei der Staatsanwaltschaft denunziert. Sie sollte in Bezug auf das Halsleid des Kaisers sich im Gespräch eines beleidigenden Ausdrucks bedient haben.

Aus der Verhandlung ging zweifellos hervor, daß die Denunziation ein Machwerk der beiden Eheleute war. Sie hatten mit der Handelsfrau lange Zeit freundschaftlich verkehrt. Die letztere hat den Eheleuten oft Gelddarlehen gegeben. Als deren Einkünfte aber nicht mehr befriedigt wurden, hatte die Freundschaft bald ein Ende. In einem früheren Termin, in dem die beiden der Angeklagten feindselig gesinnten Eheleute dieser allein als Belastungszeugen gegenüberstanden, beteuerte die Angeklagte ihre Unschuld.

Der Vorstehende hielt den beiden Eheleuten die große Ver-antwortung vor, die sie auf ihr Gewissen nehmen, wenn sie hier als die einzigen Belastungszeugen auftreten. Er ermahnte dieselben, sich vor dem Schwur doch noch einmal ihre Aussage zu überlegen, während der Verteidiger Verlegung beantragte, weil er zur Fest-stellung des Lemundes der Zeugen sowie der Angeklagten noch Zeugen laden wolle. Dem Antrage wurde damals stattgegeben. Im letzten Termin beschworen nun die beiden Eheleute ihre be-stehenden Aussagen, während die andern geladenen Zeugen nichts Besondere auszusagen konnten.

Husland.

Frankreich.

Eine Spionage-Affaire. Auswärtige Blätter brachten gestern Meldungen über eine in Paris entdeckte Spionage-Affaire. „Matin“ und „Revue Parisien“ sagen heute, es handle sich darum, daß der japanische Militärattaché dem früheren Agenten Sajoou Anerbietungen für Lieferung von Mitteln über die Verteidigung von Indochina gemacht haben soll. Der Attaché stelle diese ent-schieden in Abrede, und von zuständiger Stelle werde die Angelegenheit nicht als ernst betrachtet.

Zum Marsfelder Streif. Nach einem Telegramm des „Matin“ aus Marseille soll Minister Pelletan die Absicht haben, den be-sten Schiffahrtsgesellschaften eine Entschädigungszahlung von täglich 15 000 Francs anzuerkennen, so lange sie nicht den Post-dampferdienst wieder aufnehmen. —

Rußland.

Unruhen in Riga. Gestern fanden in Riga große Unruhen statt. Vor dem Gefängnis versammelte sich eine große Menschenmenge, aus deren Mitte Schüsse fielen, als die Polizei sie ermahnte, auseinanderzugehen. Der Polizei-

meister, dessen Gehilfe und zwei Polizisten wurden verwundet.

Ein späteres Telegramm meldet noch: Bei dem gestrigen Straßenauflauf vor dem hiesigen Gefängnis wollte die Menge mit den Gefangenen in Verlehr treten. Als der Ge-hilfe des Polizeimeisters Lischin hinzulief, wurde er mit Schüssen und Steinwürfen empfangen und lebensgefährlich verwundet. Die Menge wurde dann von der Polizei auseinandergetrieben. —

Ueber furchtbare Mißhandlungen russischer politischer Gefangener berichtet das Blatt „Globo Golos“ aus Kalisch in Rußisch-Polen folgendes: Der Gefängnisdirektor Chalinski und sein Gehilfe Karlowski, letzterer ein notorischer Trunkenbold, unterschlugen das für die Ernährung der politischen Gefangenen bestimmte Geld, so daß diese derart hungern mußten, daß sie wiederholt in Ohnmacht fielen. Als einer der Armen energisch Eins forderte, wurde er von den Gefängnis-wärtern mißhandelt. Darauf forderten auch die übrigen Gefangenen Essen und schlugen zum Protest gegen die Behandlung, der sie ausge-setzt waren, mit den Stühlen gegen den Fußboden ihrer Zellen. Nun ließ der Direktor Soldaten zur Unterdrückung des Aufstandes holen und forderte den Gebrauch der Waffen gegen die politischen Gefangenen, ein Verlangen, das der Offizier jedoch ablehnte, dagegen genehmigte er, daß die Soldaten die „Aufsührer“ bestrafen und nahm selbst an dem verdienstlichen Werke eifrig teil. Wie wilde Tiere warf man sich auf die Gefangenen und schlug stundenlang, bis zur völligen Erschöpfung der brutalen Peinerrache, in barbarischer Weise auf die Gefangenen ein. Einige der Gefangenen wurden mit den Köpfen nach unten aufgehängt und dann bis aufs Blut gepeitscht. Die vor den barbarischen Mißhandlungen instimmig stehenden wurden an den Armen ergriffen, dieselben ausgekreuzt oder gebrochen. Der Offizier rühmte sich, daß ihm an den „Mäulern“ der Politischen die Hände gefesselt seien. Seine Uniform war von oben bis unten mit Blut bespritzt. Erst am nächsten Tage wurden die Soldaten von ihrer „schweren Arbeit“ abberufen. Um die Sache geheim zu halten, wurde das ganze Gefängnispersonal nach andern auswärtigen Gefängnissen verlegt, doch ist es trotzdem nicht gelungen, die furchtbaren verbrecherischen Gewaltthatigkeiten vor der Öffentlichkeit zu verbergen. —

Socialdemokratie und Staatsform.

Die deutsche bürgerliche und vor allem die reaktionäre fran-zösische Presse hat die Äußerungen Bebels über den plutokratischen Klassencharakter auch der bürgerlichen Republik dahin mißzuverstehen ge-nücht, daß Bebel oder gar die ganze deutsche Socialdemokratie die Vorgänge der Monarchie gegenüber der Republik anerkannt habe, ja, zum Apostel der sozialen Monarchie geworden sei.

In der letzten Nummer der „Neuen Zeit“ weist Genosse Kautsky diese tendenziösen Mißdeutungen der Bebel'schen Bemerkungen schlagend zurück und gelangt dann zu folgenden Betrachtungen:

„Aber die Republik ist und sympathisch nicht bloß mit Rück-sicht auf den mehr oder weniger entfernten Zukunftsstaat der sozialen Republik. Auch als bürgerliche Republik muß sie dem sozialistischen Proletariat wertvoller sein als die Monarchie, so daß es sich für die Republik entscheidet, wo immer es die Wahl zwischen den beiden Staatsformen hat. Denn die bürgerliche Re-publik ist die Staatsform, in der der Entscheidungslampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie am ehesten und besten ausgefochten werden kann. Das wird aber bewirkt dadurch, daß der Klassen-gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie in der Republik am schärfsten und klarsten zum Ausdruck kommt.“

Wohl steht die Monarchie dem um seine Befreiung ringenden Proletariat notwendigerweise feindselig gegenüber, denn diese Befreiung erfordert die Aufhebung der Klassen, also die Aufhebung der Grundbedingung der Monarchie. Aber diese hat kein Interesse daran, eine andre Klasse zur Alleinherrschaft kommen zu lassen; die Macht der Monarchie ist am größten dort, wo die verschiedenen Klassen sich die Waage halten. Das kann eine monarchische Regierung unter Umständen dazu veranlassen, das Proletariat gegenüber der Bourgeoisie in Schutz zu nehmen.

Andererseits kann sich in einer Monarchie die Bourgeoisie unter Umständen durch die Regierung, die nicht direkt ihre Klassenregie-rung ist, mehr beengt fühlen, als durch das Proletariat; sie kann es zur Schwächung der Regierung aufreizen und zu diesem Zwecke stärken.

Endlich findet in einem monarchischen Lande das Proletariat selbst zwischen sich und der Bourgeoisie die Monarchie, als einen von jener verschiedenen Gegner. Dadurch wird seine Aufmerksamkeit geteilt, die Schärfe des Klassengegensatzes vermindert, die Intensität des Klassenkampfes geschwächt.

Ganz anders in einer bürgerlichen Republik unter ent-wickelter kapitalistischer Produktion. Hier herrscht die Bourgeoisie direkt, hier stehen sich Proletariat und Bourgeoisie unvermittelt gegenüber, hier hat das Proletariat nicht die trennende Wand einer monarchischen Regierung zu übersteigen, will es der Bourgeoisie an den Krügen gehen.

In monarchischen Ländern — und das gilt um so mehr, je absoluter die Monarchie, also am meisten für Rußland — ist das Proletariat oft gezwungen, seine ganze Kraft auf die Be-kämpfung der Regierung zu konzentrieren. Gelingt es ihm dort, die Staatsgewalt niederzuwerfen, so steht es nicht am Ende seiner Kämpfe, sondern nur am Beginn einer neuen, intensiveren Phase des Klassenkampfes. Gelingt es ihm dagegen in der bürgerlichen Republik, die bestehende Staatsgewalt zu stürzen, so hat es damit endgültig über die Bourgeoisie gesiegt, ihre politische Expropriation vollzogen und ihre ökonomische Expropriation un-abwendbar gemacht.

Deshalb ist die große Bedeutung, welche schon die bürgerliche Republik für das Proletariat hat. Aber gerade deswegen ist auch in der Republik das Klassenbewußtsein und der Klassenhaß der Bourgeoisie gegenüber dem Proletariat mehr entwickelt, und ist dort die Bourgeoisie um so skrupelloser in ihrem Klassenkampf gegen das Proletariat, unbedenklicher in der Wahl ihrer Mittel, sei es brutaler Niederwerfung, sei es heimtückischer Ueberlistung und Korruption.

So hoch uns daher die Republik, auch die bürgerliche, steht, so wichtig sie uns für den Freiheitskampf des Proletariats er-scheint, so darf uns das doch nicht blind machen gegen den arbeiterfeindlichen Charakter, den jede bürgerliche Republik und jede Regierung einer bürgerlichen Republik entwickeln muß. Gerade in dieser Erkenntnis unterscheiden wir uns von der bürgerlichen Demokratie, die der Republik eine geheimnisvolle Kraft der Schwächung der Klassengegensätze zuschreibt und wähnt, der republikanischen Bourgeoisie wohne eine weit größere Neigung inne, die Befreiung der Arbeiterklasse zu fördern, als der Monarchie und der monarchistischen Bourgeoisie.

Dieser republikanische Uberglaube gehört aber auch zu den Illusionen, die dank dem Revisionismus selbst in unsere Reihen hier und da Eingang gefunden haben. Da war es sehr am Platze, wenn Bebel demgegenüber wieder unsere Standpunkte darlegte, der den des Republikaners mit dem des proletarischen Klassen-kämpfers vereintigt.

Indem Kautsky hier zutreffend darlegt, daß auch die bürger-liche Republik ihren Klassencharakter beibehält, sind doch zugleich seine Darlegungen über den — wie man aus einzelnen Wendungen schließen könnte, nach seiner Meinung — abgestumpften oder doch wenig-stens verwischten Klassencharakter in der Monarchie und sein Wort vom republikanischen Uberglauben geeignet, neuer Verkennung Bebel'scher und socialdemokratischer Auffassungen wider die Absicht Vor-schub zu leisten.

Es könnte der Anschein entstehen, als ob Bebel tatsächlich der Meinung wäre, daß in der Monarchie die Klassen nicht so un-mittelbar und so brutal aufeinanderstoßen wie in Republiken. Solche Meinung, die natürlich Bebel nicht hat und haben kann, wäre aber

eine Konzeption an jene grundverlogene „Theorie“ dynastischer Hauslehrer des Staatsrechts, die der Monarchie die geheimnis-volle Wunderkraft des Heber-den-Barbaren-Stehens und der zwischen den Klassen ausgleichenden Gerechtigkeit zuschreiben. Tatsächlich lehrt die geschichtliche Erfahrung und zeigt die innere Logik der gesellschaftlich-staatlichen Organisationsform, daß keine herrschende Klasse eine mit starker staatsrechtlicher Machtvollkommenheit ausgestattete Monarchie erträgt, die sich ihr nicht mit Haut und Haaren ver-schreibt. Deshalb gleicht eine Monarchie, sofern sie nicht zur bloßen dekorativen Formalität verflüchtigt ist, sondern mehr oder minder tief im Absolutismus Wurzeln geblieben ist, nicht, in wenn auch noch so bescheidener Form, die Interessen zwischen den be-herrschten und den herrschenden Klassen aus, sondern sie sucht lediglich die verschiedenen Interessen zwischen den herrschenden Klassen selbst auszugleichen. Sie muß fortwährend bedacht sein, die diversen „Stützen des Thrones“ bei guter Laune zu erhalten, und deshalb muß sie ihnen — auf Kosten der proletarischen Masse — abwechselnd alle erdenklichen Vorteile zu-schlagen. Die Notwendigkeit, sich auf die herrschenden Klassen zu stützen und die innerhalb der bestehenden Gesellschaft in-folge der wirtschaftlichen Entwicklung vielfach ausbrechenden Gegensätze zu versöhnen, damit sie nicht selbst zwischen den herrschenden Klassen zerrissen wird, zwingt die Monarchie zu immer verstärkten Anstrengungen in der Verleihung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Privilegien.

Auf der andern Seite werden die herrschenden Klassen im Wettstreit um die Gunst der Krone immer reaktionärer und, indem sie sich der höfischen Natur und der Art der für die dynastischen Bedingungen tauglichsten und stärksten Klasse anzupassen suchen, es offenbart sich der Klassencharakter nicht nur in der rücksichtlosen, sondern auch oft in der ihren eignen wirtschaftlichen Interessen zuwiderlaufenden unsinnigsten Form. In keiner Republik ist deshalb der Klassenkampf brutaler und zugleich ab-furder wie in dem monarchischen Preußen und in dem monarchischen Sachsen!

Während so auf der einen Seite die absolutistische oder halb absolutistische Monarchie ihre Politik auf den Ausgleich der Interessen der herrschenden Klassen zu Ungunsten des Proletariats richten muß, fühlen sich andererseits die herrschenden Klassen hinter dem Schutz-wall einer starken Monarchie so sicher, daß sie gar keine Notwendig-keit einsehen, sich mit dem Proletariat zu verständigen, es durch Konzeptionen zu befriedigen. Und wenn die Monarchie es für gut hält, dem Proletariat für den auf seinem Rücken vermittelten Ausgleich der Interessen der herrschenden Klassen untereinander auch einige Scheinkonzessionen zuzulassen, so widerlegen sich solchen Versuchen die herrschenden Klassen aufs hartnäckigste. So wird schließlich nur so viel „monarchische Socialreform“ gewährt, als die herrschenden Klassen gefallten. Es giebt des-halb nirgends so rückständig bornierte Klassenherrschaft, wie sie das Junkertum und der mit ihm verflochtene bürgerliche Fabrikfeudalismus wiederum in dem monarchischen Preußen und in dem monarchischen Sachsen ausübt.

Umgekehrt sind in demokratischen Republiken und in den kon-stitutionellen Scheinmonarchien, wie England, die herrschenden Klassen genötigt, in ihrem inneren Interessenstreit das Proletariat durch Zugeständnisse auf ihre Seite zu locken. Die sozialen Konzeptionen in diesen Staaten mögen nicht immer so ausbringlich sichtbar werden, wie die bürokratisch-selbstgefällige Socialreform in monarchischen Staaten, aber ihr innerer Wert ist vielfach überlegen. Und vor allem müssen die herrschenden Klassen in der Demokratie durch politische Freiheiten sich die Sympathie und Hilfe der für ihre Herrschaft unentbehrlichen Massen zu gewinnen trachten.

Es widerspricht den Thatfachen und stellt das wirkliche Verhältnis auf den Kopf, daß die reinere und schroffere Form des Klassen-kampfes in den Republiken zur Geltung komme. In der bürgerlichen Republik und verwandten Staatsformen versucht man die Arbeiter durch Geschenke zu korrumpieren, in der absolutistischen Monarchie durch Gewalt einzuschüchtern. Der „republikanische Uberglaube“ ist sonach eine recht revolutionäre, sehr radikale und in allen Fällen eine unbedingt notwendige Anschauung.

Der beste und einzige Interpret seiner Anschauung ist schließlich Bebel selbst. Gerade vor einem Jahre hat Bebel in seinem Vortrag über die Vicepräsidenten-Frage mit großer Schärfe und durchaus zutreffend gegen die Genossen polemisiert, die nach seiner Meinung sich gegenüber der fundamental wichtigen Staatsform zu gleichgültig verhielten. Er führte in der „Neuen Zeit“ vom 5. September 1903 unter der Kapitelüberschrift „Die Staatsform mehr Neben-sache für die Socialdemokratie“ aus:

„Wir sollten nicht das Hauptgewicht auf die Staatsform legen und nicht annehmen, daß man durch eine Audienz bei dem Kaiser eine Art Reverenz vor ihm mache. Nicht auf die Staats-form, auf den sozialen Inhalt der Gesellschaft komme es nach unsren eignen Grundanschauungen hauptsächlich an, rufen übereinstimmend Volkmar und Böhre. Letzterer widmet diesem Thema in der „Gemeinnützigen Volksstimme“ einen ganzen Leitartikel, aus dem ich die Ueberzeugung gewinne, daß dem Genossen Böhre der Nationalsoziale noch sehr im Raden sitzt.“

Es fällt mir nicht ein, die Staatsform zu über-schätzen. Aber sie ist sehr wesentlich. Es giebt allerdings Monarchien, wie zum Beispiel die englische, die ich mancher Republik vorziehe, zum Beispiel den südamerikanischen. Aber auch zwischen den Monarchien ist ein gewaltiger Unterschied. Eine starke Monarchie bedeutet ein schwaches Parlament. Und wenn das Königtum durch Heer und Flotte und Beamtenhierarchie usw. schon stark ist und durch die herrschenden Klassen noch besonders gestützt wird, dann ist es für jede Demokratie eine ganz besondere Gefahr! Daher ist die Monarchie in Preußen die Monarchie par excellence, die es in der ganzen Welt nicht zum zweitenmal giebt. Und der jeweilige preussische Monarch, der zugleich deutscher Kaiser ist, ist auch der systematische Stärker des Junkertums, in dem er seine vornehmste Stütze sieht. Er ist es auch, an dem das Dreiklassen-Wahl-system mit all seinen Ungleichheiten in Staat und Kommune für die Arbeiterklasse seinen Grund- und Eckstein findet, der alles billigt, was bisher die Socialdemokratie in Preußen rechtlos gemacht und geschädigt hat. . . .

Wäre dagegen Preußen-Deutschland eine Republik und wäre sie noch so blau, so befänden wir höchst wahrscheinlich das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle Ver-tretungskörper, Diätenzahlung an die Abgeordneten, eine gerechtere Einteilung der Wahlkreise, womöglich das Proportionalwahl-system, ein viel freieres Vereins- und Versammlungsbrecht, eine größere Pressefreiheit, eine vollkommenere Socialreform, für die dann unsre Macht ganz anders in die Waagschale fiel wie jetzt, ein demokratischer gestaltetes Militärsystem, eine dem Parlament verantwortliche Regierung, kurz, es wäre eine Reihe unsrer nächsten Program-mforderungen erfüllt, um die wir jetzt noch lange und vornehmlich sehr schwere Kämpfe zu bestehen und große Opfer zu bringen haben!

Wollen Volkmar und Böhre auch jetzt noch behaupten, daß die Staatsform mehr Neben-sache sei? Was werden die belgischen, französischen, österreichischen, italienischen Genossen denken, wenn sie ihre Ausführungen lesen?“

Man braucht nur an diese Darlegungen zu erinnern, um ein für allemal der Legende der deutschen und französischen bürgerlichen Presse ein Ende zu machen, die der deutschen Socialdemokratie mon-archische Reigungen, republikanischen Scepticismus oder auch nur Gleichgültigkeit gegenüber der Staatsform zuschreiben möchte.

Weshalb, es läßt sich denken, daß die Monarchie keine direkte Klassenregierung ist, es läßt sich denken, daß in der Monarchie der Klassenkampf minder raube Formen annimmt wie in der Republik, es läßt sich denken, daß in der Monarchie dem Proletariat ein größerer Schutz zu teil wird — und niemand wäre so zufrieden, wenn die Monarchie diese Eigenschaften hätte, wie die deutsche Sozialdemokratie. Aber, nach einem Philosophenwort: Ein gedachter Thaler ist kein wirklicher Thaler. Die Erfahrung lehrt das Gegenteil. Und Weibel, der vor einem Jahre den monarchistischen Aberglauben der Revisionisten oder doch den der monarchistischen Indifferenz bekämpfte, hat sich besser gegen falsche Interpretationen als sein heutiger Verteidiger, der vor dem Revisionismus des „republikanischen Aberglaubens“ warnt. Weiderlei Aberglauben ist vom Uebel — aber einstweilen steckt in dem „republikanischen Aberglauben“ noch ein so schweres und unumgängliches Problem, daß es uns gar nicht wichtig genug sein kann.

Im übrigen scheint uns die binnen Jahresfrist so seltsam veränderte Umschreibung revisionistischer Ziele — vom monarchischen zum republikanischen Aberglauben — die Einsicht dafür zu schärfen, ob es der tieferen Erkenntnis und der fruchtbareren Klärung parteigenössischer Streitfragen dient, mit dem Stempel fester „Richtungs-worte“ allzu eifrig zu arbeiten. — K. E.

Gewerkchaftliches.

Knebelung der Freiheit — und Freiheit der Knebelung verlangen die in Magdeburg versammelten Handwerker unter Führung von Felisch und Mahardt in einem Atem.

Der Obermeister der Bauerevereins-Zimung zu Hamburg, Lom mert, sprach in der ersten Hauptversammlung des Zimungs- und Handwerkerkongresses über: „Arbeitgeber- und Arbeits-willigen-Schutz, Verbot des Streikpostenstehens“ und empfahl:

1. Ergänzung des § 153 G.-D. dahingehend, daß bestraft wird, wer die Arbeiter zur widerrechtlichen Einstellung der Arbeit öffentlich auffordert, sowie derjenige, der durch öffentliche Kundgebungen das Publikum oder einzelne Bevölkerungsteile zur Meidung bestimmter Geschäfte auffordert; 2. Annahme des Antrages von Dirksen und Genossen: „Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen um baldige Vorlegung eines Gesetzesentwurfs zu ersuchen, durch den im Interesse der Aufrechterhaltung der Rechtsordnung bei gewerblichen Lohn- und Arbeitskämpfen die Arbeitswilligen wirksamer wie bisher gegen Bedrohungen, Gewaltthätigkeiten und Zwang geschützt werden.“ 3. In der Erwägung, daß § 124b G.-D. in der Praxis lediglich eine Verpflichtung für den Arbeitgeber darstellt, den Arbeitnehmer aber nicht bindet: Bestrafung des Kontraktbruchs. 4. Verbot des Streikpostenstehens. Sollte den Berufsvereinen oder Verbänden die Rechtsfähigkeit verliehen werden, so müßten sie zum Ersatz desjenigen Schadens herangezogen werden können, der durch sie, bezgl. ihre Beamte oder Mitglieder anlässlich von Lohnbewegungen verursacht worden ist.

In der Debatte äußerten sich Krüger-Düsseldorf, Abg. Paul-Polodam, Breitich-Leipzig und Künzberg-Berlin in zustimmendem Sinne. Herr Charlottenburg beantragte folgenden Zusatz der vorgelegten Resolution: „Jeder Boykott ist strafrechtlich zu verhindern.“ Bei der Abstimmung wurde die Resolution Lom mert mit diesem Zusatz einstimmig angenommen.

Es folgte die Beratung über: Die Zugehörigkeit der Zimungen zu den Arbeitgeberverbänden.

Hierzu unterbreitete der Referent, Obermeister Plinknam-Hamburg der Versammlung eine Resolution, in der es heißt: Der Handwerkerkongress bedauert die Entscheidung des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe vom 20. Januar 1908, wonach der Minister eine Anfrage des Centralvorstandes des Zimungsverbandes Bund Deutscher Schneider-Zimungen dahin beantwortet, „daß der Beitritt von Schneider-Zimungen zum Allgemeinen deutschen Arbeitgeber-Verband für das Schneidergewerbe nicht zulässig sei“. Der Handwerkerkongress erblickt in dem Beitritt von Zimungen zu Arbeitgeber-Verbänden keinen Verstoß gegen § 91a, Biffer 2 der Gewerbe-Ordnung. Der deutsche Zimungs- und Handwerkerkongress hofft, daß die citierte Entscheidung des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe als nicht dem Willen des Gesetzgebers entsprechend, baldigst eine Aenderung erfahre.

Man sieht: Für die Arbeiter Knebelung der Freiheit — für die Unternehmer Freiheit der Knebelung. Und weil die Regierung dem nicht ohne weiteres nachkommt, weil ihr die Möglichkeit fehlt, es in dem von den Zimungsfachmachern gewünschten Maße durchzuführen, darum rufen die Zimungsmeister in Magdeburg sich ganz nach agrarischem Muster zu: Schreien wir!

Berlin und Umgegend.

Streik und Aussperrung der Form- und Tischler-Arbeiter.

Die Einigungsverhandlungen zwischen den beiderseitigen Kommissionen der Form- und Tischler-Arbeiter sind gestern im Vorstadium fortgesetzt worden, jedoch noch zu keinem definitiven Abschluß gekommen. Ueber die von den Arbeitgebern gemachten Abänderungsvorschläge wird die heutige Formerversammlung Beschluß fassen. — Die Gohler, Stöher, Präser usw. beschäftigten sich am Sonnabend in einer gut besuchten Brancherversammlung ebenfalls mit der Formeraussperrung und den etwaigen Folgen derselben für ihre Branche. Festgestellt wurde, daß bereits eine Anzahl von ihnen durch die Aussperrung in Mitleidenschaft gezogen worden sind und verkürzte Arbeitszeit arbeiten müssen. Die Versammlung war der Ansicht, vorläufig ruhig den weiteren Verlauf der Dinge abzuwarten. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Die Holzbildhauer beschloßen in ihrer gestrigen Vertrauens-männerführung mit großer Majorität, der demnächst stattfindenden öffentlichen Berufsversammlung zu empfehlen, daß in allen denjenigen Geschäften, in denen die kürzlich durchgeführte Lohn-erhöhung von mindestens 6 Proz. noch nicht gezahlt wird, bis zum 15. September die ursprüngliche Forderung von mindestens 10 Proz. Lohn-erhöhung gestellt werden soll. Motiviert wurde dieser Beschluß mit dem Verhalten der Arbeitgeber, die ihre eigene Kommission, welche abvoziert haben. Wenig Sympathie fand aber auch das Verhalten ihnen die hypothetische Lohn-erhöhung für alle Betriebe empfahl, ab-geschlossenen Tarif wohl unterzeichnet hat, denselben jedoch nicht einhält.

Mit der Aussperrung in der Metallgießerei von Schwidinski sieht eine Schlägerei mit Arbeitswilligen im Zusammenhang, die von einem Teil der bürgerlichen Presse zu einer wahren Räuber-geschichte aufgebauscht wird. So heißt es in einer bürgerlichen Korrespondenz, mehrere Arbeitswillige seien am Sonnabend von drei Streikenden verhaftet, verhöhnt, zu Boden geworfen und durch Fußtritte und Messerschläge schwer verletzt worden, woraus dann die Verhaftung der Streikenden und deren Ueberweisung an die Staatsanwaltschaft erfolgte. Diese Darstellung des an sich ja recht bedauerlichen Vorfalls ist in sehr einseitiger Weise zu Ungunsten der Streikenden erheblich übertrieben. In Wirklichkeit spielte sich der Vorgang folgendermaßen ab: Einer der Streikenden Namens Jochl aus Rixdorf war in Gemeinschaft mit zwei am Streik gänzlich unbeteiligten Bekannten am Sonnabend nach Feierabend mehreren Arbeitswilligen gefolgt, um sie zur Arbeitsniederlegung zu überreden. Die Arbeits-willigen wiesen jene aber höhnisch ab. Da nun Jochl und seine beiden

Begleiter leider nicht ganz nüchtern waren, so verloren sie den Arbeitswilligen gegenüber die nötige Ruhe und ließen sich ebenfalls zu einigen derben Bemerkungen hinreißen. Ein Wort gab dabei das andre, und plötzlich zogen die Arbeitswilligen — nicht der Streikende und seine Begleiter — Messer und Schlagringe hervor und drangen damit auf diese ein. Zwei von ihnen sind denn auch mehrfach am Kopfe verletzt worden, allerdings haben auch die Arbeitswilligen bei der Prügelei einige Risse abbekommen. Als dann die Polizei dem häßlichen Aufruhr ein Ende machte und die Beteiligten zur Wache brachte, da wurden auf der Wache den Arbeits-willigen die von ihnen verwendeten Messer und Schlagringe abgenommen. Bei den Freunden des Streikenden fanden die Beamten nur ein kleines Taschenmesser, das in einem Futteral steckte, also bei der Schlägerei gar nicht gebraucht worden war. Jochl und seine beiden Begleiter sind zwar verhaftet, jedoch am Sonntag bereits wieder entlassen worden.

Es bedarf eigentlich kaum der Erklärung, daß das unbefohlene Vorgehen des beteiligten Streikenden in der Arbeiterschaft keinerlei Billigung findet. Der Standpunkt der Gewerkschaften ist bekanntlich der, daß streikende Arbeiter unter Ausübung des Koalitionsrechts wohl verurteilt werden sollen, auf Arbeitswillige in vernünftiger Weise einzureden, mit ihnen gemeinsame Sache zu machen, daß sie jedoch die Arbeitswilligen gänzlich links liegen lassen, sobald sich diese den Vorstellungen der Streikenden als unzugänglich erweisen. Daß nach diesem Prinzip auch während der bereits neun Wochen dauernden Aussperrung bei der Firma Schwidinski gehandelt worden ist, beweist doch auch der Umstand, daß sich die Aussperrten wieder als Streikposten noch sonstwie gegen die dortigen Arbeits-willigen bisher irgend etwas haben zu schulden kommen lassen. Der bedauerliche Vorfall ist auf das Konto des Alkohol und nicht auf das der Arbeiterbewegung zu setzen. Speziell die in Betracht kommende Gewerkschaftsorganisation muß jede Verantwortung für den Vorfall ablehnen.

Die Aufsicht von Alimts Fuhrgeschäft haben durch ihr ein-mütiges Vorgehen eine Lohn-erhöhung durchgesetzt, so daß der Streik nur etwa eine halbe Stunde dauerte. Bekanntlich hatten die Aufsicht und Automobilfahrer bei ihrem Chef eine Forderung auf Lohnzulage eingereicht und sich bis zum letzten Sonntag Weisheit darüber erbeten. Herr Alimts antwortete darauf schriftlich, daß er die Forderung in ihrer vollen Höhe nicht bewilligen könne. Eine Lohn-erhöhung sei von ihm allerdings „schon lange erwogen“ und auch schon festgesetzt worden, konnte jedoch bisher noch nicht in Wirksamkeit treten, weil er von seinen Kunden auch keine höhere Zahlung erlangt habe. Trotzdem sollte von dieser Woche ab ein Anfangslohn von 19,50 M., nach einem Jahre 21 M. und nach drei Jahren 22,50 M. pro Woche gezahlt werden. (Die bisherigen Löhne betragen 18, 19 und 21 M.) Den Aufsichtern war es ja recht ersichtlich, zu vernehmen, daß ihr Chef eine Lohn-erhöhung wenigstens „schon lange erwogen“ habe, wenn es auch erst der ersten Drohung mit einem Streik bedurfte, ehe diese langen Erwägungen greifbare Gestalt annahm. Die Lohn-erhöhung erschien ihnen aber doch als etwas zu gering, umso mehr, als die Automobilfahrer leer ausgehen sollten. Sie verlangten deshalb statt der bewilligten 1,50 Mark für sich eine Zulage von 2 M. und für die Automobilfahrer von 1 M. pro Woche, wogegen sie dann auf Ueberlöhnszuschlag und Stallwagenschädigung verzichteten. Im Herrn Alimts von der Berechtigung und Weisheit dieser Forderung zu überzeugen, versuchte am Sonntag der Vertreter des Transportarbeiter-Verbandes, Alimts, namens der Aufsicht mit ihm zu verhandeln. In-folge der übermäßigen Erregung des Herrn Alimts aber kam es zu keiner Einigung. Am Montagmorgen traten nun zwar sämtliche Aufsicht und Automobilfahrer pünktlich auf dem Hofe an, ver-weigerten jedoch jegliche Arbeit, ehe ihnen nicht Gewissheit über ihre Forderung würde. Da somit niemand die Pferde fütterte und die übrigen notwendigen Arbeiten besorgte, so holte der Hofverwalter Herrn Alimts aus dem Bett heraus, und nun erfolgte die Einigung auf der von den Aufsichtern geforderten Grundlage. Die Aufsicht erhalten eine Wochenzulage von 2 M., also 20 M. Anfangs-lohn und für die Stallwache ebenfalls noch 1,50 M. Den Automobil-fahrern wurde dann auch die Zulage von 1 M. bewilligt.

Der Wert der „Arbeitswilligen“ ist der Expeditionsfirma Prode u. Co., bei der am Freitag bekanntlich die Kollaturier in den Streik traten, recht deutlich zum Bewußtsein gekommen. Schon vor Ausbruch des Streiks wurden von dem Scharfmacher-Arbeits-nachweis in der Dresdenerstraße durch Annoncen und Plakate Kollaturier auf Vorrat gesucht, die dann während des zu erwartenden Ausstandes als Arbeitswillige Verwendung finden sollten. Einen dieser guten Leute engagierte am Morgen des Ausstandes auch die genannte Firma, handigte ihm 30 M. Frankaturgelder ein und schickte ihn zur Abholung von Gütern mit einem Gespann nach dem Schleifischen Ostbahnhof. Dem Manne haben nun jedenfalls die 30 M. besser gefallen wie das arbeiten. Er ließ deshalb Pferd und Wagen auf dem Bahnhof stehen und verschwand mit dem Gelde auf Kimmerniedersee. Erst des Abends wurde die Firma vom Bahnhof aus benachrichtigt, daß sie das führerlose Gespann doch abholen möge, was denn auch nach Feierabend von den alten in den Aus-stand getretenen Aufsichtern besorgt wurde. Herr Prode hatte bereits bewilligt und nahm seinen Anstand, seinem berechtigten Unmut über „so einen Strun!“ in berechneten Worten Luft zu machen.

Der Streik in der Möbelfabrik „Union“ (Genossenschaft) ist durch Vergleich beendet, indem der Tarif anerkannt und die Arbeitszeit wöchentlich um zwei Stunden verkürzt wurde.

Der Jagdverein der Tischler Berlins und Umgegend.

Deutsches Reich.

In der Schuhfabrik von Heide zu Vennan sind am letzten Sonn-abend sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen worden. Die Gründe dieser Maßregelung sind höchstwahrscheinlich in den vor einigen Wochen stattgefundenen Differenzen zu suchen.

Wir erlauben den Zugang nach dieser Fabrik fernzuhalten. Verein deutscher Schuhmacher.

Die Lohnbewegung der Tischler, so berichtet man uns unterm 28. August aus Halle, ist in einer am Sonnabendabend statt-gehabten Versammlung durch Einigung mit dem Unternehmern er-erlaubt worden. In einer am Abend vorher von etwa 500 Tischlern und Maschinenarbeitern besuchten Versammlung wurden die von den Unternehmern gemachten Konzeptionen, 40 Pf. Mindestlohn pro Stunde für den mittleren Durchschnittsarbeiter, und 3 Pf. Zulage für Tischler, die bereits über 40 Pf. pro Stunde erhalten, gutgeheißen. Die Kommission der Tischler wurde aber ersucht, darauf hinzuwirken, daß die tariflichen Vereinbarungen nicht bis zum Jahre 1907, sondern bis 1908 festgesetzt werden. — Die Gültigkeits-dauer der tariflichen Abmachungen noch um 1 Jahr zu verkürzen, ist nicht gelungen. Die Tischler brauchen sich deshalb auch nicht zu grämen, und man wird ja sehen, ob nicht das Unternehmern wieder die erste Gelegenheit zur Durchbrechung des Vertrags bietet. Sind die gemachten Zugeständnisse auch minimal, so ist doch zu berücksichtigen, daß sie ohne jeden Kampf erzielt worden sind und das Unternehmern zum erstenmal gezwungen wurde, mit Ver-tretern der Tischlerorganisation zu unterhandeln.

Ein Kuriosum in der Arbeiterbewegung dürfte der Ausgang eines kleinen Werkstattstreiks der Bleigläser in Frankfurt a. M. sein. Derselbe war den drei Mann der Werkstatt durch das Verhalten des Unternehmers aufgedrungen und wurde von ihnen mit Konsequenz durchgeführt. Der Streik wurde nicht nur zu Gunsten der beteiligten Arbeiter erlassen, sondern führte zur Einführung eines Tarifes für alle Blei-, Blank- und Rahmen-gläser der ganzen Stadt. Die Zimung hat den Tarif, nach Annahme einiger Konzeptionen seitens der Arbeiter, an-erkannt und ist derselbe seit dem 22. d. M. gültig. 20 Firmen, die größten, haben sofort die neunstündige Arbeitszeit usw. eingeführt, heben kleinere noch nicht, doch werden von diesen meistens keine organisierten Arbeiter beschäftigt. Ein Kuriosum ist der Streik in der Werkstatt der Bleigläser. Daß durch drei Streikende ein Tarif für eine ganze Stadt erungen wird, ist wohl selten passiert.

In Danzig, wo sich die Steinmetzen fast alle organisiert haben, wurden bei der Firma Drehling fünf Steinmetzen sofort entlassen, weil sie sich organisiert hatten. Zugang ist fern-zuhalten.

Ein Strafmandat giebt auf alle Fälle. In Königsberg geht bekanntlich die Polizei in der schneidigsten Weise gegen die Streik-posten auf Grund einer Polizeiverordnung vor, nach der das Stehen auf dem Trottoir besonders verboten ist. Fast jeden Tag finden auf den Gerichten Verhandlungen gegen Streikende wegen Uebertretung der Straßen-Polizeiverordnung statt und meist bestätigt auch das Gericht die Strafmandate. Am 18. August standen auf einem schmalen Trottoir keine Maurer, wohl aber zwei ziemlich umfangreiche Baumunternehmer und ein Schutzmännchen und ver-sperrten die Passage. Ein Maurer, der durch diese Straßengehen mußte, war ganz erstaunt, gerade diese Leute beisammen auf dem Trottoir zu sehen. Als er an ihnen vorbei wollte, gelang ihm das nur sehr schwer; er mußte sich förmlich durchdrängen. Der Schutzmännchen eilte ihm nach und schrieb ihn auf und jetzt hat er ein Strafmandat über 15 M. oder drei Tage Haft erhalten. Er soll die „auf dem Bürgersteig stehenden Herren“ absichtlich angerempelt und hierdurch sowie durch sein sonstiges Verhalten Auf-sehen erregt haben. Die Maurer können also machen, was sie wollen, Strafmandaten entgehen sie nicht.

Der Verein der arbeitwilligen Maurer in Königsberg ist „christlich“ geworden. Er hat sich dem Verbande der christlichen Maurer angeschlossen. Der Scharfmacher Herr Lauffer, Vor-sitzender des Arbeitgeberbundes ist zu diesem Zweck in Berlin gewesen. Was man dem armen Christentum aber auch alles im Interesse des Kapitals antut!

Ausland.

Der Generalkrieg der Kapitalisten.

In Marseille herrscht vollständige Arbeitsruhe; die Docks und Quais sind verödet, alle Schiffe der Handelsgesellschaften, die in den Hafen einlaufen, werden sofort abgerüstet. Den Unternehmern stehen bekanntlich die Offiziere und Schiffsmechaniker sowie die Werksführer der Docks zur Seite. Neben den Seeleuten und Hafenarbeitern werden eine ganze Reihe anderer Arbeiterkategorien durch den Konflikt in Mitleidenschaft gezogen; so haben die Expeditionsfirmen bereits die Hälfte ihrer Arbeiter entlassen, viele Fabriken und Werk-stätten werden bald ihre Tätigkeit ganz einstellen müssen, da es ihnen an Rohmaterial mangelt, und so wird die Zahl der Aus-gesperrten in einigen Tagen ca. 100 000 betragen. Dabei handelt es sich um recht geringfügige Forderungen der Arbeiter; diese ver-langen die Aufrechterhaltung der Beträge von 1900, welche die Unternehmer in mehreren Runtzen zu durchbrechen suchten; vor allem handelt es sich um eine Begahlung der Ueberstunden. Der Präsident der Handelskammer hat nun Vermittelungen angebahnt und die Ver-treter der Organisation der Seeleute und der Hafenarbeiter empfangen. Die Arbeiter sind sehr verständlich und wünschen eine Verständigung herbeizuführen; sie haben dem Präsidenten der Han-delskammer mitgeteilt, daß sie auf folgender Basis verhandeln wollen: Begahlung der Ueberstunden, Einsetzung eines Schiedsgerichts, be-siehend aus Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter, um Streitigkeiten zwischen beiden zu regeln. Sie haben außerdem das Versprechen abgegeben, daß alle Forderungen der einzelnen Arbeiter durch die Gewerkschaft geprüft und vertreten werden sollen, auch haben sie die Garantie übernommen, daß die Seeleute die Autorität der Offiziere anerkennen. Bei der Hartnäckigkeit der Schiffsewerer ist es zweifelhaft, ob eine Einigung erzielt wird; geschähe dies nicht, so ist eine weitere Ausdehnung der Differenzen auf andre Hafen-städte Frankreichs zu erwarten.

Wolffs Bureau meldet aus Paris unterm gestrigen Datum: Der Ministerrat beschäftigte sich heute mit der Prüfung der verschiedenen Mittel, um den Ausstand der Hafenarbeiter in Marseille zu beendigen. Handelsminister Trouillot machte von einem Briefe Mitteilung, den er an die subventionierten Schiffbau-gesellschaften richtete, um sie an die Erfüllung ihrer Ver-pflich-tungen zu mahnen.

Eingegangene Druckchriften.

Richard Calver, Das Wirtschaftsjahr 1908. Jahresberichte über den Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Erster Teil: Handel und Wandel in Deutschland. Preis 8 M., geb. 9 M. Jena 1904. Gustav Fischer.

W. B. Vazille und Reinhold Köhler, Das Invalidenversicherungsgesetz. Preis 2 M., geb. 3 M. Grunewald-Berlin 1904. Verlag der Arbeiterverlagung. H. Trotsch, Göttingen 5.

Yudwig Binnhorst, Sonderabdruck aus dem Staatslexikon der Görres-Gesellschaft. 2. Auflage. V. Band. Verlag von Herder in Frei-burg, 1904.

Frauenbewegung und Frauenliebe. Von Edwin Bab, cand. mod. Preis 50 Pf. Verlag Adol. Brand. Der Eigene. Charlottenburg 1, Mühlentplatz 1a.

Der Soldat in der Armee. Von Hans Rau. Berlin. Verlag von Hugo Bermüller. 1904. Preis 1 M.

Die Sozialdemokratie in Russland. Bericht der Delegation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands an den internationalen Sozialistenkongress in Amsterdam 1904. Preis 30 Pf. Verlag H. Ehold, München.

Rudolf Martin, Die Eisenindustrie in ihrem Kampfe um den Absatzmarkt. Eine Studie über Schutzzölle und Kartelle. Preis 7 M. Leipzig 1904. Dunder u. Humblot.

H. Vamser, Der Konsumverein Leipzig-Blagowj. Seine Entstehung, Entwicklung und sein gegenwärtiger Stand. Preis 25 Pf. 1904. Kom-missionsverlag: Leipziger Buchdruckerei H. G.

W. H. H. Das Recht und der Rechtsweg der Handlungsgehilfen. Im Leinen gebunden 2,50 M. Porto 20 Pf. Verlag: R. H. Lipsitz, Leipzig, 1904.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Mandernfälle.

München, 29. August. Ueber schwere Mandernfälle aus der Schrottenhäufener Gegend wird den Blättern berichtet: Beim Kavallerie-Eserzieren konnten die Mannschaften des 4. Uebungslager-Regiments durch den Staub, den die ausgetrockneten Stoppel-felder verursachten, das Gelände nicht mehr übersehen. Bei einer stielten Erhöhung, die sich mitten im Gelände befand, stürzte eine Reihe von Reitern, die sich jedoch nicht verletzten. Da-gegen stürzten von der nachfolgenden Eskadron der Lieutenant v. Köhlin, Vizewachmeister Wignann und ungefähr 20 Reiter, Unter-offiziere und Mannschaften, von denen ein Unteroffizier und ein Mann schwer verletzt wurden, während die andern mit geringfügigen Ver-letzungen davonkamen. Der Vizewachmeister hat einen Schlüsselbein-bruch erlitten. Ein Sergeant der 5. Eskadron des 2. Regiments verunglückte dadurch, daß bei einem Transport die Pferde durch-gingen und er vom Wagen geschleudert wurde. Er erlitt eine schwere Gehirnerschütterung. Ein Reiter wurde bei einer Angriffs-lübung von einer Lanze durchbohrt und so schwer verletzt, daß er gleich darauf starb.

Englische Kreuzer auf der Suche nach der russischen „Freiwilligen Flotte“.

London, 29. August. (B. T. V.) Laut Mitteilung der Admiralfleet sind vier englische Kreuzer und ein englisches Kanonenboot in den indischen Ozean auf der Suche nach den russischen Ozean-kreuzern „Smolensk“ und „Petersburg“.

Ein gefundener Schatz.

Johannesburg, 29. August. (Melbung des „Reuter'schen Bureau“.) Ein gewisser Kemp, ein Vetter des Generals des gleichen Namens, hat jenseits von Spelonken (Distrikt Goutpansberg) einen vergrabenen Schatz im Werte von einer Viertel Million Pfund Sterling entdeckt, der vor dem Einrücken der Armee des Lord Roberts aus Pretoria entsetzt worden ist. Auf die Regierung entfällt die Hälfte des Schatzes.

Partei-Konferenzen

für den Wahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland.

Berlin, 28. August 1904.

Infolge des Beschlusses der Neuener Konferenz, für den Kreis eine Centralorganisation einzuführen, war die heutige außerordentliche Konferenz nötig geworden.

Neben der Beratung des Kreisstatuts standen noch auf der Tagesordnung die „Provinzialkonferenz“ und der „Dremer Parteitag“. Die Diskussion über die Provinzialkonferenz leitete Genosse Paris-Velten ein, indem er zunächst auf die von verschiedenen Kreisen gemachten Anregungen in Bezug auf die Brandenburgische Agitationskommission verwies; er betont den hohen Wert der Kommission für die Agitation in den Provinzialkreisen, sie habe zweifellos den letzteren gute Dienste geleistet, was er auch für den Osthavelländischen Kreis vollsten bestätigen könne.

Auf die von dem Osthavelländischen Kreise beschlossene Reorganisation der Proklommission der „Brandenburger Zeitung“ übergehend, unterzieht Redner das bezügliche Statut einer scharfen Kritik. Das Entgegenkommen, welches die Brandenburger Genossen den übrigen Kreisen des Verbreitungsbezirk der „Brandenburger Zeitung“ dadurch bewiesen, daß jedem anderen Kreise das Recht zuzusprechen sei, auf je 600 Abonnenten einen Vertreter in die sogenannte erweiterte Proklommission zu wählen, sei eben kein Entgegenkommen, da ja den neuen Vertretern so gut wie gar kein bestimmender Einfluß eingeräumt werde. Nach wie vor sichern sich die Brandenburger und Rathenower Genossen den alleinigen Einfluß auf die Zeitung; die erweiterte Kommission soll nur einmal im Jahre zusammenkommen dürfen. Das beste aber sei, daß jede Abänderung dieses Statuts ausdrücklich abhängig gemacht werde von der Zustimmung des Kreises Osthavelland. Mit einer solchen „Reform“ können wir durchaus nicht zufrieden sein, grundsätzlich müssen wir für die übrigen Kreise des Verbreitungsbezirk der „Brandenburger Zeitung“ erweiterte Rechte erstreben, um den notwendigen Einfluß auf die Haltung des Blattes zu bekommen. Aus allen diesen Gründen müssen wir es strikte ablehnen, auf Grund dieses Statuts unsere Vertreter zu wählen.

Rehmer (Brandenburg (Vertreter der „Brandenburger Ztg.“) kann nicht einsehen, daß das Statut den anderen Kreisen keinen genügenden Einfluß einräume; allerdings wäre es wohl besser gewesen, wenn das Statut vorher den beteiligten Kreisen mitgeteilt worden wäre, doch da Osthavelland keine Kreisversammlung in diesem Jahre schon so zeitig (im Monat Juni) einberufen habe, ließ sich dies nicht machen. Er bittet, das neue Statut nicht so drüß zurückzuweisen, wie es Paris wünscht, sondern ruhig die dem Kreise Osthavelland danach zustehenden drei Vertreter zu wählen; vielleicht haben wir dann im nächsten Jahre schon ein anderes Statut.

Dobroslaw (Berlin (Vertreter der Agitationskommission) erweitert die der diesjährigen Provinzialkonferenz vorliegenden Anträge auf Reorganisation der Agitationskommission; die letztere wolle der Provinzialkonferenz den Antrag unterbreiten, daß die Genossen der beiden Regierungsbezirke Potsdam und Frankfurt die Agitationskommission um je drei Genossen verstärken sollten.

Rieger (Spandau) spricht sich scharf gegen die von den Brandenburger Genossen mit ihrem neuen Statut gebotene Scheinreform aus. Ohne einen mitentscheidenden Einfluß der übrigen Kreise auf Anstellung des politischen Redakteurs und damit auf die Haltung des Blattes selbst, lasse sich eine ernsthafte Reform garnicht denken. Die Provinzialkonferenz werde nicht umhin können, entschieden zu dem Brandenburger Statut Stellung zu nehmen; vielleicht lernt dann auch die Agitationskommission einsehen, daß die Verhältnisse in der Provinz nur bei Verkleinerung der Verbreitungsbezirke gebessert werden könnten.

Bezüglich der Reorganisation der Agitationskommission vertritt Redner den Standpunkt, daß es nötig sei, daß sämtlichen Provinzialkreisen ein Sitz in der Kommission eingeräumt werde. Die von der Agitationskommission vorgeschlagene Änderung werde nur neue Unzulänglichkeiten im Gefolge haben, denn sei es schon besser, es bleibe beim alten.

Staab (Potsdam) schließt sich dem Standpunkt Riegers in Bezug auf die Reorganisation der Agitationskommission an; die erweiterte Agitationskommission brauche ja bloß in gewissen Zwischenräumen zusammenzutreten, vielleicht vierteljährlich einmal, und die jetzige Agitationskommission könnte den „geschäftsführenden Ausschuss“ bilden. Auch Redner vertritt die Scheinreform seitens der Brandenburger Genossen. Unsere Delegierten müssen die Konferenz veranlassen, gegen das Brandenburger Statut Einspruch einzulegen, um allen Kreisen des Verbreitungsbezirk das uneingeschränkte Mitspracherecht zu sichern. Aber das die Provinzialkonferenz nicht, dann hat die Agitationskommission konsequenterweise auch ihr Einspruchrecht eingebüßt, wenn es sich um die Gründung neuer Parteiblätter handelt. Wittorf (Berlin (VI. Kreis) und Gille-Velten sprechen gegen jede Erweiterung der Agitationskommission. Es werden hierauf folgende Anträge einstimmig angenommen: Antrag Liebke: Die Kreisversammlung von Potsdam-Osthavelland bezeichne das am 24. August d. J. in der „Brandenburger Zeitung“ veröffentlichte Statut für die Proklommission als ganz unzureichend. Sie fordert als Minimum für den Wahlkreis Potsdam-Osthavelland ein Recht zur entscheidenden Mitwirkung bei Anstellung des politischen Redakteurs und zur Teilnahme an allen Sitzungen der Proklommission.

Sie beauftragt die Kreisdelegierten, auf der Provinzialkonferenz nachdrücklich diesen Standpunkt zu vertreten. Antrag Rieger: Die Kreisversammlung richtet an die Provinzialkonferenz den Antrag, die Agitationskommission in der Weise zu erweitern, daß jedem Provinzialkreise das Recht zugestanden wird, einen Delegierten in dieselbe hinauszuwählen und die jetzige Agitationskommission als geschäftsführender Ausschuss weiter bestehen bleibt. Im Ablehnungsfalle ersucht die Kreisversammlung, es bei dem bisherigen Zustand zu belassen, da sie in der bloßen Hinzunahme von je drei Delegierten aus den Regierungsbezirken Potsdam und Frankfurt keine Besserung erblicken kann.

Die Beratung des neuen Organisationsstatuts für den Kreis ergab die Annahme des von der eingesezten Kommission fertigestellten Entwurfs, welchem das Kreisstatut von Teltow-Beeslow zu Grunde liegt, mit einzelnen Abänderungen. So wurde noch die Bestimmung aufgenommen, daß diejenigen Genossen welche ein selbständiges Amt im Centralvorstande ausüben, nicht auch zu gleicher Zeit ein Amt in dem Lokalvorstande ausüben dürfen. Der Monatsbeitrag wird von 20 auf 25 Pf. erhöht und als Sitz des Centralvorstandes der Ort Velten für das nächste Jahr gewählt. Das neue Statut soll am 1. Oktober d. J. in Kraft treten und in einer Auflage von 4000 Exemplaren gedruckt werden. Zum ersten Vorsitzenden wurde Paris-Velten und zum ersten Kassierer Schmidt-Velten gewählt. Die Wahl der übrigen drei Vorstandsmitglieder wird den Velten Genossen überlassen. Beisitzer wurden Wolff-Vehlefang und Krause-Hennigsdorf, Revisoren: Staab-Potsdam, Rieger-Spandau und Wallenstedt-Rauen. Zum Mitglied der Lokalkommission wird Ling-Spandau bestimmt.

Der Punkt „Parteitag in Bremen“ zeitigte eine sehr eingehende und interessante Debatte vornehmlich über die aufgerollte Generalkreis- und Reisefrage. Es wurden hierzu die Spandauer Anträge mit einer Abänderung angenommen.

Partei-Nachrichten.

Ein Vergnügen eigter Art machen sich wieder einige bürgerliche Blätter mit einigen Kritikern der letzten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ zum Dremer Parteitage. Die Genossen Calver und Bruhns beschäftigen sich darin mit der Organisationsfrage und da sie an hierzu laut gewordenen Vorschlägen Kritik üben und da auch der Parteivorstand einen Vorschlag zur Aenderung des Organisationsstatuts macht, der in den beiden Artikeln behandelt wird, so ist die geistreiche Gleichung schnell gemacht: „Monatshefte“, Calver, Bruhns — Revisionismus gegen Parteivorstand-Debel — Radikalismus. Daß der Parteivorstand mit seinem Vorschlag nur die Aufträge früherer Parteitage ausführt, daß Bruhns den Vorschlägen des Parteivorstandes grundsätzlich zustimmt, daß der Centralisationsvorschlag, gegen den Bruhns sich wendet, von Breslau ausgeht, das braucht so ein tiefstimmiger Spaltungsartikelschreiber nicht zu wissen; würde auch die Unheiligkeit seiner Papicargumente fördern.

Wie ein armer Königlich preussischer Kriegsdienstliche, der sich keine neue Walze für seinen privilegierten Leierkasten leisten kann, so schmurt die „Königlich privilegierte“ ihre alte Melodie herunter, nachdem der Leierkasten mit der dünnen Schmirre Calverscher Kritik notdürftig geditt ist.

Die „Königlich privilegierte“ muß zu ihrer Selbstrechtfertigung natürlich feststellen, daß das, was ihr gefällt und ihre Waage in Bewegung setzt, nämlich der Artikel des Genossen Calver, „mit unvorstellbarer Geschicklichkeit“ gemacht sei. Es ist immer ein Beweis von durchschlagender Kraft, wenn die „Königlich privilegierte“ etwas behauptet, und so erklären wir, daß wir den Genossen Calver um sein „Geschick“ beneiden. Er hat das „Geschick“, der „Völschen“ zu gefallen und hat zugleich das Geschick, zu beweisen — wenn gerade nötig wäre — daß das bestehende Organisationsstatut ebensolcher Unsinns ist, wie jeder vorhandene und jeder noch zu erwartende Abänderungs-Vorschlag.

Zum Parteitag in Bremen beantragen die Genossen des 11. hannoverschen Wahlkreises (Osterode): „Der Parteitag wolle § 9 unseres Organisationsstatuts folgende Fassung geben: Der Parteitag ist die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an demselben sind berechtigt: 1. Delegierte der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen mit der Einschränkung, daß jeder Wahlkreis unter 1000 Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei 1 Delegierten und über 1000 Mitgliedern 2 Delegierte zum Parteitag entsenden kann. 2. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.

Jeder Delegierte hat mit Mandat zu erscheinen und hat eine beratende und beschließende Stimme. Die Unkosten trägt die Parteikasse.“

Die Genossen in Bremen beantragen noch: „Der Parteitag möge die Schulfrage auf die Tagesordnung seiner Verhandlungen setzen. Da es unbedingt erforderlich ist, vor der definitiven Beschlußfassung eines Kommunalprogramms darüber klar zu sein, ob Verstaatlichung oder Kommunalisierung des Volksschulwesens von der Partei zu erstreben ist, wünscht der Sozialdemokratische Verein Bremen die Behandlung der Schulfrage vor der Behandlung der Kommunalpolitik.“

Zur Landtagswahlfrage. Die Parteiversammlung des 13. sächsischen Wahlkreises (Leipzig Land) lehnte folgenden Antrag der Jungparteiorganisation des Kreises ab: „Der Parteitag wolle beschließen: Den Beschluß des Parteitags in Mainz 1900, betreffend die allgemeine Beteiligung bei den Landtagswahlen, dahingehend abzuändern, daß in denjenigen Staaten des Reichs, in denen das indirekte Dreiklassenwahlrecht besteht, in Betracht der dauernden Erfolglosigkeit bei denselben, Wahlenthaltung zu proklamieren; dagegen mit allen Kräften in die Agitation einzutreten für das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht.“

Der 15. Parteitag der pfälzischen Sozialdemokratie fand am 27. und 28. August in Edenkoben unter Beteiligung von 87 Delegierten, die 43 Organisationen vertraten, statt. Der Parteitag beschäftigte sich in eingehender Weise mit der Selbständigmachung der „Pfälzischen Post“, die bisher in der Druckerei der „Mainheimer Volksstimme“ in Mannheim hergestellt wurde. Auf dem vorjährigen Parteitag zu Speier wurde beschlossen, den Vertrag mit der Mainheimer Druckerei auf den 1. Juli 1905 zu kündigen. Die Umstände drängen es mit sich, daß dieser Termin nicht eingehalten werden konnte, weshalb die Trennung schon am 1. Oktober dieses Jahres eintritt. In Ludwigshafen wurde ein neues Grundstück erworben und auf diesem die Druckerei errichtet. Zu deren Betrieb wurde eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter der Firma Gerlach u. Co. errichtet. Der Abonnentenstand der „Pfälzischen Post“ beträgt zur Zeit 11 000. — Die Zahl der Organisationen hat sich im abgelaufenen Jahre von 59 auf 63 mit 5871 Mitgliedern vermehrt. Die Einnahmen bezifferten sich auf 4007 M., die Ausgaben betragen 2851 M. In das neue Geschäftsjahr werden 2340 M. Kassenbestand mit herübergenommen, von denen 2000 M. verzinslich angelegt wurden. An den Hauptvorstand in Berlin wurden aus der Kasse 500 M. überwiesen. Die weiteren Tagesordnungspunkte behandelten die im Laufe dieses Herbst stattfindenden Gemeinderats- und im nächsten Jahre stattfindenden Landtagswahlen. Ueber den ersten Punkt sprach Reichstagsabgeordneter Ehrhart, über den zweiten Landtagsabgeordneter Genosse Huber. Zur Gemeinderatswahl wurde eine Resolution angenommen, in der gesagt wird, daß allenfallsige Abmachungen mit bürgerlichen Gruppen oder Parteien nur im Einverständnis mit dem Gewerkschaftsverband zulässig sind. Zur Landtagswahl lagen zwei Anträge von zwei kleinen Organisationen vor, die verlangten, daß ein Kompromiß mit dem Centrum bei den kommenden Landtagswahlen nicht eingegangen werden dürfe. Diese Anträge wurden mit überzogener Majorität abgelehnt und eine Resolution angenommen, in der es heißt: „Der heute in Edenkoben tagende 15. pfälzische Parteitag erklärt sich mit der auf dem letzten hayerischen Parteitag zu Augsburg angenommenen Resolution in Bezug auf die nächsten Landtagswahlen voll und ganz einverstanden. In der Agitation und bei Versammlungen soll besonders darauf hingewiesen werden, daß die Liberalen mit ihrem bauerndändlerischen Anhang es waren, die dem bayerischen Volk das direkte Wahlrecht verweigert haben.“

Zur Landtagswahlfrage. Die Parteiversammlung des 13. sächsischen Wahlkreises (Leipzig Land) lehnte folgenden Antrag der Jungparteiorganisation des Kreises ab: „Der Parteitag wolle beschließen: Den Beschluß des Parteitags in Mainz 1900, betreffend die allgemeine Beteiligung bei den Landtagswahlen, dahingehend abzuändern, daß in denjenigen Staaten des Reichs, in denen das indirekte Dreiklassenwahlrecht besteht, in Betracht der dauernden Erfolglosigkeit bei denselben, Wahlenthaltung zu proklamieren; dagegen mit allen Kräften in die Agitation einzutreten für das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht.“

Der 15. Parteitag der pfälzischen Sozialdemokratie fand am 27. und 28. August in Edenkoben unter Beteiligung von 87 Delegierten, die 43 Organisationen vertraten, statt. Der Parteitag beschäftigte sich in eingehender Weise mit der Selbständigmachung der „Pfälzischen Post“, die bisher in der Druckerei der „Mainheimer Volksstimme“ in Mannheim hergestellt wurde. Auf dem vorjährigen Parteitag zu Speier wurde beschlossen, den Vertrag mit der Mainheimer Druckerei auf den 1. Juli 1905 zu kündigen. Die Umstände drängen es mit sich, daß dieser Termin nicht eingehalten werden konnte, weshalb die Trennung schon am 1. Oktober dieses Jahres eintritt. In Ludwigshafen wurde ein neues Grundstück erworben und auf diesem die Druckerei errichtet. Zu deren Betrieb wurde eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter der Firma Gerlach u. Co. errichtet. Der Abonnentenstand der „Pfälzischen Post“ beträgt zur Zeit 11 000. — Die Zahl der Organisationen hat sich im abgelaufenen Jahre von 59 auf 63 mit 5871 Mitgliedern vermehrt. Die Einnahmen bezifferten sich auf 4007 M., die Ausgaben betragen 2851 M. In das neue Geschäftsjahr werden 2340 M. Kassenbestand mit herübergenommen, von denen 2000 M. verzinslich angelegt wurden. An den Hauptvorstand in Berlin wurden aus der Kasse 500 M. überwiesen. Die weiteren Tagesordnungspunkte behandelten die im Laufe dieses Herbst stattfindenden Gemeinderats- und im nächsten Jahre stattfindenden Landtagswahlen. Ueber den ersten Punkt sprach Reichstagsabgeordneter Ehrhart, über den zweiten Landtagsabgeordneter Genosse Huber. Zur Gemeinderatswahl wurde eine Resolution angenommen, in der gesagt wird, daß allenfallsige Abmachungen mit bürgerlichen Gruppen oder Parteien nur im Einverständnis mit dem Gewerkschaftsverband zulässig sind. Zur Landtagswahl lagen zwei Anträge von zwei kleinen Organisationen vor, die verlangten, daß ein Kompromiß mit dem Centrum bei den kommenden Landtagswahlen nicht eingegangen werden dürfe. Diese Anträge wurden mit überzogener Majorität abgelehnt und eine Resolution angenommen, in der es heißt: „Der heute in Edenkoben tagende 15. pfälzische Parteitag erklärt sich mit der auf dem letzten hayerischen Parteitag zu Augsburg angenommenen Resolution in Bezug auf die nächsten Landtagswahlen voll und ganz einverstanden. In der Agitation und bei Versammlungen soll besonders darauf hingewiesen werden, daß die Liberalen mit ihrem bauerndändlerischen Anhang es waren, die dem bayerischen Volk das direkte Wahlrecht verweigert haben.“

Zum Grabe Lassalle pilgerten in diesem Jahre die Weeslauer Genossen schon einige Tage vor dem 31. August, nämlich am Sonntag früh. Von 6 Uhr an ergoß sich ein ununterbrochener Menschenstrom, der den ganzen Vormittag und selbst in den Nachmittagsstunden nicht versiegen wollte, auf den israelitischen Friedhof. Die Ausdehnung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation in der schlesischen Hauptstadt kommt auch in der alljährlichen Erhebung des großen Agitators recht zum Ausdruck. Das Erbvertragsrecht der Familie Lassalle vermag kaum noch die Kränze und Blumenpenden zu herbergen, die alle Zweige der Arbeiterbewegung hier niederlegen. In mehr als zwanzig Droschken wurden am Sonntag die Blumenpenden mit den mächtigen roten Schleifen zum Friedhof befördert — das einfache Tragen durch die Stadt hat in früheren Jahren zu Konflikten mit der Polizei geführt. Ein langer Zug von 100 Arbeiter-radfahrern überbrachte die Spende dieser Organisation. Nach und nach waren das Grab Lassalle und die Raabgrabgräber der Familie mit Kränzen dicht besetzt, an den Lebensdämmen und Denksteinen hoch hinauf hing Spende an Spende. Demonstrativ

glänzte das Rot der Schleifen über dem Friedhof und erdrückte ganz und gar die blühende Helme der zwischen den Gräbern und in den Sträußern verdeckten Schulleute, die scharf aufnahmen, daß der Bestand des Deutschen Reiches nicht etwa durch eine Rede unter freiem Himmel gefährdet würde. Am Eingang zum Friedhof hatten neben den Fußgängerleuten auch berittene Posten gefaßt, sie konnten mit Genugthuung feststellen, daß noch niemals so viel Arbeiter an dem Grabe gehuldigt haben wie an diesem 40. Gedenktag.

Der sozialdemokratische Gemeindevorsteher Brand in Wölsitz hat die erforderliche Bestätigung erhalten.

Aus Industrie und Handel.

Die preussischen Sparkassen im Jahre 1902. Die „Berliner Korrespondenz“ veröffentlicht einen Auszug aus der Untersuchung des königlich preussischen Statistischen Bureaus über den Geschäftsbetrieb und die Ergebnisse der preussischen Sparkassen im Jahre 1902. Danach gab es am Schlusse des Rechnungsjahres 1902 insgesamt 1507 Sparkassen und zwar 689 städtische, 227 Landgemeinde- usw. Sparkassen, 412 Kreis- und Amtsparzellen, 6 Provinzial- und städtische Sparbanken und 178 Vereins- und Privatparzellen. An Sparbankbüchern waren insgesamt 9 372 930 vorhanden gegen 9 084 937 im Vorjahre.

Die Gesamthöhe der Einlagen betrug am Schlusse des Rechnungsjahres 6 727 707 642,50 gegen 6 296 488 882,18 M. im Jahre 1901. Von den 9 372 930 Sparbankbüchern entfielen auf Bücher

Table with 5 columns: bis zu 60 M. Einlage, von über 60 bis 150 M., 150 bis 300 M., 300 bis 600 M., 600 bis 1000 M., 1000 bis 2000 M., 2000 bis 3000 M., 3000 bis 4000 M., 4000 bis 5000 M., 5000 bis 6000 M., 6000 bis 7000 M., 7000 bis 8000 M., 8000 bis 9000 M., 9000 bis 10000 M. and corresponding values for 1902 and 1901.

Ein Blick auf diese Zahlen lehrt, daß seit Jahren die Zahl der Bücher mit kleinen Einlagen im Verhältnis zur Zahl der Bücher mit Einlagen von 600 M. und mehr abnimmt. 1875 kam auf jedes Buch nur eine durchschnittliche Einlage von 508 M., 1898 von 636 M., 1900 von 683 M., 1901 von 690 M. und 1902 von 718 M. Die kleinen Sparver, besonders jene mit Einlagen unter 300 M. nehmen also ab, während gleichzeitig die größeren Einlagen zunehmen.

De Hessele u. Co. In Aachen fand am Sonnabend die Generalversammlung der Aktiengesellschaft für Lederindustrie de Hessele u. Co. statt. Als Hauptergebnis ist zu berichten die einstimmige Annahme des vom Rechtsanwalt Eisenhütten gestellten Antrages: Die Generalversammlung wolle beschließen, eine Kommission von sieben Mitgliedern zu ernennen, die die Aufgabe haben soll: 1. Die Regresspflicht des Vorstandes des Aufsichtsrates aus der früheren Geschäftsführung durch Klarstellung des Tatbestandes zu prüfen; 2. mit den Mitgliedern der Verwaltung wegen außergerichtlicher Erledigungen usw. der Gesellschaft etwa zustehender Ansprüche zu verhandeln und über das Ergebnis der mit möglichster Beschleunigung einzuberufenden Generalversammlung Bericht zu erstatten; für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen aber die Gesellschaft zwecks gerichtlicher Geltendmachung der Ansprüche zu vertreten; 3. mit dem Vorstand des Aufsichtsrates über die Befestigung der Unterbilanz und Beschaffung der erforderlichen Betriebsmittel zu beraten und über das Ergebnis der Generalversammlung zu berichten.

In der Generalversammlung waren 1195 Stimmen vertreten: die Gruppe Friedberg-Eisenhütten verfügte meitens über die Majorität, die Gruppe Friedberg allein war mit 719 Aktien eingetreten. Die beteiligten Banken erklärten sich bereit, den bisherigen und zur Weiterführung des Betriebes notwendigen Kredit auf zwei weitere Monate zu gewähren; Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden verlegt bis zur demnächst einzuberufenden Generalversammlung.

Rußlands Außenhandel im ersten Halbjahr 1904. Das russische Zolldepartement hat vor kurzen vorläufige Angaben über die russische Ein- und Ausfuhr in den ersten sechs Monaten dieses Jahres veröffentlicht, die deshalb besondere Beachtung verdienen, weil sie Aufschluß über die Wirkung des russisch-japanischen Krieges auf den russischen Außenhandel geben. Nach den Mitteilungen des Zolldepartements erreichte die Einfuhr Russlands in der ersten Hälfte des laufenden Jahres einen Wert von 254 727 000 Rubel und übertraf die entsprechende vorjährige Einfuhr (231 525 000 Rubel) um etwa 10 Proz. Die russische Ausfuhr verweilte sich auf 319 878 000 Rubel gegen 348 108 000 Rubel, mithin gegen das vorhergehende Jahr annähernd 7 Proz. weniger. Der Getreide-Export ist gegen das erste Halbjahr 1903 der Menge nach um 11,1 Proz., dem Werte nach um 13,8 Proz. zurückgegangen; er betrug in den Monaten Januar bis Juni 1904 214,5 Millionen Rubel im Werte von 155,1 Millionen Rubel gegen 241,4 Millionen Rubel im Werte von 179,9 Millionen Rubel im gleichen Zeitraum 1903, Gestiegen ist die Ausfuhr von Gerste, Reis, Weizen- und Roggenmehl, dagegen zurückgegangen der Export von Weizen, Roggen, Hafer, Buchweizen, Hirse und Gerste.

Die Deutsche Bank und ihre Angestellten. Aus dem Kreise der Angehörigen der Deutschen Bank erhalten wir nachfolgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung: „Trotzdem ich nicht Sozialdemokrat bin, verkenne ich keineswegs die großen Vorteile, die dem Heer der Privatbeamten fast ausschließlich durch die Sozialdemokratie erkämpft worden sind, und sehe auch jetzt keinen andern Weg, um das von allen Kollegen Ersehnte herbeizuführen, als mich an Ihre geschätzte Blatt zu wenden.“

Bei beinahe sämtlichen Berliner Banken ist das Pensionswesen geregelt; jedoch bei der stolzen Deutschen Bank mit ihren dreitausend Beamten gibt es keinen Pensionsfonds, sondern nur einen Unterstützungsfonds. Es kam also jemand 30 Jahre für die Bank mit Aufopferung seiner Gesundheit gearbeitet haben, er hat keinen Anspruch auf Pension, sondern ist ein Schnorrer, der die Direktion um eine Unterstützung bitten muß, und der dieses Gesuch alle drei Jahre erneuern muß, damit er dieser ihm durch die Gnade der Direktion gewährten Unterstützung nicht verlustig geht. Sollte aber ein verheirateter langjähriger Angestellter sterben, da wird die Bank für seine Familie gar nichts thun, da können Frau und Kinder hungern, wenn sie nicht betteln wollen. Wie ganz anders beispielsweise bei der Diskonto-Gesellschaft, dort hat jeder Angestellte, wie bei vielen andern Instituten, nach einer gewissen Zeit Anspruch auf Pension (nicht Unterstützung) für sich und seine Familie.

Vielleicht wird man mir jetzt entgegenhalten, die Deutsche Bank habe ja dafür einen Klub und eine Kantine für ihre Beamten. Ja gewiß, den hat sie. Aber jeder Beamte muß, ohne Unterschied des Einkommens, also auch bei 1000 Mark pro Jahr, monatlich 1 Mark Beitrag dafür zahlen, während alle andern Banken ausnahmslos Kantine für ihre Angestellten unterhalten, ohne dieselben hierfür materiell in Anspruch zu nehmen. Und nun das Klublokal in der Jäger- u. Straße. Scheinbar sehr schön gedacht, denn für billiges Geld bekommt man dort Essen und Trinken und trifft dort auch viele Kollegen aus der Bank. Jedoch der wahre Grund ist: die Beamten hermetisch von den Angestellten anderer Institute fernzuhalten, sie könnten ja sonst erfahren, wie schlecht sie es haben und sich nach andern Stellen umsehen. Aus diesem Grunde engagiert die Bank auch mit ganz besonderer Vorliebe ihre Angestellten aus der Provinz. Und der Vater aller dieser Maßnahmen? Herr Direktor Koch.“

Bei beinahe sämtlichen Berliner Banken ist das Pensionswesen geregelt; jedoch bei der stolzen Deutschen Bank mit ihren dreitausend Beamten gibt es keinen Pensionsfonds, sondern nur einen Unterstützungsfonds. Es kam also jemand 30 Jahre für die Bank mit Aufopferung seiner Gesundheit gearbeitet haben, er hat keinen Anspruch auf Pension, sondern ist ein Schnorrer, der die Direktion um eine Unterstützung bitten muß, und der dieses Gesuch alle drei Jahre erneuern muß, damit er dieser ihm durch die Gnade der Direktion gewährten Unterstützung nicht verlustig geht. Sollte aber ein verheirateter langjähriger Angestellter sterben, da wird die Bank für seine Familie gar nichts thun, da können Frau und Kinder hungern, wenn sie nicht betteln wollen. Wie ganz anders beispielsweise bei der Diskonto-Gesellschaft, dort hat jeder Angestellte, wie bei vielen andern Instituten, nach einer gewissen Zeit Anspruch auf Pension (nicht Unterstützung) für sich und seine Familie.

Vielleicht wird man mir jetzt entgegenhalten, die Deutsche Bank habe ja dafür einen Klub und eine Kantine für ihre Beamten. Ja gewiß, den hat sie. Aber jeder Beamte muß, ohne Unterschied des Einkommens, also auch bei 1000 Mark pro Jahr, monatlich 1 Mark Beitrag dafür zahlen, während alle andern Banken ausnahmslos Kantine für ihre Angestellten unterhalten, ohne dieselben hierfür materiell in Anspruch zu nehmen. Und nun das Klublokal in der Jäger- u. Straße. Scheinbar sehr schön gedacht, denn für billiges Geld bekommt man dort Essen und Trinken und trifft dort auch viele Kollegen aus der Bank. Jedoch der wahre Grund ist: die Beamten hermetisch von den Angestellten anderer Institute fernzuhalten, sie könnten ja sonst erfahren, wie schlecht sie es haben und sich nach andern Stellen umsehen. Aus diesem Grunde engagiert die Bank auch mit ganz besonderer Vorliebe ihre Angestellten aus der Provinz. Und der Vater aller dieser Maßnahmen? Herr Direktor Koch.“

Soziales.

Nationale Brotversorgung.

Aus einem diesen Gegenstand behandelnden Vortrage sei folgendes mitgeteilt:

„Da das Brot die eigentliche Grundlage der Volksernährung bildet, liegt den Verwaltungen der Konsumvereine nichts näher, als der rationellen Brotversorgung besonderes Interesse zu widmen. Freudig ist anzunehmen, daß seit einigen Jahren die höchsten Staatsbehörden der Brotfrage größeres Interesse widmen, aber auch in Zukunft müsse bei der Verantwortung der in Betracht kommenden Fragen: „Wie schafft der Landwirt ergiebigeres Korn, welches Verfeinerungsprinzip ist das rationellste und wie soll man Mehl zu Brot umwandeln“, die Staatsbehörden helfend und fördernd mitwirken. Die fabrikmäßige Brotzeugung liegt mehr im Interesse der Allgemeinheit, als der handwerksmäßige Betrieb, dem sie ganz erheblich überlegen ist, wenn auch nicht alle Brotfabriken tadellose Fabrikweise eingeführt haben und auch handwerksmäßiger Betrieb bei tüchtiger Nacharbeit und sorgfamer Vervollständigung gute Erzeugnisse liefern kann. Allein der Fabrikbetrieb gewährleistet eher die Lieferung eines gleichmäßigen Produkts und verbilligt die Herstellungskosten. Nach dem Jahrbuch deutscher Städte stellt sich der Brotpreis pro Kilogramm in den Städten München, Nürnberg, Straßburg, Magdeburg, Frankfurt, Berlin, Dresden, Mannheim, Leipzig und Köln auf 23—28 Pf., wogegen der Breslauer Konsumverein dasselbe für 18,8 Pf. liefern konnte und mit Berücksichtigung der Dividende mit nur 17 für helles und 15 1/2 Pf. für dunkles Brot. Zahlen die Bäckereimeister also fort, sich Neuerungen und Verbesserungen der Technik zu verschließen, deren Beschaffung vielfach erst durch genossenschaftlichen Zusammenschluß möglich ist, so bereiten sie selbst den Niedergang ihres Gewerbes vor.“

Das interessante an diesen ganz richtigen Ausführungen ist, daß sie für den Allgemeinen Genossenschaftscharakter der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften bestimmend sind, der jetzt in Breslau versammelt war. Das ist der Verband, der die „socialdemokratischen“ Konsumvereine ausschloß wegen ihrer auf „Vernichtung des Mittelstandes“ gerichteten Tendenzen.

Lasset die Kindlein zu mir kommen.

Aus dem Jahresbericht der Landwirtschaftskammer für Westpreußen wird mitgeteilt:

Der Arbeitermangel in der Provinz ist infolge der bedeutenden Abwanderungen trotz Steigerung der Löhne und des Deputats noch immer erheblich. Es wird namentlich geklagt, daß die polnischen Arbeiter vielfach kontraktbrüchig werden. Durch Einführung von Maschinen sowie durch Bezug von Arbeitern aus russisch-polen könne aber der Arbeitermangel noch lange nicht beseitigt werden. Die Arbeiter lassen sich zwar im Osten anlernen, wandern aber, sobald sie in der Accordarbeit erst mitkommen können, sofort nach dem Westen ab, sobald im Osten noch Aussicht der Landwirtschaftskammer nur Stümper, ältere Leute und schwangere Frauen zurückbleiben. Die Arbeitgeber selbst hätten indes noch nicht alle Mittel erschöpft, um die Arbeiterkalamität zu überwinden. So müßten sie zum Beispiel die Kinder mehr zur Arbeit heranziehen und wenigstens in der Ernte im Accord arbeiten lassen.

Es wird die höchste Zeit, daß dem Kinderhunger der Agrarier ein gesetzlicher Niegel vorgezogen wird.

Fiskus und Privateigentum.

Wie seiner Zeit berichtet wurde, hatte die dem Staate gehörende Blei- und Silberhütte „Friedrichshütte“ bei Tarnowitz (Oberlausitz) neue Höfen aufgestellt, die nach einem 100 000 M. kostenden eigentlichen Patent konstruiert waren. Ohne eine Konzession für die Umgestaltung des Betriebes einzuholen, wie es das Gesetz vorschreibt, waren die Höfen in Betrieb gesetzt worden und hatten zwei Jahre lang mit ihren giftigen Gasen die ganze Gegend verpestet, die Feldfrüchte vernichtet und Mensch und Tier krank gemacht. Bis es im Februar dieses Jahres den geschädigten Gemeinden im Tarnowitzer Kreise gelang, durch Klage beim Bezirksauspruch durchzusetzen, daß die nach zwei Jahren notgedrungen von der fiktionalen Hüttenverwaltung beantragte Konzession verweigert wurde. Der vom Hüttenamt erhobene Rekurs beim preussischen Handelsminister wurde von diesem dahin befriedigt, daß die Patenthöfen zunächst ganz außer Betrieb zu setzen seien, bis durch Verbesserungen an der Rauchführung und andern Maßnahmen die schädlichen Einwirkungen beseitigt seien. Sollte das nicht gelingen, dann sollten die teuren Höfen gänzlich außer Betrieb gesetzt werden. Seit Anfang dieses Monats sind nun die Höfen wieder in Betrieb, aus den Kreisen der Interessenten erheben sich jedoch neue schwere Klagen. Namentlich die Abwässer der Hütte so giftig geworden, daß sie den Fischbestand in dem Stolafluß wie in allen fließenden Teichen der Gegend vollkommen vernichtet haben. Tausende von Karpfen, Hechten, Weißfischen usw. schwimmen tot auf der Oberfläche der Gewässer umher.

Die Schleißenfahrt vor dem Gewerbegericht.

Der Mechaniker H. Klagte beim Berliner Gewerbegericht auf 62 M. rückständigen Lohn gegen einen Herrn Maß als den ehemaligen Besitzer einer Radfabrik-Schleifenbahn. H. ist beim Aufbau der Bahn und bei andern mit dem Gange solcher Bahn verbundenen Arbeiten beschäftigt gewesen. Der Beklagte bestritt jede Verpflichtung gegenüber dem Kläger und behauptete, dieser habe im eigenen Interesse die Bahn das letzte Mal mit dem Schleifenfabrik-Jakob aufgegeben, da die beiden eine Tandem-Schleifenfahrt sich hätten einreden wollen. Und im übrigen sei höchstens Jakob zu Zahlungen verpflichtet. Beklagter hat die Schleifenbahn verkauft, so daß es zu der Tandemfahrt nicht kam. — Zeuge Jakob, der mit Benutzung der Maßschen Schleife die Schleifenfahrt unter andern im Circus Busch ausgeführt hat, bezeugte, daß er die Hälfte der Einnahme erhalten habe, während die andre Hälfte Maß zufiel. Der Auf- und Abbau der Schleife sei ihm dabei nichts angegangen. Maß habe damals immer dem Kläger den Lohn gezahlt, er, Zeuge, habe ihm nur für das Ablassen des Rades vom Turm Extravergütungen gegeben. — Der Beklagte Maß wurde verurteilt, dem Kläger 62 M. Lohn zu zahlen. Nach der Beweisaufnahme und der ganzen Sachlage sei Maß als der Arbeitgeber H. anzusehen. Er hatte für den Lohn, der für die wirklich von H. geleistete Arbeit zu zahlen sei. Ob und inwiefern etwa der Zeuge Jakob mit Maß abreden wäre, könne und brauche in dem Prozeß gegen Maß nicht entschieden werden. Es brauche nicht zu geschwehen, daß Maß von seiner Haftung durch das Mitwirken eines andern nicht entbunden würde.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung des Wahlvereins in Habels Brauerei-Ausgang, Bergmannstraße 5—7. 1. Vortrag des Genossen H. Silbermann über „Die Partei-Organisation Deutschlands“. 2. Diskussion. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Reinickendorf. Heute, Dienstagabend 8 1/2 Uhr, ist bei Franke, Eichbornstr. 18, eine wichtige Vereinsversammlung, zu der alle Mitglieder erscheinen müssen.

Weißensee. Mittwochabend 8 Uhr findet im Vereinshaus, Charlottenburgerstr. 150, eine öffentliche Versammlung statt. Genossin Ida Altmann spricht über das Thema: „Religiöse Worte und religiöse Tat“. Es wird erlucht, recht zahlreich zu erscheinen. Der Vertrauensmann.

Wilhelmsberg-Hohen-Schönhausen. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale des Herrn Kühle, Berlinerstr. 68/69, eine Volksversammlung statt, in der Frau Kiesel einen Vortrag über „Die Entwicklung des Kapitalismus und die Arbeiterklasse“ halten wird.

Lokales.

Am Salze.

Von Genf, der Perle des Léman, führt der Weg über Carouge und die französische Grenzstation Veirier leicht ansteigend, zwischen Weingärten, die ersten Anhöhen hinauf zu dem das weite Genfer Thal beherrschenden redigen Felsenkogel, dem Salze. Immer enger wird der Pfad, nur für Fußgänger passierbar und unsre Schultern streifen überhängende Steine der Grenzmauern und rotblau und goldglänzende Weinbeeren, welche die Auguststrahlen zur letzten Reife locken. Dann bleibt das Dörfchen hinter uns, dem wir bestiegen das Geröll, den Abfall, den der Felsigant bei jedem Frühjahr- und Herbststurm verderbenbringend zu Thale sendet. Dort oben zwischen Gerümpel und unzugänglichem Gemenge von Vegetation und Felsenbruch liegt wie eine feierliche Oase ein platter, ebener Natur-Nasenplatz, umgeben von blühenden Gehölz, abgeschlossenen in Rücken vom dem gewaltigen, noch etwa 1000 Meter hohen Kalk- und Sandstein-Massiv, an welches angelehnt sich blendende Kreiselsteinen in italienischer Sonne wärmen. Schwindelnd ragen die trogigen Steingebilde senkrecht in die Höhe, hinein in den dunkelblauen Azur, fesselsprengend, als mähle dort oben Wölkens lichte Göttin der Freiheit thronen mit dem Purpurmantel, der phrygischen Mütze und dem weißen Edelstein. Hoch über all diesen aber die ewig schneeige Montblanc-Kette im glühenden Sonnenschein. — Uns zu Füßen das weite Rhone-Thal, der Genfer See mit seinem leuchtenden Blau, durchzogen von dem Silberband der Rhone, direkt unter uns die schmutzigen Montblanc-Gletscherwässer der Arve. Den Hintergrund schließen die dunklen Massen des Simplon, des Jura und des wachsenden Savoyer Hochlandes.

Ein schöner Platz, riesenhaft gewaltig, eine Walfahrt für einen Felder.

Dort steht ein etwa meterhoher, schmutzloser Stein mit der Inschrift:

Ferdinand Lassalle

né le 11 avril 1825

mort à la suite d'un duel le 31 août 1864.

Heute vor 40 Jahren stand an dieser Stelle vor dem Revolver seines Gegners ein Mann, seinem Widersacher wohlwollend mit dem Titel der Brust: „Ich erkläre hiermit, daß ich selbst es bin, der seinem Leben ein Ende gemacht hat. 28. Aug. 64. F. Lassalle“ — dennoch siegesbewußt und lebensvoll mit genialen Plänen für die Zukunft, ein Siegfried, groß und gewaltig — und empfing die Todeswunde. Ein Held wie kein Ueich (Franz von Siffingen) das Leben des Einzelnen nicht achtend, auch sein eigenes nicht, stets bereit, es in die Schanze zu schlagen:

Das große Ganze kann auf höchste Fügung bauen,

In eigener Weisheit planvoll sich verschlingend,

Führt es sich seinem eignen Ziele zu,

In allen Bindungen sich nie verlierend — —

Der Einzelne steht auf des Zufalls Pulvermine,

Auffliegend sprengt sie in die Lüste ihn.

Drei Tage nach dem Duell starb Lassalle in Genf, wohin seine Freunde den Schwerverwundeten gebracht hatten.

In der gestrigen Sitzung der Deputation der sächsischen Gaswerke wurde unter dem Vorsitz des Stadtrats Kammlow die Neueinrichtung und Verstärkung der Gasbeleuchtung in der Kopernikusstraße, Gnesener-, Sonnenburger- und Revalerstraße beschlossen. Gleichzeitig wurde ein eingehender Bericht über die seit Jahr und Tag hier in Berlin in Uebung befindlichen Fernzünd- und ihre Brauchbarkeit für die öffentliche Beleuchtung gegeben. In Frage kommen drei verschiedene Systeme und zwar gleichzeitig für Zündung und Löschung. Die Versuche, die mit pneumatischen, elektrischen und mit sogenannten Zündröhren gemacht worden sind, haben noch keinen Abschluß gefunden, so daß ein abschließendes Urteil über alle drei Systeme noch nicht gegeben und deshalb auch noch kein Beschluß gefaßt wurde, welches System eventuell hier eingeführt werden soll.

Die Zahl der Brände in Berlin hat im letzten Etatsjahre zum erstenmal einen Rückgang gehabt. Vorher war sie Jahr für Jahr ununterbrochen gestiegen, im Etatsjahre 1902/03 auf 12 814. Im Etatsjahre 1903/04, über das jetzt der Bericht des Branddirektors vorliegt, sank sie auf 12 603. Zwar zeigen die Großfeuer eine Vermehrung von 98 auf 104, aber bei den Mittelstücken ist eine Verminderung von 231 auf 176 eingetreten, und die Zahl der Kleinstfeuer ist von 12 487 auf 12 323 heruntergegangen. Freilich war die Gesamtzahl der Brände im letzten Jahre auch so noch über doppelt so groß wie im Jahre 1854/55, wo sie erst 6272 betrug.

Die sonst so verschwiegene Polizei scheint sich nicht dadurch beunruhigt zu fühlen, daß, wie wir kürzlich mitteilten, in einem Berliner Wohnhause ein paar Haufen ausrangierter Papiere des Polizeibureaus, das früher dort untergebracht war, im Keller frei daliegen und von Hausbewohnern gelesen werden können, daß auch schon viele Papiere durch spielende Kinder heraufgeholt und überallhin verstreut worden sind. Das Haus hatten wir nicht näher bezeichnen wollen, um nicht dadurch erst recht die Aufmerksamkeit Anderer auf die Papiere zu lenken. Wir hatten geglaubt, schon durch eine bloße Andeutung würden die schuldigen Personen veranlaßt werden, namentlich die im Keller lagernden Papiere schleunigst abzuholen und zu vernichten. Wenn der geschändete Unfug, wie wir annehmen, nur ein einziges Mal in Berlin vorgekommen ist, so müßte ja unser Hinweis vollkommen genügen, um dem Eingeweihten das Haus zu kennzeichnen, das wir meinen. Doch wir waren im Irrtum: die Papiere liegen noch immer an ihrer alten Stelle. Kein Mensch ist bisher gekommen, sie abzuholen; keiner hat sie vernichtet. Auch das Polizeipräsidium, das doch den „Vorwärts“ sehr sorgfältig liest und jene Mitteilung gewiß nicht übersehen konnte, hat noch nicht bei uns angefragt, welches denn das Haus ist. Wir erklären uns in diesem Falle zur Auskunft bereit. In unserer ersten Mitteilung hatten wir darauf hingewiesen, daß durch diese Polizeipapiere verschiedene Personen, die darin genau bezeichnet sind, bloßgestellt werden. Heute wollen wir hinzufügen, daß uns in einem der Papierhaufen auch handchriftliche Notizen vor Augen gekommen sind, die sich auf Privatangelegenheiten von Polizeibeamten beziehen.

Die Postwertzeichen-Sammlung des Reichs-Postmuseums ist jetzt, zurzeit der internationalen Briefmarken-Ausstellung, Gegenstand besonderen Interesses der jungen und der alten Sammler vom In- und Auslande. Bekannt ist die Sammlung von Neudruden, die zu einer übersichtlichen Sammlung in einem besonderen Saale vereinigt und jederzeit zugänglich ist. Weniger bekannt als diese Schauausstellung sind die unter Verschluss gehaltenen Teile. Besonders reichhaltig und wohl unübertroffen ist die Sammlung von Schaft, das heißt Versuchs- und Probebruden, die die Postverwaltungen vor der Ausgabe neuer Briefmarken herstellen lassen. Auch eine Stempel-Sammlung ist vorhanden. Alle diese Sammlungen sind von dem früheren, sachverständigen Beirat des Museums, Landgerichts-Präsidenten Lindenberg in Ratibor, angelegt. Sie werden von dem gegenwärtigen Kuratorium in sachkundiger Weise fortgeführt. In den Redensammlungen sind besonders gebrauchte Wertzeichen, Wloos und Streifen von Marken vertreten. Die Sammlung ist um so bemerkenswerter, als sie ohne jeden Aufwand von staatlichen Geldmitteln und lediglich durch Tausch oder Schenkung zusammengebracht ist. Sie enthält trotzdem die größten Seltenheiten.

Ausstellung von Schindeln. Am 1. September beginnen im Reichs-Postmuseum die Schindeln-Ausstellungen, welche auch für den Abendbesuch (wochentäglich, außer Montag, 7 1/2—9 1/2 Uhr geöffnet sind). Die erste enthält die Schindeln aller Zeiten. In den Ständen aus den hiesigen Museen kommen hervorragende Arbeiten aus Berliner Privatbesitz, die durch das Entgegenkommen ihrer Besitzer zu diesem Zwecke geliehen worden

sind — vor allem aus den Sammlungen der Frau Julie Gahnauer, des Geheimrats Professor v. Kaufmann und Professor Mag. Liebermann. Eine Uebersicht über die modernen Bestrebungen auf diesem Gebiete ist durch Reihgaben von Arbeiten lebender Künstler und durch Unterstüzung einiger Kunsthandlungen ermöglicht worden.

Den arg verblähten Ruhm des Blumenmediums Anna Rofe, die übrigens in stillen Kreisen wieder Blumen aus der Luft „herborzaubert“, wollen die überzeugten Spiritisten wieder vor der großen Oeffentlichkeit auffrischen. Man hat sie aufgefordert, sich einer Prüfung durch die sogenannte „wissenschaftliche Kommission“ des deutschen Spiritisten-Vereins zu unterwerfen. Die gleiche Aufforderung richtet diese Prüfungskommission übrigens noch an die Medien Frau Abend und Fenne masquée und die „Berliner Seherin“ de Herrien. Obwohl in der Prüfungskommission lauter gläubige Spiritisten sitzen, haben die genannten Damen es doch bisher vorgezogen, ihr Handwerk unexaminiert fortzuführen.

Der Mann mit den sieben Schiffsjungen. Die Verhaftung des Inhabers eines „Berliner Schiffsjungen-Ersparbureaus“ ist in Hamburg erfolgt. Der Verhaftete ist der frühere Handlungsgehilfe Theodor Bremer, zuletzt in Wien wohnhaft gewesen; seine Festnahme erfolgte auf telegraphisches Eruchen der Wiener Staatsanwaltschaft an die Berliner Polizei, welche ihrerseits der Hamburger Behörde von dem Haftbefehl sofort Kenntnis gab. Bremer ist sowohl der Berliner, wie der Hamburger Polizei eine nicht unbekannt Persönlichkeit. In Hamburg-Altona hatte er vor einigen Jahren eine „Jugendwehr“ begründet und hierbei Schwindelien verübt, was ihm eine längere Freiheitsstrafe einbrachte. Nach Verbüßung dieser Strafe hatte er sich nach Dresden und später nach Berlin gewandt. Hier verübte er von neuem Betrügereien, geriet mit der Polizei in Konflikt und wurde wiederum von den Gerichten in das Gefängnis geschickt. Er spielte namentlich den „wilden Mann“ und wurde für einige Monate der Anstalt Herzberge überwiesen. Nachdem er aus dieser als geheilt entlassen war, beging er neue Schwindelien, die keineswegs Spuren von Geistesgestörtheit zeigten. Bei der Verhaftung Bremers in Hamburg befanden sich sieben junge Leute aus Wien in seiner Begleitung, die er angeblich auf den Schiffsjungen „Reptum“ und „Rettin“ als Schiffsjungen unterbringen wollte, und deren Eltern er größere Geldbeiträge entloot hatte, die als Kautionen und Zehrgelder dienen sollten. Hinterher stellte es sich heraus, daß die genannten Schiffsjungen in Hamburg gänzlich unbekannt sind. Die angehenden Schiffsjungen wurden vorläufig in Obhut der Polizei genommen, welche sie alsbald bis zu ihrem demnächst erfolgenden Rücktransport nach Wien in einem Hamburger Gasthof unterbrachte. Bremer wurde zunächst zur Beobachtung seines Geisteszustandes dem Hafentankens-haus zugeführt, von wo aus gestern seine Einlieferung in das Untersuchungsgefängnis erfolgte, nachdem die Aerzte ihn für geistig völlig normal erklärt hatten.

Wandergewerbeförderung. Das Polizeipräsidium teilt der Presse mit: Das hiesige Polizeipräsidium bewilligt grundsätzlich für das laufende Jahr eine Ausdehnung der auswärts von Berlin erteilten Wandergewerbeförderung zur Vorführung von Schaustellungen und Lustbarkeiten auf den Landespolizeibezirk Berlin nicht mehr, weil die Ausdehnung einer der Bestimmungen des Landespolizeibezirks Berlin entsprechenden Anzahl von Scheinen zu solchen Veranstaltungen für dieses Jahr bereits erfolgt ist.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern mittag am Nordufer. Dort kam der Fleischlieferant der Spandauer Konsernd-fabrik Hübner Jaak, Peterburgerstr. 10, mit dem sich augenblicklich hier aufhaltenden Kaufmann Otto Varnus aus Verden a. N. auf einem Trabervagen angefahren. Plötzlich schaute das Pferd und ging durch; der hinten aufstehende Diener konnte noch schleunigst abspringen, dagegen wurden die beiden andern Insassen aus dem Wagen geschleudert und kamen erheblich zu Schaden. Varnus wurde mit einem schweren Schädelbruch ins Roabiter Krankenhaus gebracht; Jaak zog sich einen Armbruch zu. Das Pferd, das einen Wert von 6000 Mark besessen haben soll, lief gegen einen Baum, stürzte und schlug sich auf der Stelle tot.

Gegen den vermeintlichen Mörder der Lucie Berlin, den Zuhälter Otto Berger, wird voraussichtlich in dieser Woche seitens des Königl. Landgerichts I die öffentliche Anklage erhoben werden, da der Schluß der Voruntersuchung nahe bevorsteht. Alle maßgebenden Zeugen, deren Zahl eine ungeheuer große ist, sind von dem Untersuchungsrichter vernommen worden, und das von den Sachverständigen gefällte Urteil ist ebenfalls abgeschlossen. Bemerkenswert ist, daß die ärztlichen Gutachten darüber uneinig sind, ob der Tod der kleinen Berlin durch Ertrinken oder durch die Stichwunden erst nachträglich eingetreten ist. Das Gericht scheidet sich daher vor die Alternative gestellt, entweder die Anklage auf Mord oder auf Körperverletzung mit tödlichem Ausgange zu formulieren.

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurde das Restaurant von Lucie Petersen, Hochstr. 48, von Schutzleuten und Kriminalbeamten ausgehoben. Gegen zwanzig Personen wurden nach dem Polizeirevier gebracht. Auf dem Wege zur Wache mußten die Beamten blank ziehen, da einige der Festgenommenen zu fliehen versuchten.

Die Veranbarung eines Selbstmörders auf dem Bahnhof Zoologischer Garten rief nachts große Aufregung hervor, weil es zuerst den Anschein hatte, als ob ein Raubmord verübt worden sei. Kurz nach 12 Uhr nachts trat an den auf dem Bahnhof Dienst thnenden Portier ein junger Mann heran, um diesem die Mitteilung zu machen, daß auf dem Abort ein dumpfes Röcheln vernehmbar sei, als ob jemand mit dem Tode ringe. Die Aufforderung, den Portier zu begleiten, lehnte er jedoch unter dem Vorwand, keine Zeit mehr zu haben, ab. Der Portier fand in einer von innen verriegelten Zelle des 62jährigen Russler Berber mit einer Schußwunde im Kopfe tot auf. Da keine Schußwaffe bei dem Toten gefunden wurde und sich bei näherer Beschichtigung zeigte, daß familiäre Taschen des Toten durchsucht waren, mußte angenommen werden, daß ein Raubmord vorlag. Polizei-Inspektor Krause, der auf die Benachrichtigung der Kriminalpolizei sofort mit mehreren Beamten auf dem Bahnhof erschien, leitete die Ermittlungen selbst. Die Annahme, daß ein Mord vorliege, wurde durch den Umstand, daß sich oben an der Zellentür blutige Finger- und Handballenabdrücke voranden, noch bestärkt. Erst bei näherer Durchsuhung der Leiche wurde ein an die im Hause Ansebeckstraße 2 wohnende Birkin des G. gerichteten Schreiben gefunden, in dem der Lebensmüde von seiner Birkin Abschied nahm und als Motiv für seinen Selbstmord Krankheit und Nahrungsmangel angab. Das Schreiben wurde auch alsbald von der Birkin des G. als von ihm herrührendes rekonstruiert. Inzwischen waren aber die Ermittlungen nach dem mutmaßlichen Mörder, den die Polizei in dem jungen Mann, der den Portier auf den Selbstmörder aufmerksam gemacht hatte, zu sehen glaubte, angestellt worden. Ein eigentümlicher Umstand sollte hier bald auf die richtige Fährte führen. Der Mörder, ein 26jähriger Comptoirist Schilinski, hatte bald nach seiner That eine Wirtwirtschaft in der Rumburgerstraße aufgesucht. Während er hier saß, ging plötzlich der Revolver, den er unsicher in die Tasche gesteckt hatte, los. Er wurde daher aus dem Lokal gewiesen und zur Polizeiwache sifiziert. Hier war inzwischen das Signalement des Verdächtigen auf telegraphischem Wege eingegangen. Er wurde daher festgenommen. Bei seiner Körperverletzung wurde außer dem Revolver ein Portemonnaie und ein Augenglas gefunden, das als dem Verstorbenen gehörig rekonstruiert wurde. Er legte sich daher auch nicht mehr auf Leugnen, sondern gestand seine That unumwunden ein. Er wurde in Haft genommen.

Die Feuerwehr hatte am Sonntag einen großen Dachstuhlbrand zu löschen, der mittags nach 2 Uhr in der Königsgräberstr. 71 neben dem Haischen Thorgebäude der Stadt Berlin aus unbekannter Ursache ausgebrochen war. Es gelang mit 6 Centimeter-Röhren den Brand auf den Dachstuhl des Vorderhauses und des linken Seitenschiffes zu beschränken. Das Vordringen der Feuerwehr unter Leitung des Branddirektors war infolge der großen Verqualmung sehr erschwert. An vier Stellen mußte das feste Holzcementdach durchgeschlagen werden, damit der Qualm abziehen konnte. Unter Benutzung von Giersbergschen Rettungsapparaten drangen die Feuerwehrmänner bis zum Dachherde vor. Am Velle-Aliance-

Platz und in der Königgräzerstraße waren mechanische Leitern aufgeföhrt, über die mehrere Schlauchleitungen vorgenommen wurden. Um 5 Uhr war der Brand gelöscht.

Ein rasender Motorfahrer erregte in der Nacht zu gestern unter den Passanten des Grünen Wegs Angst und Entsetzen. Der Mann fuhr zu seinem Vergnügen mit einer Geschwindigkeit von etwa sechzig Kilometer die Straße auf und nieder und gefährdete dadurch sowohl den Fußgänger als die Fußgänger auf das äußerste. Als ein Radfahrer den Mann zu stellen suchte, lachte er ihn aus, bequeme sich aber schließlich dazu, von der Maschine zu steigen, und machte dem Miene, den Radfahrer zu verprügeln. Allerdings wurde dem Kaufbold auf diese Nothet hin vom Publikum ein Denktzettel gegeben.

Feuerbericht. Die Brandchronik der letzten 48 Stunden ist eine ungemöhnlich reichhaltige; neben dem großen Dachstuhlbrande am Belle-Allianceplatz, über den wir an anderer Stelle ausführlich berichteten, hatte die Wehr noch mehr als zwei Duzend andere Feuer zu beseitigen. Besonders in den ersten Abendstunden des Sonntags waren die Löschzüge fast unausgeseht unterwegs. So liefen gegen 7 Uhr kurz hintereinander Alarmierungen nach der Joachimstr. 11, Prinz Eugenstr. 16, Postenstr. 51, Rheinsbergerstr. 52 und nach der Liebenstr. 13a ein. In allen diesen Fällen brannten Möbel, Deden, Gardinen, Kleidungsstücke ufm. in Wohnungen, doch konnten die Flammen überall leicht erstickt werden. Allerlei Gerümpel und alter Hausrat war später in der Zwinglistr. 12 in einem Keller in Brand geraten, während in der Subenerstr. 6 in einer Waschküche Feuer ausgekommen war. Hinter dem Hause Gerichstr. 23 stand ein Teil der Eisenbahnabfuhrung in Flammen, die aber in kurzer Zeit abgelöscht werden konnten. Ein Posten Preßlohn brannte in der Langestr. 77. In der Mohrenstr. 21 war auf dem Dach, auf dem augenblicklich Reparaturarbeiten vorgenommen werden, ein Kessel Teer übergeföhrt. Die Gefahr wurde vom 17. Löschzug bald beseitigt. Nach der Frankfurter Allee 29 wurde die Wehr gerufen, weil hier infolge von Nachlässigkeit beim Gasanzünden Gas in größerer Menge ausgeströmt war. Eine Explosion konnte durch das umsichtige Vorgehen der Feuerwehre noch verhindert werden. Zur selben Zeit war in der Spandauerstr. 46 in einer Knapffabrik und in der Caprivistr. 15 in einem Cigarrengeschäft Feuer ausgekommen. Ein Posten Späne, Bretter usw. waren früh gegen 6 Uhr in der Stralauerstr. 58 in einer Kissenfabrik in Brand geraten, dessen Ablöschung indes auch nur kurze Zeit in Anspruch nahm. In der Klosterstr. 61 und in der Alten Jakobstr. 47 gingen Gardinen und Waschküchen in Flammen auf, während in der Dänzigerstr. 86 durch die Explosion einer Petroleumlampe Deden und Möbel Feuer gefangen hatten. Ein Möbelwagen brannte kurz darauf am Halleschen Ufer 34. Alle übrigen Alarmierungen, die die Wehr dann noch nach der Großen Frankfurterstr. 97, Vorfigstr. 24, Köpenickerstr. 190 und noch nach verschiedenen andern Orten führten, betrafen Brände, die bereits vor Anbruch der Löschzüge von Hausbewohnern abgelöscht waren, ein Eingreifen also erübrigten.

Der kuge Hans kriegt jetzt, wie dies in Berlin mit Mode- neuheiten so der Brauch ist, an allen Ecken und Enden Konkurrenz. Eine beachtenswerte Nebenbuhlerin ist dem Tier in einer prächtigen kleinen braunen Stute, der „Hugen Rosa“, erstanden, welche der Direktor Franz Dorn vor kurzem in einem Landstädtchen Thüringens erstand und nach Berlin gebracht hat. Die „Hugen Rosa“ heißt, wie es heißt, Geistesgaben, sie bietet gleiches wie „Hans“ und überlegt damit die Behauptung der Fuchste, daß nur Hengste sich zu dieser Höhe des Begriffsvermögens emporschwingen geeignet sein sollen. Auch „Rosa“ beantwortet die an sie gerichteten Fragen, wie „Hans“, durch Aufkopfen mit dem Auf, sie löst Rechenexempel, kurzum, sie ist das Ideal eines mit der Wissenschaft des Jahrhunderts gewappneten Pferdes und wird, sobald sie sich in die neuen Weltanschauungen eingelebt hat, was schon in den nächsten Tagen geschehen dürfte, in Casians Panoptikum vor der breiteren Öffentlichkeit Proben ihrer geistigen Begabung ablegen.

Im Circus Sorraiani tritt von heute ab das Wunderpferd „Das gelehrte Händchen“ täglich auf. Der russische Hengst, welcher erst vor kurzem vom hiesigen Pferdehändler Neuberg gekauft wurde, ist in überraschend kurzer Zeit dressiert worden und arbeitet vollständig selbständig. Er unterscheidet Farben, sucht bezogene Gegenstände durch Scharen, apportiert und zeigt sich als intelligentester Vertreter des Pferdegeschlechts.

Sport. Die Radrennen in Treptow hatten am Sonntag folgendes Ergebnis. Malfahren. 1500 Meter. 1. Lehmer 2:27. 2. Genz. 3. Rabe. Meda geföhrt. — Auscheidungswrennen für Klasse I und II. 5 Kilometer. 1. Heibel 8:40. 2. W. Schmidt. 3. Teylaff. — Stundenrennen. 1. Stellbrink 61 Kilometer 200 Meter. 2. Albert Blümel, 3600 Meter zurück. 3. Fr. Schmann, weitere acht Meter. Schönebed 29 Runden hinter dem Sieger unplatziert. — Motorenrennen. 10 Kilometer. 1. Jof. Käfer 7:42. 2. Sieder, 4 Runden. 3. Jahnke, 5 Runden. — Die Reiferschaft von Berlin im Gehen über 75 Kilometer wurde gestern bei günstigstem Wetter ausgetragen und von R. Wilhelm (S.-C. Uranus) in 8 Stunden 27 Minuten 26/10 Sekunden gewonnen. Die nächsten Plätze belegten D. Scholz (S.-C. Berlin 1904) mit 8:46:55, W. Martin (S.-C. Marconiana) mit 8:53:28 und E. Kshinov junior (S.-C. Teutonia). Die Zeit des Siegers ist eine sehr gute und erreicht fast den Rekord, den G. Frömert mit 8:25:55 im Jahre 1902 aufstellte. Den Start bei Tempelhof hatten früh 7 Uhr 10 Geher verlassen; das Ziel des Marfches bildete die Treptower Radrennbahn, woselbst die Teilnehmer während des Radrennens eintrafen und noch zwei Bahnrunden geben mußten. — Rund um Berlin. Die klassische Fernfahrt des Berliner Gauzes 20 des Deutschen Radfahrerbundes über 240,9 Kilometer, die in Potsdam begann, und an der zwei Abteilungen Motorradler und Radfahrer sich beteiligten, hatte folgendes Ergebnis: Gruppe I. Motorfahrer (Mitglieder des Deutschen Radfahrerbundes): 1. G. Steffen-Velich (Vrennabor) 6 Stunden 58 Minuten 48 Sekunden. 2. J. Rindt (Vrennabor) 7:—:50. 3. G. Bahne- mann (Vrennabor) 7:01:34. 4. J. Menzel (Progreß) 7:05:20. 5. E. Glombiga (Redars-Ulm) 7:08:28. — Gruppe II: Nicht- Bundesmitglieder: 1. R. Müller (Vrennabor) 6:58:58. 2. Richter (Vrennabor) 7:08:13. 3. E. Tolkdorf (Progreß) 7:06:6/10. — Gruppe III: Radfahrer: Sieger Franz Scholz (Friedenau) Radfahrerverein 1891) 9 Stunden 33 Min. 14 Sec. 2. Karl Demuth (Radfahrerverein „Victoria“-Rauen) 9:36:5. 3. Gustav Janke (Eingel- fahrer) 9:43:42. 4. Gustav Schulze (Radfahrklub „Fidelitas“- Trebbin) 9:44:46. 5. Paul Reich (Radfahrerverein „Sport“ 1888) 9:49:25. 6. Heinrich Steinwäcker (Radfahrklub „Stern“- Wannsee) 9:54:43. 7. Adolf Böhm (Berliner Radfahrerverein „Jug- vogel“) 9:57:28.

Das Berliner Aquarium verdankt Herrn Apotheker Willems, dessen Sendung Wasserfchlangen in voriger Woche aus Siam hier anlang, auch zwei Exemplare einer bisher nur selten lebend zu uns gebrachten Schildkröte. Sie gehört zu jener interessanten Gruppe, welche in früheren Erdperioden auch in Europa zahlreich auftrat und in der mittleren Tertiärzeit die Flüsse des westlichen Deutsch- lands besiedelte, während sie jetzt in Europa gänzlich fehlt und sich vom Kongo ab über das nördliche Afrika, über das südlige und mittlere Asien bis Japan und Nordamerika bis Texas hinab als Bewohner der Flüsse und Ströme verbreitet. Die Schildkröten er- hielten ihre Benennung „Weichschildkröten“ oder „Dreilauer“ (Trionyx) davon, daß außer Kopf, Hals und Gliedmaßen auch das ganz flache, eirunde Mittelschild und das Bauchschild von einer weichen Haut überzogen sind, wogegen bei andern Schildkröten Rücken- und Bauchpanzer mit Hornplatten bedekt werden, und daß die drei inneren Beine der Schwimmschwänze mit starken Krallen oder Klauen bewaffnet sind. Neben diesen Absonderlichkeiten erscheinen noch ein beweglicher Küssel, der wie Kopf und Hals unter die Schale eingezogen werden kann, sowie die die Kiefer umgebenden weichen fleischigen Lippen u. a. als auffallende Auszeichnungen dieser ein reines Wasserleben führenden und auch in ihrer Färbung die

Schattierungen des Wassergrundes nachahmenden Schildkröten, die in einzelnen Arten fast 1 Meter lang und bis 100 Kilogramm schwer werden.

Aus den Nachbarorten.

Gundefälle und Radfahrerfälle. Für den Treptower Park bestand seit dem 24. September 1886 eine Verordnung, die gegen das freie Umherlaufen der Hunde gerichtet war. Diese Verordnung ist jetzt mit einem Male von der Gemeindevertretung unfres Vororts aufgehoben worden, so daß die liebe Gundebreatur sich jetzt unter selbstverständlicher Beachtung des Maulkorbzwanges auch im Park frei tummeln kann. Wie es kam, daß so schnurstracks ein Stück Hundefreiheit gewährt wurde, ist nicht genau bekannt; vielleicht hängt aber mit der Aufhebung der veralteten Verordnung ein Vorfall zusammen, der dem Amtsvorsteher kürzlich passierte. Der Herr erging sich in Begleitung seines Hundes eines Morgens im Park, als er plötzlich von einem Parkwächter gestellt und, wie anzunehmen ist, auch mit einer Strafverfügung bedacht wurde. Ein bei der er- wähnten Gelegenheit in der Gemeindevertretung gestellter Antrag, nun auch endlich die Radfahrerfälle am Orte zu beseitigen, wurde abgelehnt, nachdem der Amtsvorsteher die merkwürdige Ver- gründung abgegeben hatte, daß die Herren Gendarmen gegen die Beseitigung der Fälle seien.

Zur Klassenwahl in Schmargendorf. Die letzte Schmargendorfer „Wahl“ zur Gemeindevertretung, deren Resultat, die Erwählung des Baumeisters Nebang, auch in Nr. 109 des „Vorwärts“ veröffentlicht wurde, hat wider Erwarten auch in bürgerlichen Kreisen viel Staub aufgewirbelt. Vom konservativen „Telower Kreisblatt“ bis herab zu einigen liberalen Berliner Tageszeitungen ist die Thatsache, daß nur vier Einwohner einer mehrtausendköpfigen Gemeinde einen Gemeindevorordneten, also einen Vertreter der Allgemeinheit, „gewählt“ haben, mehr oder weniger stark kritisiert worden. Diese Aufregung entbehrt nicht einer gewissen Komik, wenn man bedenkt, daß alle diese Blätter ohne Ausnahme eine politische Richtung vertreten, welche in der Klassenwahl wie in der Klassenherzhaft das Allheilmittel erblickt, um dem Geldinteresse einen über- wiegenden Einfluß in Reich, Staat und Kommune ja erzwingen. Der Schmargendorfer Fall ist einfach ein typischer Vorgang: 5 Wähler erster Klasse bestellten 3 Gemeindevorsetzer; etwa 40 Wähler zweiter Klasse nobeln unter sich aus, wer die von ihnen zu liefernden Ge- meindevorordneten sein sollen; und insgesamt 720 Wähler der dritten Klasse entsenden endlich 3 Mitglieder in die Gemeinde- vertretung. Nun wählt sich die so zusammengesetzte Vertretung noch einen Gemeindevorsetzer und zwei Schöffen, welche alle drei beratende und beschließende Stimme haben, zur Verstärkung der Gemeinde- vertretung. Und dieses zwölfköpfige Parlament entscheidet über das Wohl und Wehe einer, wie gesagt, nach Tausenden zählenden Ein- wohnerchaft. Anderswo treten die Verhältnisse vielleicht noch krasser und schlimmer zu Tage. Das System, die Wohlhabenheit einiger Weniger zum Maßstab für deren politisches Verständnis zu machen, treibt ohne wunderwolle Mühen. Was der „Fall Nebang“, diese Ausgeburt der Klassenwahl, der Arbeiterschaft die Augen öffnet, daß nur die Sozialdemokratie die Interessen der Allgemeinheit vertritt, dann hat auch er sein Gutes.

Weisheit. Wir brachten vor einigen Tagen die Mitteilung, daß der Gemeindevorsetzer Mingenberg wieder seinen Posten ein- genommen habe und das gegen ihn schwebende Verfahren auf Amts- entsehung vom Landrat als erledigt betrachtet sei. Dem ist nicht so. Allerdings hat der Gemeindevorsetzer seine Amtstätigkeit wieder übernommen, nachdem er von seinem am 26. d. M. beendigten Urlaub zurückgekehrt ist. Jedoch wird aus zuverlässiger Quelle berichtet, daß das Untersuchungsverfahren gegen ihn noch schwebt. Allerdings schrumpfen die Anschuldigungen sehr zusammen, wenn man erfährt, daß zu der schon jahrelang vom Gemeindevorsetzer ausgelassenen Neben- beschuldigung auf der Rennbahn vom Landrat die Genehmigung er- teilt ist und auch die Gemeindevertretung davon Kenntnis hatte. — Ehenso verhält es sich mit dem Anlauf von 25 Morgen Land, den Morgen zu 3000 M. Auch hier hatte die Gemeindevertretung davon Kenntnis, daß 14 Tage vor dem Beschluß das betreffende Land einem Gemeindevorordneten zu 2400 M. pro Morgen angeboten wurde, und dennoch stimmte die Gemeindevertretung mit Majorität dem Vorschlag des Gemeindevorsetzers zu, das Land pro Morgen für 8000 M. zu kaufen. Ja, von Leuten, die einen Wid hinter die Coullissen warfen, wird behauptet, daß dem Gemeindevorsetzer ein Strich gedreht, daß Gelegenheiten gefunden werden sollte, bei einer eventuellen Vereinigung auf solch unlaute Art diesen Beamten zu beseitigen.

Zur Umwandlung des Grunewalds in einen „Volkspark“ wird binnen kurzen ein wesentlicher Schritt vorwärts gethan. Im Herbst wird das am den größten Teil des Forstgebietes gezogene Wild- gatter, durch das der freie Verkehr im Wald fast beeinträchtigt wird, abgebrochen. Damit fallen auch die von alten Invaliden bewachten Thore. Gleichzeitig wird das Damwild eingetrieben und nach einem Revier bei der Saubucht überführt, wo es in einem eingezäunten Gehege eingeschlossen wird. Das wenige Wild, das der Einkreidung entgeht, wird nach und nach von den Förstern ab- geschossen. Sehr notwendig wäre es, im Grunewald endlich auch den Radfahrern etwas mehr Bewegungsfreiheit zu gönnen. Heute steht ihnen nur die von Halensee nach Wannsee führende Chaussee sowie die Chaussee am Havelstrand zur Verfügung. Da zahlreiche Wege in den Grunewald führen, so sind diese entweder wie der von Schmargendorf nach dem Jagdschloß führende Weg, unpassierbar, oder auch, wie die Wege von Schildhorn, Saubucht und Pichelswerder nach Grunewald, für Radfahrer aus un- ersichtlichen Gründen verboten.

Vermischtes.

Die Malerin und Schriftstellerin Hermine v. Preußen ist von einem schweren Unglück betroffen worden. Auf einer Wanderung in den Alpen stürzte sie von der Düsselbörser Hütte im Ortsergebiete ab, wobei ihr die Kniegelenke schwer verletzt wurden.

Ueber eine verhängnisvolle Dampferfahrt wird aus Kiel be- richtet: Der auf der hiesigen Dampferwerft erbaute Dampfer „Baira“, der gestern nachmittag eine Probefahrt unternahm, über- rannte in der Ederförder Bucht ein mit fünf Arbeitern besetztes Segelboot, dessen Hinterteil zertrümmert wurde. Von den fünf Insassen konnten nur zwei gerettet werden; die übrigen drei er- tranken; einer der Verletzten trug schwere Verletzungen davon.

Zum Tode des Königsberger Nachtpostens wird berichtet, daß die beiden unter dem Verdacht der Ermordung verhafteten Konarther Arbeiter aus der Untersuchungshaft entlassen worden sind.

Aus Montpellier wird über ein Eisenbahn-Unglück gemeldet: In der Nähe des Tunnels von Joncels (Dep. Hérault) stießen zwei Eisenbahnzüge zusammen. Die Maschinen und Heizer beider Lokomotiven sind tot, zahlreiche Passagiere verwundet.

Auf dem Bahnhofs Ausschreibung wurden vorgestern bei Erd- arbeiten vier Arbeiter verschüttet. Einer der Verschütteten ist seinen Verletzungen erlegen, die übrigen drei Verunglückten sind leicht verletzt.

Der Brand der Petroleumlampen in Amsterdam ist im Erlöschen begriffen. Nur ein kleiner Tank brennt noch. Man dachte gestern daran, auch die Lampen durch Einschicken großer Mengen Ammoniak zu erlösen, kam aber wegen der Gefährlichkeit dieses Unternehmens davon ab. Wenn nicht ein starker Wind sich erhebt, dürfte der Brand heute zu Ende gehen. Heute soll an das Auffuchen der Leichen ge- gangen werden. Im ganzen werden 14 Mann vernicht.

Die Waldbrände bei Vancouver breiten sich, wie aus Victoria (Britisch-Kolumbien) gemeldet wird, immer weiter aus und erstrecken sich jetzt bereits über ein Gebiet von 7 englischen Quadratmeilen. Die Gambiaerinsel wurde vom Feuer gänzlich verpörrt. Die Ein-

wohner retteten sich sämtlich auf Booten, mit Ausnahme von drei Japanern, die wahrscheinlich ihren Tod in den Flammen gefunden haben. Der vom Feuer angerichtete Schaden beträgt mehrere Millionen Dollar. Viele Kuchholzlager wurden vom Feuer vernichtet.

Großer Brand. In der Nacht zum Sonntag sind, wie aus T h o r n gemeldet wird, die Hauptgebäude der einer Aktiengesellschaft gehörigen Zuderfabrik Kullmsee, der größten Deutschlands, im Innern bis auf den Grund ausgebrannt. Alle Maschinen sind vernichtet, die Kesselhäuser, der Fabrikhofstein und einige Nebengebäude sind er- halten. Die Umfassungsmauern sind stehengeblieben. Die Fabrik war mit etwa 8 Millionen Mark versichert. In den oberflächlich auf vier bis fünf Millionen Mark geschätzten Schäden haben sich dreizehn Versicherungsgesellschaften zu teilen. Die gestörte Fabrik hatte ihren Betrieb für dieses Jahr noch nicht aufgenommen.

Heidelberg. Gestern abend ertranken zwei von der Kirchweih in Wiebelsheim heimkehrende Italiener einen verheirateten 33jäh- rigen Mann Namens Joh. Peter Simmer von Wiebelsheim. Die Thäter sind verhaftet.

Touristen-Unfall. Vom Admonter Reichstein ist gestern der Beamte Julius Löber aus Wien abgehürzt und tot geblieben.

Ein Testament auf einer Schiefertafel hat ein alter emeritierter Lehrer, der kürzlich als Junggeheile in Wriezen a. O. starb und ein Vermögen von 138 000 M. hinterließ, zurückgelassen. Ursprünglich hatte er testamentarisch zwei Verwandte, die in Priesack und einem Berliner Vorort wohnen, zu seinen Erben eingesetzt. Dies wurde ihm aber auf seinem Sterbebette wieder leid, so daß er sich eine Schiefer- tafel geben ließ und auf dieser seinen letzten Willen niederschrieb, der dahin ging, daß vier Verwandte ihn gleichmäßig zu beerben haben. Die Rechtsgültigkeit dieses Testaments wird kaum anzuzweifeln sein, so daß jeder Erbe etwa 34 000 M. erhält.

Der Untergang der „Norge“. Aus Kopenhagen wird berichtet: Gegen den Führer des untergegangenen Dampfers „Norge“ und die Leitung der Vereinigten Dampfschiffsgesellschaft wurde heute die gerichtliche Verfolgung eingeleitet, damit das Urteil des See- und Handelsgerichts entschieden werde, ob die Genannten durch Ver- nachlässigung ihrer Pflicht das Unglück verschuldet oder verpörrt haben.

Briefkasten der Redaktion.

S. N. 100. Uns ist nichts davon bekannt, daß ein solches Schreiben an uns ergangen ist.

S. N. 8266. Sie erfahren näheres über den Wert der betreffenden Papiere, Zinstermine, Ziehung usw. in jedem ordentlichen Bankgeschäft.

Juristischer Teil.

Die juristische Zurechnung findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

S. N. 70. Da Sie in einem Gebiete gehelirat haben, für das die Gütergemeinschaft bestand, so hatten Sie für die Schulden Ihres Ehemannes, falls nicht bei Eingehung der Ehe oder später gerichtlich die Gütergemein- schaft ausgeschlossen ist. — S. N. 100. Falls nicht auf Degradation er- kannt ist, behält ein Vorgelehrter seine Qualifikation. Nach § 122 des Militär-Strafgesetzbuches kann neben Gefängnis oder Zuchthaus wegen Körperlicher Mißhandlung auf Degradation erkannt werden. Auf Degradation muß im wiederholten Rückfall erkannt werden. Als Rück- fall wird nur eine nach der Aburteilung begangene That erachtet.

S. N. 26. — Aufschieber. Die Doppelberechnung ist möglich. —

C. S. 1265. Ausgehändig werden Gerichtsakten nicht; wollen Sie nach erreichter Volljährigkeit die Sie betreffenden Vormundschaftsakten einsehen, so wird Ihnen das auf Antrag gestattet. — Plunneberg. 1. Rein. 2. Der eventuelle Erbschaftspruch ist noch nicht verpörrt. 3. Beerben kann man lediglich Vererbens. Bei Lebzeiten braucht der Eigentümer Rücksicht auf seine künftigen Erben nicht zu nehmen. — Tausend 1. Ihnen stand als Beselle eine dreizehntägige Kündigungsfrist zu. Was es mit der Tegel- bruch-Presse auf sich hat, erhebt aus Ihrer Anfrage nicht. Wenden Sie sich an Ihren Verband zwecks eventueller Ergründung weiterer Maßnahmen. — S. N. 1. und 2. Rein. 3. Die Höhe ist von Fall zu Fall zu berechnen. — S. N. 3. Soweit ersichtlich, ist Ihre Forderung längst verpörrt. Derartige Forderungen verfahren in zwei Jahren. Ueberdies müßten Sie den Beweis für Ihre Behauptungen und dafür führen, daß die Ware tatsächlich im Auftrag der Herrschaft bestellt oder von dieser verwendet ist. — S. N. 26. 1. Rein. 2. Anstrengung der Klage kann das Mädchen verlangen und, falls etwa Pflichtwidrigkeiten vorliegen, Ersetzung des Vormundes durch einen andern. 3. Bede. 4. Die Mutter kann die Herausgabe des Kindes, eventuell durch Klage, erwirken. — S. N. 32. Eine Klage würde nicht sicher zu einem Ihnen günstigen Erfolge führen. — S. N. 44. Ja. — Emil Schmidt. Sie müssen sich bei der Waisen- direktion beschweren. Es ist unmöglich, aber einen Fall, dessen Einzelheiten unbekannt gelassen werden, zu urteilen. Maßgebend ist das körperliche, geistige und sittliche Wohl des Kindes. — S. N. 30. Rein. — S. N. 25. Ist nicht Ausschlag der Kündigungsfrist vereinbart, so steht Ihnen dreizehn- tägige Kündigungsfrist zu. — S. N. 24. 59. Soweit Ihre Darstellung er- kennen läßt, ist Ihr Name mit Sch jetzt auf der Geburtsurkunde richtig vermerkt. Die Namensschreibung in den Militärpapieren ist gleichgültig. Liegt Ihnen an zutreffender Schreibweise, so beantragen Sie unter Lieber- einigung der Geburtsurkunde Änderung in den Militärpapieren bei dem Bezirkskommando. — S. N. 6. Gohs. Sie können die Papiere der Gesellschaft auf Herausgabe der Kommode und Schadensersatz ver- langen. Sie müssen beweisen, daß Sie die Sache zur Verpörrung übergeben haben; zuständig ist das Berliner Amtsgericht. — S. N. 3. In der Keuzerung des Wirts kann eine Beleidigung gefunden werden, wenn die Form der Keuzerung eine beleidigende war. Die Mit- teilung der Thatsache allein wird schwerlich als Beleidigung erachtet werden. — S. N. 7. Sie sind an den Vertrag gebunden, also zur Zahlung ver- pflichtet, wenn Sie beim Abschluß des Vertrages oder im November 1899 volljährig waren. Baren Sie damals noch minderjährig, so sind Sie be- rechtigt, vom Vertrag zurückzutreten und Rückzahlung zu verlangen. Ob Ihnen einen Recht auf Verlauf der Sachen zustand, läßt sich ohne Kenntnis des Vertrages nicht sagen. Den Brief lassen Sie wohl am besten un- beantwortet. — S. N. 2. Nummernberg. 1. Im Interesse Ihres Sohnes liegt es, einen Lehvertrag abzuschließen. 2. Wenn ein Vertrags- Verhältnis vorliegt, ja. Liegt ein solches nicht vor, so befindet sich auch Ihr Sohn nicht in der Lehre. 3. Recht: ja. — S. N. 3. — Pantow. 1. Eine Frist ist nicht festgelegt. Beschwerde-Antrag ist der Landgerichtspräsident. 2. In zehn Jahren. 3. Offendbarer Krankheitsfall für Frauen. — S. N. 43. Wegen Armenunterstützung müssen Sie sich an den Armenvorsteher wenden. Entscheidend ist, wie Sie zutreffend bemerken, die Bedürfnisfrage, nicht das Alter. Eine Beschwerde ist an die Armendirektion, Dammnühlengänge, zu richten. — S. N. 2. Wedding. Zu raten wäre, die Ihnen verkauften Stücke dem Eigentümer zurückzugeben. Aus der Ge- samtlage heraus könnte sonst angenommen werden, daß Sie hätten an- nehmen müssen, die Sachen seien gestohlen, und demnach sich der Hehler- schuld gemacht haben. — 175 B. 1. Eine Klage auf Herausgabe des Stoffes und auf Schadensersatz hätte Aussicht auf Erfolg. 2. Die Klage auf Schadensersatz wegen Beschädigung der Bilder hat keine Aussicht auf Erfolg. Zum Abzug von der Miete sind Sie nicht berechtigt.

Charlottenburg G. P. 1. und 2. Ja. 3. Rein. 4. Zuständig ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk die Herrschaft wohnt. — 16 jähriger Abonnet. Sie haben keinerlei gesetzliche Pflicht, dem Magistrat in D. die von ihm für Ihre Eltern gezahlten Armegegelder zu erstatten, es sei denn, Sie haben solche Erhaltungspflicht anerkannt. Lassen Sie es auf eine Klage ankommen. Wenn Sie antworten wollen, so erwidern Sie kurz: Den vom Magistrat zu D. erhobenen Anspruch vermag ich als berechtigt nicht anzuerkennen. — S. N. 6. Ja; aber Urteile der einseitiggesetzten Richtung derselben mehr. — S. N. 16. Wenn aus Ihrem Mietsvertrag, dessen Wortlaut uns unbekannt ist, nicht das Gegenteil folgt, ist das Verlangen des Wirts ein unberechtigtes. — C. Rein. — Unfall 32. 1. und 2. Rein. — Triffler. 4. Weder strafbare Kuppel- noch ein Grund zur Scheidung liegt vor. — Möring. Bollen Sie aus der Landesfirche austreten, so stellen Sie Ihre Absicht schriftlich dem Amts- gericht mit, in dessen Bezirk Sie wohnen. Immerhalb vier bis sechs Wochen nach Eingang Ihres Schreibens erklären Sie dann zu Protokoll des Amts- gerichtes, daß Sie austreten. In der erwähnten Frist haben Sie ohne Zahlung zu erscheinen. — S. N. 3. Sie sind zahlungsverpflichtet. Zu überaus häufigen Anläßen haben wir an den verheirateten Stellen untrer Zeitung vor sogenannten Schwindeltätern gewarnt. Durch Ihre Unterchrift sind Sie Mitglied geworden und müssen zahlen, wiewohl die Klasse liquidirt hat. — S. 17. Wenn der Schwager nicht eine schriftliche Anweisung, Gesten oder dergleichen aufzuweisen hat, so ist von einer Zahlung an ihn abzuraten. — S. N. 28. Den Eltern des findelosen verstorbenen Sohnes steht ein Pflichtteil zu. Jedoch wird thatsächlich nicht dabei in Ihrem Falle heranzukommen. Es erbt nämlich die Witwe des Anderlos verstorbenen Gatten die eine Hälfte, die Eltern (an Stelle des verstorbenen Elternteils) teilen die Geschwister des Verstorbenen und deren Wömmlinge; die andre Hälfte des Nachlasses. Aber die Witwe erhält außerdem als Voraus- samtlige Hochzeitsgeschenke und alle Gegenstände, die zum ehelichen Haushalt gehört haben. — S. 1000. 1. Ja. 2. Rein.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 30. August.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Cyberhaus. Ein Diabolo.
Neues König. Opern-Theater.
Die schöne Helena.
Anfang 8 Uhr.
Schiller O. (Wallner-Theater).
Medea.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Städtisches Theater). Jar und Himmelsmann.
Belten. Liebeshandel.
Berliner. Kapfenstein.
Neues. Kabale und Liebe.
Reißens. Die 300 Tage.
Kleines. Nachtschl.
Carl Weiss. Der Weg zum Herzen.
Trionon. Die Volkbride.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Welle-Alliance. Charleys Laute.
Luffen. Julius Caesar.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Apollo. Venus auf Erden. Spezialitäten.
Gerrnfeld-Theater. Nur eine Nacht. Im andern Morgen.
Stadt-Theater. Der reiche Vuffeloh.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage-Theater. La belle Georgette. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Urania. Laubentzische 48/49.
Im Theater: Die Insel Rügen.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.

Kabale und Liebe
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Salome. Logik des Herzens.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.

Nachtschl.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Des Pastors Kieke.

Luisen-Theater.
Gastspiel Georg Heinrich Sader:
Julius Caesar.
Mittwoch: Gastspiel Georg Heinrich Sader: Julius Caesar.
Donnerstag zum erstenmal: Von Stufe zu Stufe.
Freitag: Von Stufe zu Stufe.
Sonnabend: Der Hüttenbesitzer.
Sonntagvormittag 3 Uhr: Das Räthsel von Heilbrunn. — Abends 8 Uhr: Von Stufe zu Stufe.

Belle-Alliance-Theater.
Heute u. folgende Tage abends 8 Uhr:
Charleys Laute.
Guido Thielscher in der Titeltrolche.
Zur 3. Akt Bozina Gradsky mit neuen Charaktern von Ostler Strauch.
Im Garten: Heute Anf. 6 Uhr: Max Schmidt-Konzert u. große Spezialitäten-Vorstellung.

Trianon-Theater.
Georgenstraße zwischen Friedrich- und Universitätsstraße.
Die Notbrücke.
Lustspiel in 3 Akten von Fred Grafac und Francis de Croisset.
Anfang 8 Uhr.
In Vorbereitung: Ihr zweiter Mann.

Apollo-Theater.
8 Uhr:
Venus auf Erden.
Operette von **Paul Lincke.**
9 1/2 Uhr: Die phänomenalen Attraktionen des großen August-Programms und Rob. Steidl mit neuen Schlagern.

Metropol-Theater
Josef Giampietro a. D.
Henry Bender, Josef Josephi.
Anton Grünfeld, Frid Frid.
Der größte Erfolg dieses Jahres

Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern.
Anfang 8 Uhr.
Ranchen überall gestattet.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. OHL. Brunnstr. 16.
Nur noch bis zum 31. d. Mts.:
Ein Berliner Tangenichts.
Dazu die erstklassigen Spezialitäten.
Anfang 6 Uhr. Kaffeehölzchen u. 3 Uhr ab. Bei schlechtem Wetter Vorst. im Saal.

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder Saal:
Korsts Norddeutsche Humoristen und Quartett-Sänger.
Anf.: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Bons haben Gültigkeit.

Paul Büttner, Berlin. In den Inseratenteil verantr.: Th. Gloske, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Urania.

Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Die Insel Rügen.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

Passage-Panopticum.
Das Bärenweib, lebend.
Der 16-jährige Riesenknabe
Der lange Josef
217 cm groß.
Nada und Mnemos, Gedankenlosor.
Der Leichenfund.
Aga, die schwelende Jungfrau.
Alles ohne Extra-Entree.

CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Das grösste Ehepaar der Welt
die grösste Sehenswürdigkeit des 20. Jahrhunderts.

ZOOLOGISCHER ZGARTEN
Täglich nachmittags ab 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
In der Arena: Der See-Elefant.
Donnerstag, den 1. Septbr.:
Gastspiel d. berühmten amerik. Cornetvirtuoson
Mr. Paris Chambers und die Kapelle d. Frankfurter Grenadier-Regiments (Lebede jun.).

Cirkus Sarrafani.
Grösster und elegantester Zelt-Cirkus Europas.
Ein Wunder der Dressur: Gänzlich des

kluge Pferd.
Deutsch-Amerikanisches Theater.
Köpenickerstr. 67.
Zam Heute Abend 8 Uhr!
Gastspiel Adolf Philipp.
Ueber'n grossen Teich

Residenz-Theater.
Heute und Mittwoch 8 Uhr:
Die 300 Tage.
Schwank in 3 Akten von Paul Gessault u. Robert Charney. Deutsch v. H. Palm.
Herr Richard Alexander in der Hauptrolle.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
(XIII. Berliner Winter-Saison).
Nur eine Nacht.
Zwei Akte aus einer Ehe.
Am andern Morgen.
Nachspiel zu „Nur eine Nacht“.
Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Kassen-Öffnung 7 Uhr. Vorverkauf täglich 11-2 Uhr.
Der große Naturgarten ist geöffnet.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Wie einst im Mai.
Sensations-Vollstück in zwei Akten von Keiffingen.
Lius Trio. X. Marino Trio.
Lataure et Angela.
Der Neubau mit Hindernissen
Im Saal: Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.

Die 300 Tage.
Schwank in 3 Akten von Paul Gessault u. Robert Charney. Deutsch v. H. Palm.
Herr Richard Alexander in der Hauptrolle.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
(XIII. Berliner Winter-Saison).
Nur eine Nacht.
Zwei Akte aus einer Ehe.
Am andern Morgen.
Nachspiel zu „Nur eine Nacht“.
Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Kassen-Öffnung 7 Uhr. Vorverkauf täglich 11-2 Uhr.
Der große Naturgarten ist geöffnet.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Wie einst im Mai.
Sensations-Vollstück in zwei Akten von Keiffingen.
Lius Trio. X. Marino Trio.
Lataure et Angela.
Der Neubau mit Hindernissen
Im Saal: Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.

Die 300 Tage.
Schwank in 3 Akten von Paul Gessault u. Robert Charney. Deutsch v. H. Palm.
Herr Richard Alexander in der Hauptrolle.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
(XIII. Berliner Winter-Saison).
Nur eine Nacht.
Zwei Akte aus einer Ehe.
Am andern Morgen.
Nachspiel zu „Nur eine Nacht“.
Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Kassen-Öffnung 7 Uhr. Vorverkauf täglich 11-2 Uhr.
Der große Naturgarten ist geöffnet.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Wie einst im Mai.
Sensations-Vollstück in zwei Akten von Keiffingen.
Lius Trio. X. Marino Trio.
Lataure et Angela.
Der Neubau mit Hindernissen
Im Saal: Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.

Die 300 Tage.
Schwank in 3 Akten von Paul Gessault u. Robert Charney. Deutsch v. H. Palm.
Herr Richard Alexander in der Hauptrolle.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
(XIII. Berliner Winter-Saison).
Nur eine Nacht.
Zwei Akte aus einer Ehe.
Am andern Morgen.
Nachspiel zu „Nur eine Nacht“.
Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Kassen-Öffnung 7 Uhr. Vorverkauf täglich 11-2 Uhr.
Der große Naturgarten ist geöffnet.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Wie einst im Mai.
Sensations-Vollstück in zwei Akten von Keiffingen.
Lius Trio. X. Marino Trio.
Lataure et Angela.
Der Neubau mit Hindernissen
Im Saal: Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.

Die 300 Tage.
Schwank in 3 Akten von Paul Gessault u. Robert Charney. Deutsch v. H. Palm.
Herr Richard Alexander in der Hauptrolle.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
(XIII. Berliner Winter-Saison).
Nur eine Nacht.
Zwei Akte aus einer Ehe.
Am andern Morgen.
Nachspiel zu „Nur eine Nacht“.
Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Kassen-Öffnung 7 Uhr. Vorverkauf täglich 11-2 Uhr.
Der große Naturgarten ist geöffnet.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Wie einst im Mai.
Sensations-Vollstück in zwei Akten von Keiffingen.
Lius Trio. X. Marino Trio.
Lataure et Angela.
Der Neubau mit Hindernissen
Im Saal: Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.

Die 300 Tage.
Schwank in 3 Akten von Paul Gessault u. Robert Charney. Deutsch v. H. Palm.
Herr Richard Alexander in der Hauptrolle.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
(XIII. Berliner Winter-Saison).
Nur eine Nacht.
Zwei Akte aus einer Ehe.
Am andern Morgen.
Nachspiel zu „Nur eine Nacht“.
Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Kassen-Öffnung 7 Uhr. Vorverkauf täglich 11-2 Uhr.
Der große Naturgarten ist geöffnet.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Wie einst im Mai.
Sensations-Vollstück in zwei Akten von Keiffingen.
Lius Trio. X. Marino Trio.
Lataure et Angela.
Der Neubau mit Hindernissen
Im Saal: Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.

Die 300 Tage.
Schwank in 3 Akten von Paul Gessault u. Robert Charney. Deutsch v. H. Palm.
Herr Richard Alexander in der Hauptrolle.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
(XIII. Berliner Winter-Saison).
Nur eine Nacht.
Zwei Akte aus einer Ehe.
Am andern Morgen.
Nachspiel zu „Nur eine Nacht“.
Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Kassen-Öffnung 7 Uhr. Vorverkauf täglich 11-2 Uhr.
Der große Naturgarten ist geöffnet.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Wie einst im Mai.
Sensations-Vollstück in zwei Akten von Keiffingen.
Lius Trio. X. Marino Trio.
Lataure et Angela.
Der Neubau mit Hindernissen
Im Saal: Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.

Die 300 Tage.
Schwank in 3 Akten von Paul Gessault u. Robert Charney. Deutsch v. H. Palm.
Herr Richard Alexander in der Hauptrolle.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
(XIII. Berliner Winter-Saison).
Nur eine Nacht.
Zwei Akte aus einer Ehe.
Am andern Morgen.
Nachspiel zu „Nur eine Nacht“.
Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Kassen-Öffnung 7 Uhr. Vorverkauf täglich 11-2 Uhr.
Der große Naturgarten ist geöffnet.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Wie einst im Mai.
Sensations-Vollstück in zwei Akten von Keiffingen.
Lius Trio. X. Marino Trio.
Lataure et Angela.
Der Neubau mit Hindernissen
Im Saal: Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.

Die 300 Tage.
Schwank in 3 Akten von Paul Gessault u. Robert Charney. Deutsch v. H. Palm.
Herr Richard Alexander in der Hauptrolle.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Dienstagabend 8 Uhr
Medea.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Franz Grillparzer.
Mittwochabend 8 Uhr:
Das Heiratsnest.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Zum erstenmal: **Johannisfeuer.**
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelm-Städtisches Theater) Moritz-Oper.
Dienstagabend 8 Uhr bei halber Preisen:
Zar und Zimmermann.
Kom. Oper in 3 Akten v. Ad. Loiching.
Mittwochabend 8 Uhr:
Abfchieds-Vorstellung. Schluss der Opern-Spielzeit **Georg Büchner: Der Postillon von Lonjumeau.**
Donnerstagabend 8 Uhr:
Eröffnung der Schauspiel-Saison: **Medea.**
Im Garten: Großes Militärkonzert.

Nur noch kurze Zeit!
Flotten-Schauspiele
Am Kurfürstendamm, 5 Minuten v. Bahnhof Halensee, 10 Minuten v. Bahnhof Charlottenburg. Straßenbahnlinien A, A/E, T, V, 91.
Grösste Wasser-Schauspiele der Welt
auf 8000 qm großem See. 24/5
Flottenparade vor S. M. S. „Hohenzollern“. Kampf des japan. und russischen Geschwaders vor Port Arthur.
In die Luft sprengen von Kriegsschiffen.
Rettung Schiffbrüchiger mittels Raketenapparat etc.
Ermäßigte Preise: Mk. 2,60, 2,10, 1,60, 1,10, 0,70, 0,40.
Vorstellungen: Wochentags 4 und 8 Uhr. Jeden Mittwoch: Sonntag 3, 5 1/2, u. 8 Uhr. **Billiger Tag.**
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag mit Feuerwerk.**
Freitag (Sedantag): Gr. Extra-Parade-Gala-Vorstellung mit Feuerwerk.

Max Klem's Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. — Kritische Leitung: Paul Mühlitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeehölzchen ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochlegante Regalbahnen, Würfelbahnen, Konditorei, Blumenstand etc.
In den Sälen:
Grosser Ball.

2. Fachausstellung für die Schuh- und Leder-Industrie
Veranstaltet vom
Neue Welt (Hasenheide)
25.-30. August a. cr.
GEÖFFNET von 9-9 Uhr
TÄGLICH KONZERT
Eintritt 50 Pfennig.
Militär=Stiefel=Wettbewerb

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 78/77.
Direkt Ringbahnstation.
Täglich ab 8 Uhr:
Im herrlichen Garten ab. gr. Saal: das neue sensationelle Programm, ca. 35 erstklassige Nummern. Mit stänmlichem Beisatz:
Die Fahrt im kleinsten Todesring.
Beste Rotor-Renn-Compagnie mit unkopierbaren Original-Trips.
Die **Köhley-Trio**, lenkt Letzt-Akrobaten und Hochturnkünstler.
Hedy Brumion, der kleine Kobold.
Elsa u. Paul Joeschek, urkomisch.
Die **Luigia e don Gligio**, komischer-ster Melange-Akt.
Max Tripps, der beliebte Fritz Brand etc.
Kaffeehölzchen, Volksbelustigungen.
Bis 2 Uhr: **Ball**. Entree 30 Pf.
Sonntags 30 Pf.

WINTERGARTEN
Eröffnungs-Programm.
Pas de Deux oriental.
Tilly Bébé mit ihren 12 Löwen.
Paula Worm, Operettensängerin.
Ital. Harmonieorchester, 23 Harmonistinnen.
Rudolf Sogommer, Ventriloquist.
Severin und Mlle. Dorville in der Pantomime „Der Trunkenbold“.
Nirvana, lebende Bilder.
Die Klein-Familie, Radfahrer.
Die 8 Cocktails, Tana-Ensemble.
Die Bagpusses, komische Jongleure.
Die 3 Meteors, Hochturner.
Marcell Salzer, Vortragekünstler.
Biograph, darstellend d. Ringkampf zwisch. Hackenschmidt u. Jenkins.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Etablissement Guggenhausen
Moritzplatz.
Täglich von 12-1 Uhr: Mittagstisch.
Im großen schattigen Naturgarten jeden Abend 8 Uhr:
Konzert.
Dienstags, Donnerstags, Sonntags:
Führmann-Walde-Sänger.
Sonnabends im Kaffeehölzchen:
Tanz.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Donnerstag, 1. Sept. 14 neue Debüts.

Fröbels Allerlei-Theater
fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Zum vorletztenmal:
Das alte Lied, Volksstück
sowie die feinsten Kunst-Situationen.
Extra-Tanz.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Ab 1. September finden diese Vorstellungen nur mehr Sonntags, Montags und Mittwochs statt.

Passage-Theater.
Eröffnung d. Wintersaison
Donnerstag, 1. Sept.
14 neue Debüts.

Gustav Behrens
Specialitäten-Theater,
Frankfurter-Allee 85.
Täglich:
Das grossartige August-Programm.
Erstklassige Kräfte, ausserordentliches Programm. Anf. Wochentags 7 Uhr, Sonntags 4 Uhr.

Schweizer-Garten
am Kurfürstendamm, am Friedrichshain 29/32.
Täglich: Theater, Ball u. Spezialitäten-Vorstellung.
Das Eiserl, Niederpiel v. Kneff.
Das Damenregiment.
Große Posse mit Ballett u. Evolution von Uly.
Jeden Mittwoch: **Kinderfest.**

Berliner Prater
Theater
Kastanien-Allee 7-9
Täglich: Der rechte Weg.
Pantomime: Ein ruhiges Zimmer zu vermieten.
Satanolo-Trio, Wardineis.
Gripolati-Truppe, Konzert, Ball, Spezialit., Anf. 4 Uhr.
Eintr. 30 Pf. Anf. 50 Pf.

Sansonei.
Kottbuser Thor — Stat. der Hochbahn
Beginn des **Theater-Abends**
Dienstag, den 6. Septbr.:
Der Störenfried.
Schauspiel in 4 Akten von Benedic.
Mittwoch, den 7. Septbr.:
Die Pauere von Berlin.
Volksstück m. Gel. v. Wohl.
Die Vorstellungen finden jeden Dienstag und Mittwoch regelmäßig statt.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag Hoffmanns Norddeutsche Sänger und Tanzkränzchen.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Etablissement Guggenhausen
Moritzplatz.
Täglich von 12-1 Uhr: Mittagstisch.
Im großen schattigen Naturgarten jeden Abend 8 Uhr:
Konzert.
Dienstags, Donnerstags, Sonntags:
Führmann-Walde-Sänger.
Sonnabends im Kaffeehölzchen:
Tanz.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Donnerstag, 1. Sept. 14 neue Debüts.

Fröbels Allerlei-Theater
fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Zum vorletztenmal:
Das alte Lied, Volksstück
sowie die feinsten Kunst-Situationen.
Extra-Tanz.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Ab 1. September finden diese Vorstellungen nur mehr Sonntags, Montags und Mittwochs statt.

Passage-Theater.
Eröffnung d. Wintersaison
Donnerstag, 1. Sept.
14 neue Debüts.

Gustav Behrens
Specialitäten-Theater,
Frankfurter-Allee 85.
Täglich:
Das grossartige August-Programm.
Erstklassige Kräfte, ausserordentliches Programm. Anf. Wochentags 7 Uhr, Sonntags 4 Uhr.

Schweizer-Garten
am Kurfürstendamm, am Friedrichshain 29/32.
Täglich: Theater, Ball u. Spezialitäten-Vorstellung.
Das Eiserl, Niederpiel v. Kneff.
Das Damenregiment.
Große Posse mit Ballett u. Evolution von Uly.
Jeden Mittwoch: **Kinderfest.**

Berliner Prater
Theater
Kastanien-Allee 7-9
Täglich: Der rechte Weg.
Pantomime: Ein ruhiges Zimmer zu vermieten.
Satanolo-Trio, Wardineis.
Gripolati-Truppe, Konzert, Ball, Spezialit., Anf. 4 Uhr.
Eintr. 30 Pf. Anf. 50 Pf.

Sansonei.
Kottbuser Thor — Stat. der Hochbahn
Beginn des **Theater-Abends**
Dienstag, den 6. Septbr.:
Der Störenfried.
Schauspiel in 4 Akten von Benedic.
Mittwoch, den 7. Septbr.:
Die Pauere von Berlin.
Volksstück m. Gel. v. Wohl.
Die Vorstellungen finden jeden Dienstag und Mittwoch regelmäßig statt.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag Hoffmanns Norddeutsche Sänger und Tanzkränzchen.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Etablissement Guggenhausen
Moritzplatz.
Täglich von 12-1 Uhr: Mittagstisch.
Im großen schattigen Naturgarten jeden Abend 8 Uhr:
Konzert.
Dienstags, Donnerstags, Sonntags:
Führmann-Walde-Sänger.
Sonnabends im Kaffeehölzchen:
Tanz.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Donnerstag, 1. Sept. 14 neue Debüts.

Fröbels Allerlei-Theater
fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Zum vorletztenmal:
Das alte Lied, Volksstück
sowie die feinsten Kunst-Situationen.
Extra-Tanz.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Ab 1. September finden diese Vorstellungen nur mehr Sonntags, Montags und Mittwochs statt.

Passage-Theater.
Eröffnung d. Wintersaison
Donnerstag, 1. Sept.
14 neue Debüts.

Gustav Behrens
Specialitäten-Theater,
Frankfurter-Allee 85.
Täglich:
Das grossartige August-Programm.
Erstklassige Kräfte, ausserordentliches Programm. Anf. Wochentags 7 Uhr, Sonntags 4 Uhr.

Vorwärts-Buchhandlung
SW., Lindenstr. 60 (Laden).
Zum vierzigjährigen Todestage von
Ferdinand Lassalle
erhalten in unserer Verlage:
Ferdinand Lassalle u. seine Bedeutung für die Arbeiterklasse.
Zu seinem vierzigsten Todestage.
Von Ed. Bernstein, R. d. R.
Mit einem Lichtdruck-Portrait Lassalles.
Ferner empfehlen wir:
Reden und Schriften
von
Ferdinand Lassalle.
Lassalle, F., Reden und Schriften. Neue Gesamtausgabe. Herausgegeben im Auftrage des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von Ed. Bernstein. Vollständig in 3 Bänden zusammen: broschiert 10 M., in Leinen gebd. 11,50 M., in Halbdr. gebd. 14,50 M. Einzelausgaben:
Ueber Verfassungswesen. — Was nun? — Macht und Recht. — 35 Pf.
Die Wissenschaft und die Arbeiter. Eine Verteidigungsrede. — 30 Pf.
Meine Affären. Rede, gehalten vor den Geschworenen in Düsseldorf am 3. Mai 1849 gegen die Anklage, die Bürger zur Bewaffnung gegen die königliche Gewalt aufgereizt zu haben. — 40 Pf.
Arbeiterprogramm. — 15 Pf.
Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen. — 60 Pf.
Der Lassallesche Kriminalprozeß. II. und III. — 50 Pf.
Offenes Antwortschreiben an das Centralcomitee zur Verfassung eines Allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses zu Weizsig. Neue Auflage. — 20 Pf.
Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag. Zwei Symptome des öffentlichen Geistes. — 25 Pf.
An die Arbeiter Berlins. Eine Ansprache. — 20 Pf.
Der Hochverrat. Prozeß wider Ferd. Lassalle. — 40 Pf.
Meine Auffätze. — 15 Pf.
Die Agitation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und das Versprechen des Königs von Preußen. — 25 Pf.
Herr Bismarck-Schulze v. Dellisch oder Kapital und Arbeit. — 1, — M.
Herr Julian Schmidt, der Literarhistoriker. — 75 Pf.
Vorrede zum System der erworbenen Rechte. — 20 Pf.
Franz von Sickingen. — 2, — M.

Passage-Theater.
Eröffnung d. Wintersaison
Donnerstag, 1. Sept.
14 neue Debüts.

Gustav Behrens
Specialitäten-Theater,
Frankfurter-Allee 85.
Täglich:
Das grossartige August-Programm.
Erstklassige Kräfte, ausserordentliches Programm. Anf. Wochentags 7 Uhr, Sonntags 4 Uhr.

Schweizer-Garten
am Kurfürstendamm, am Friedrichshain 29/32.
Täglich: Theater, Ball u. Spezialitäten-Vorstellung.
Das Eiserl, Niederpiel v. Kneff.
Das Damenregiment.
Große Posse mit Ballett u. Evolution von Uly.
Jeden Mittwoch: **Kinderfest.**

Berliner Prater
Theater
Kastanien-Allee 7-9
Täglich: Der rechte Weg.
Pantomime: Ein ruhiges Zimmer zu vermieten.
Satanolo-Trio, Wardineis.
Gripolati-Truppe, Konzert, Ball, Spezialit., Anf. 4 Uhr.
Eintr. 30 Pf. Anf. 50 Pf.

Sansonei.
Kottbuser Thor — Stat. der Hochbahn
Beginn des **Theater-Abends**
Dienstag, den 6. Septbr.:
Der Störenfried.
Schauspiel in 4 Akten von Benedic.
Mittwoch, den 7. Septbr.:
Die Pauere von Berlin.
Volksstück m. Gel. v. Wohl.
Die Vorstellungen finden jeden Dienstag und Mittwoch regelmäßig statt.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag Hoffmanns Norddeutsche Sänger und Tanzkränzchen.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Etablissement Guggenhausen
Moritzplatz.
Täglich von 12-1 Uhr: Mittagstisch.
Im großen schattigen Naturgarten jeden Abend 8 Uhr:
Konzert.
Dienstags, Donnerstags, Sonntags:
Führmann-Walde-Sänger.
Sonnabends im Kaffeehölzchen:
Tanz.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Donnerstag, 1. Sept. 14 neue Debüts.

Fröbels Allerlei-Theater
fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Zum vorletztenmal:
Das alte Lied, Volksstück
sowie die feinsten Kunst-Situationen.
Extra-Tanz.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Ab 1. September finden diese Vorstellungen nur mehr Sonntags, Montags und Mittwochs statt.

Passage-Theater.
Eröffnung d. Wintersaison
Donnerstag, 1. Sept.
14 neue Debüts.

Gustav Behrens
Specialitäten-Theater,
Frankfurter-Allee 85.
Täglich:
Das grossartige August-Programm.
Erstklassige Kräfte, ausserordentliches Programm. Anf. Wochentags 7 Uhr, Sonntags 4 Uhr.

Schweizer-Garten
am Kurfürstendamm, am Friedrichshain 29/32.
Täglich: Theater, Ball u. Spezialitäten-Vorstellung.
Das Eiserl, Niederpiel v. Kneff.
Das Damenregiment.
Große Posse mit Ballett u. Evolution von Uly.
Jeden Mittwoch: **Kinderfest.**

Berliner Prater
Theater
Kastanien-Allee 7-9
Täglich: Der rechte Weg.
Pantomime: Ein ruhiges Zimmer zu vermieten.
Satanolo-Trio, Wardineis.
Gripolati-Truppe, Konzert, Ball, Spezialit., Anf. 4 Uhr.
Eintr. 30 Pf. Anf. 50 Pf.

Der internationale Tabakarbeiter-Kongress.

Ueber die Verhältnisse in England berichtete Cooper. Die Organisation, die hauptsächlich auf London beschränkt ist, zählt ungefähr 1100 männliche und 900 weibliche Mitglieder. Von den männlichen Fabrikarbeitern in London sind 90 Prozent, von den weiblichen 60 Prozent in der vom Redner vertretenen Vereinigung organisiert, deren Kassenbestand 1438 Pfund Sterling beträgt. Außerdem besteht in der Provinz noch eine Vereinigung von Cigarrenmachern, die 1200 Mitglieder und einen Kassenbestand von 8358 Pfund Sterling hat. Von den 5000 bis 6000 Cigarrenmachern Englands sind also zusammen 8200 oder 60 Prozent organisiert. Die Löhne betragen in London 2/6 bis 4 Schilling pro 100; in der Provinz sind sie um 30 bis 40 Prozent niedriger. Der Wochenbeitrag zur Organisation ist 1 Schilling für Männer und 60 Pence für Frauen. Er wird aber in nächster Zeit um 6 und um 3 Pence erhöht werden müssen, da die Kasse durch die herrschende Arbeitslosigkeit sehr geschwächt wird. Aus der Arbeitslosenklasse werden an männliche Mitglieder 13 Wochen lang 30 Schilling wöchentlich ausbezahlt, dann noch 13 Wochen 6 Schilling wöchentlich; die weiblichen Mitglieder erhalten nur 13 Wochen lang 6 Schilling Arbeitslosenunterstützung. — Heimarbeit ist in der englischen Cigarren-Industrie ziemlich unbekannt. Der Geschäftsgang ist ziemlich schlecht. Der Redner bezeichnet den Südafrika-Krieg und die Bildung des bekannten Tabaktruffs als Ursachen der traurigen Lage. Der Redner erwähnte dann das Urteil in dem bekannten Taff-Bale-Prozess, sowie den Prozess der Bergwerksbesitzer gegen die Bergarbeiter von Wales und bemerkte, daß diese in der That erschrecklichen Erscheinungen auch ihre gute Wirkung hätten, indem die englischen Arbeiter nun endlich nach Würden und Begreifen lernten, daß sie im Parlament eine so große Zahl von Vertretern ihrer eignen Klasse haben müßten, um solche schändliche Vergehungen und Rechtsprechung verhindern zu können. — Hierauf teilte Deichmann noch einiges über die wachsende maschinelle Cigarettenfabrikation in Deutschland mit. Allein in Dresden arbeiten bereits 5000 Cigarettenmacherinnen. Die Löhne betragen dort pro 1000 Stück 1,70 bis 4,50 M., in Hamburg 1 bis 4,50 M., in Berlin 2,50 bis 4,50 M. Wochenberdienste von 5 bis 14 M. für Arbeiterinnen und 16, 18 bis 20 M. für Arbeiter sind nur erreichbar, wenn nach 9 bis 10 Stunden Fabrikarbeit noch Heimarbeit geleistet wird. Die Organisation ist unter den Cigarettenarbeitern noch sehr mangelhaft, nur etwa 1800 sind dem vom Redner vertretenen Verband angeschlossen. Das Organisieren wird dadurch erschwert, daß viele Russen, Griechen, Türken und Serben unter den Cigarettenarbeitern sind, die stets in der Gefahr schweben, über die Grenze gebracht zu werden.

Hiermit war die Berichterstattung aus den verschiedenen Ländern erledigt und nun kam das Reglement zur Verhandlung, das durch die früher gewählte Kommission in Gemeinschaft mit dem internationalen Sekretär vorherberaten worden war. Beschlossen wurde, daß der Name der Organisation lauten soll: „Internationaler Verband von Tabakarbeitern und Arbeiterinnen“. Als Zweck des Verbandes wurde bestimmt: in der Hauptsache Aufklärung zu schaffen über die sozialen und ökonomischen Zustände in der Tabak-Industrie aller Länder. Die finanzielle Unterstützung bei Ausständen soll Nebenache sein und nur dann erfolgen können, wenn zwei Drittel der Vertrauensmänner es gutheißen. Der internationale Sekretär soll in Zukunft vom Kongress gewählt werden, der auch seine Entschädigung festsetzt. Der Beitrag wurde auf 10 Cents (17 Pf.) pro Jahr und Mitglied festgesetzt.

Am Sonnabend wurde die Verhandlung über das Reglement fortgesetzt und der Entwurf der Kommission mit kleinen Änderungen angenommen. Die Entschädigung des internationalen Sekretärs wurde auf 20 Frank pro Monat nebst Vergütung für die im Dienst des Sekretariats verbrauchte Arbeitszeit festgesetzt. Als Sekretär wurde einstimmig H. Rutgers (Belgien) wiedergewählt. Der Sitz des Internationalen Verbandes ist Antwerpen. Der nächste internationale Kongress soll in Stuttgart 1907, und zwar in der Woche vor dem internationalen Sozialisten-Kongress stattfinden. — Hierauf wurde über einen Vorschlag verhandelt, der es möglich machen sollte, daß Mitglieder von Krankenunterstützungs-Vereinen, die in einem andern Lande in Arbeit treten, dort ohne weiteres in einen derartigen Verein übertreten können. Heising (Deutschland) beantragte Uebergang zur Tagesordnung, weil in seiner Heimat und auch in andern Ländern, wo das Krankenlassenwesen von Staatswegen geregelt ist, ein derartiges Uebereinkommen nicht durchführbar sein würde. Auf Antrag des Holländers Bruens wurde folgende Resolution angenommen:

„Der Kongress erklärt, daß zwischen den Ländern, wo es möglich ist, internationale Uebereinkommen hinsichtlich der Unterstützung bei Krankheit getroffen werden müssen.“

Ein weiterer Vorschlag von Holland betraf die Regelung des Lehrlingswesens. Zweck des Vorschlages war, wie Bruens bemerkte, Aufklärung über die Lehrlingsverhältnisse in andern Ländern zu erhalten. Mit Rücksicht auf die beschränkte Zeit wollte er jedoch einer schriftlichen Erledigung dieses Wunschens den Vorzug geben. In der kurzen Diskussion über diesen Punkt nahm unter andern Cooper das Wort und erklärte, daß in England die Sache so geregelt sei, daß ein Lehrling auf vier Arbeiter und ein Lehrling auf drei Arbeiterinnen kommen. Der Zustand, wie er in Holland bestehe, daß man die Jungen in ein Gewerbe hineinbringe, das ihnen auf die Dauer kein Brot mehr geben könne, dürfe nicht länger fortbauern. Früher sei es in England auch so gewesen. Jetzt sei es so geregelt, daß der Arbeitgeber und nicht der Arbeiter den Lehrling annehme und bezahle. — Dem Sekretär wurde aufgetragen, eine Untersuchung über das Lehrlingswesen vorzunehmen.

Zum Schluß wurde auf Vorschlag Belgiens über die Frage beraten: „Soll es der Kongress für zweckmäßig, daß sich die Organisationen einer politischen Partei anschließen? Und welcher?“ — Hierzu wurde nach kurzer Debatte folgende Resolution einstimmig angenommen, die Deichmann (Deutschland) in Vorschlag brachte:

„Der sechste internationale Cigarrenmacher-Kongress kann nicht beschließen, den Fachorganisationen der Cigarren- und Tabakarbeiter zu empfehlen, sich einer bestimmten politischen Partei anzuschließen; der Kongress erklärt jedoch, daß neben der reinen Gewerkschaftsbewegung auch die politische Bewegung, und zwar die alterprobierte sozialdemokratische Politik notwendig ist, und empfiehlt darum allen Fachgenossen, an dieser Politik teilzunehmen, und meint konstatieren zu müssen, daß die gewerkschaftliche und politische Bewegung für die Arbeiterklasse nicht nur Mittel sind zur Verbesserung der Lebensbedingungen, sondern auch zur endlichen Befreiung des Proletariats.“

Dann wurde der Kongress nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten geschlossen.

Gerichts-Zeitung.

Professor Sommerfeld und das Schwindsuchtmittel. Ein Prozess, der zum Kapitel „Kurzpuscheri“ und mehr noch zur Charakteristik der Staatsanwaltschaft einen beachtenswerten Beitrag bringt, stellte sich am Montag vor der Strafkammer in Frankfurt a. M. ab. In Nr. 83 der „Frankfurter Volksstimme“ vom 9. April d. J. war folgender Artikel enthalten:

„Als Heilmittel gegen die Schwindsucht wird seit einiger Zeit das Sanosin empfohlen. Dasselbe ist von dem Berliner Professor Sommerfeld erfunden worden und hat eine Zusammensetzung, welche der des Schwindsuchtmittels ähnlich ist, nur daß an Stelle des Salpeters pulverisierte Eucalyptusblätter vorhanden sind. Dieses Gemisch wird verbrannt und die Dämpfe, welche sich hierbei entwickeln, sollen von den Tuberkulösen eingeatmet werden. Nun bildet sich aber bei der Verbrennung vor allem das giftige und ätzende Schwefelkohlenoxyd. Man kann daher vor der Anwendung dieses Mittels

nicht lebhaft genug alle Lungenkranke warnen. Dasselbe ist geeignet, gesunde Lungen schwer zu schädigen, kranke Lungen aber völlig zu zerstören. Der Heilwert des Sanosin ist daher absolut illusorisch. Es muß bedröben, daß ein Professor der Medizin ein derartiges Mittel zu empfehlen vermöchte, um so mehr, als dasselbe für 15 M. vertrieben wird, während sein Herstellungspreis im Höchstfalle, inklusive Verpackung usw., noch nicht 2 M. beträgt. Herr Professor Sommerfeld ist Mitglied der Gesellschaft zur Bekämpfung der Kurzpuscheri. Kann man sich wundern, wenn da das Vertrauen des Volkes zu dieser Gesellschaft ein immer geringeres wird?“

Dem Vernehmen nach war dieser Artikel einer von vielen Zeitungen benützten ärztlichen Korrespondenz entnommen. Daraufhin ersuchte Professor Dr. Sommerfeld, Spezialarzt für Nasen-, Hals- und Lungenkrankheiten, den verantwortlichen Redakteur der „Volksstimme“, Quint, in einem Schreiben, ihm den Verfasser des Artikels zu nennen, da er den Mann verklagen wolle. Quint lehnte selbstverständlich dies Gesuch ab, u. a. mit dem Bemerkten, daß in dem Artikel keine Verleumdung enthalten, eine solche auch nicht beabsichtigt sei. Der Verfasser habe sich lediglich gegen die schwindelhafte Anpreisung des „Sanosin“ gewendet. Wenn Professor Dr. Sommerfeld nicht der Erfinder sei, dann müsse es seine Aufgabe sein, sich gegen den großen Unfug, der mit seinem Namen getrieben werde, zu wehren.

Kunnehr stellte Professor Dr. Sommerfeld gegen Quint Straf-antrag wegen Verleumdung und beantragte gleichzeitig eine Untersuchung gegen ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst bei der Berliner Ärztekammer. Am 14. April d. J. schrieb die „Volksstimme“:

„Zur Warnung für Lungenkranke haben wir kürzlich eine und von sachmännlicher Seite übermittelte Notiz über ein neues sogenanntes „Heilmittel“ gebracht, „Sanosin“ genannt, das trotz seines horrenden Preises absolut wertlos ist, ja direkt schädlich wirken soll. Wir haben dabei unser Ersuchen darüber ausgedrückt, daß Professor Dr. Sommerfeld in Berlin NW. sich dazu hergegeben habe, für dieses Geheimmittel Reklame zu machen. Darauf schied uns lehrer heute folgende Berichtigung: Wie bereits aus meiner ersten Publikation hervorgeht, bin ich nicht der Erfinder des „Sanosin“, sondern habe dasselbe auf Veranlassung des Herrn Dr. Danielius einer wissenschaftlichen Untersuchung unterzogen. Das „Sanosin“ ist von mir niemals als spezifisches Heilmittel, sondern als wertvolles Mittel zur Bekämpfung der latenterhaltigen Erscheinungen der Tuberkulose bezeichnet worden. Der Vergleich mit Schwefelpulver ist höchstens ein schlechter Scherz, da das „Sanosin“ als wesentliche Bestandteile australisches Eucalyptusöl und gepulvertes Eucalyptusblätter enthält. Das mäßige Mengen in der Atmungsluft sein verteilte, schwefeliger Säure auf Katarhe günstig einwirken, wußten schon die alten römischen Aerzte. Gegenüber dem durch nichts begründeten abfälligen Urteil führe ich den Schlußsatz des Hofrats Dr. Wolff an, in dem er im Jahresberichte der Heilstätte Reiboldsgrün pro 1903 seine Beobachtungen über „Sanosin“ wie folgt zusammenfaßt: „Alles in allem glauben wir in der „Sanosin“-Behandlung eine erfreuliche Erweiterung unseres symptomatisch-therapeutischen Apparates gefunden zu haben, deren Prüfung den Heilstättenärzten zu empfehlen ist.“ Außerdem stellt uns Professor Dr. Th. Sommerfeld noch eine Klage in Aussicht, der wir jedoch mit allergrößter Seelenruhe entgegensehen. Wir sind der Ansicht, daß die Kranken in den Heilanstalten keine Versuchskaninchen sind. Wenn Herr Dr. Sommerfeld selbst zugiebt, daß nach den Worten Dr. Wolffs erst die „Prüfung“ der „Sanosin“-Behandlung zu „empfehlen“ ist, wie kommt dann die das „Sanosin“ feilbietende Fabrik dazu, das „neue Mittel“ als das „beste und großartigste“ gegen die Lungen-tuberkulose anzupreisen? Es hat uns ferngelegten, zu behaupten, daß Herr Dr. Sommerfeld etwa irgendwie an der möglichst großen Verbreitung des „Sanosin“ finanziell interessiert sei, wir wiederholen aber, daß gerade er als Mitglied zur Bekämpfung der Kurzpuscheri allen Anlaß hätte, vorsichtiger wie jeder andere Arzt zu sein in der Empfehlung von Mitteln, die von vielen Aerzten als „Kurzpuscher-artikel“ angesehen werden. Zudem ja belamlich die Grenze, an der die Verzehrtätigkeit beginnt und die Kurzpuscherthätigkeit aufhört, von Laien sehr schwer wahrgenommen zu werden pflegt.“

Quint hat sich nun „wegen Behauptung nicht erweislich wahrer Thatsachen, welche geeignet sind, den Verleumdigen verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen“, auf Grund des § 186 des Straf-Gesetzbuches, vor Gericht zu verantworten. Professor Dr. Sommerfeld hat sich der Anklage als Nebenkläger angeschlossen. Von der Staatsanwaltschaft ist ein Gerichtsarzt, vom Angeklagten der Oberarzt der Lungenheilstätte Ruppertsdahn, Dr. Rahm, und drei Naturärzte als Sachverständige geladen. Die Verhandlung ist gestern verlag worden, da verschiedene Zeugen und Sachverständige nicht erschienen waren.

Eine Personenerwechselung hatte dem Pferdehändler Karl Labewig eine Anklage wegen Freiheitsübertragung zugezogen, welche gestern vor der dritten Ferienkammer des Landgerichts I gegen ihn verhandelt wurde. Der Angeklagte hatte den Arbeiter Ohnsorge wiederholt beschäftigt, war aber im Anfrichten mit ihm auseinander gekommen. Ohnsorge hatte ihn wiederholt eine gehörige Tracht Prügel verprochen. Am Abend des 6. Mai fand Labewig vor einem Lokal in der Elsfasserstraße, als er plötzlich hinter-rücks einen so wichtigen Dieb gegen den Kopf erhielt, daß er zu Boden stürzte und für mehrere Minuten das Bewußtsein verlor. Als er wieder zu sich kam und aufgestanden war, sah er durchs Schaufenster, daß sein Feind Ohnsorge im Lokale saß. Er holte sich einen Schuhmann, betrat mit diesem das Lokal und verlangte, daß Ohnsorge zwecks Feststellung seiner Persönlichkeit nach der Wache gebracht werde, denn dieser sei es gewesen, der ihn überfallen habe. Der Schuhmann mußte der Aufforderung folgen und Ohnsorge zur Wache bringen, wo er 1/2 Stunden festgehalten wurde. Später stellte sich heraus, daß nicht Ohnsorge, sondern ein anderer Mann den Ueberfall ausgeführt hatte. Die Anklage nahm an, daß Labewig die persönlichen Verhältnisse Ohnsorges gekannt hatte, die Sistierung Ohnsorges somit überflüssig war. Der Angeklagte versicherte, daß es ihm unbekannt war, ob Ohnsorge überhaupt eine feste Wohnung hatte, bei ihm habe er auf dem Heuboden geschlafen. Der Staatsanwalt kam auf Grund der Beweisaufnahme zu der Ueberzeugung, daß der Angeklagte wider besseres Wissen gehandelt, er beantragte gegen ihn drei Tage Gefängnis. Der Gerichtshof schenkte dagegen dem Angeklagten Glauben und sprach ihn frei.

Verzehrtätigkeit. Der Arbeiter Szepokat, der sich gestern vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I wegen Diebstahls im Rück-falle zu verantworten hatte, ist sich bei Begehung der „That“ wohl kaum der Tragweite seiner Handlungsweise bewußt gewesen. Er hatte auf einem hiesigen Bahnhof zu thun, als dort gerade Preß-lophen abgeladen wurden. Geständig hat er sich von den beim Aus-laden vorbei fallenden Preßlophen 7 Stück angeeignet, die ihm als-bald wieder abgenommen wurden. Die Rollen haben einen Wert von wenigen Pfennigen, da aber der Angeklagte schon wiederholt wegen Diebstahls verurteilt und nach § 24 Str.-G.-B. in solchem Falle drei Monate Gefängnis das niedrigste Strafmaß ist, so mußte der Gerichtshof diese Strafe aussprechen.

Eine feistame Abweisung gegen die Volksschule lag der unter-nünftigen Handlungsweise zu Grunde, die die Rauterfrau Anna Schmidt unter der Anklage des Widerstandes gegen die Staats-gevalt und der Beamteneileidigung gestern vor das Schöffengericht am Amtsgericht II führte. Die in Mariendorf wohnhafte Angeklagte hat einen dreizehnjährigen Sohn, der die Schule für eine höchst un-bequeme und lästige Institution hält und seine geringe Jüneligung auch dadurch bekundete, daß er wiederholt ohne Grund ihr die Ehre seines Besuches nicht schenkte. Der Junge fand dabei noch die Unter-züchtung seitens seiner Eltern und auch die wiederholten Ordnungs-strafen, die der Amtsvorsteher wegen Schulverweigerung gegen den Vater festsetzte, blieben ohne Erfolg. Endlich wurde ein Polizei-beamter ausgeschickt, um den Jungen zwanadweise zur Schule zu

befördern, aber auch dieses Mittel versagte, denn so oft und so früh der Beamte auch in der Wohnung der Eltern erschien — der Junge war niemals zu finden. Entweder hatte er sich zum Versteck oder bei Zeiten aus dem Staube gemacht. Es blieb nichts anderes übrig, als die gesamte Ortspolizeimacht von Mariendorf in Gestalt dreier Amtsdienner aufzubieten, um den Widerwillen des Jungen und seiner Eltern gegen die Schule zu brechen. Am 21. April rückten in aller Frühe die drei Amtsdienner aus und drangen in die Wohnung der Eltern, um den Knaben zu fassen. Aber man war wieder vergeblich gekommen, denn obwohl die Beamten jeden Winkel des Hauses durchsuchten, so fanden sie doch von dem Jungen keine Spur. Durch Zufall gelang es jedoch später, seiner auf der Straße habhaft zu werden. Kaum hatte die Angeklagte dies bemerkt, als sie ihrem Ehemann zu Hilfe eilte und ihn durch die Worte: „Junge, geh“ doch nicht miß Wehre dich doch und haue die Kerle!“ zum Widerstande anreizte. Der Junge schlug denn auch wie toll um sich und wider-setzte sich dem Transport mit allen seinen Kräften. Als man den Widerwertigen endlich bis zum Schulgebäude bugsiert hatte, trat die Mutter abermals in Aktion: sie stürzte in das Klassenzimmer hinein und nachdem sie sich vergeblich bemüht hatte, den Knaben heraus zu ziehen, setzte sie sich neben ihn auf die Schulbank und mußte erst durch eine energische Kraftanstrengung der drei Amtsdienner hinaus befördert werden. Ihrem Unmut über diese Ent-wicklung der Dinge machte sie vor dem Schulgebäude durch lautes Schimpfen auf die Beamten Luft. — Einen vernünftigen Grund für ihr sonderbares Verhalten vermochte die Angeklagte vor Gericht nicht anzugeben. Der Staatsanwalt wollte eine derartige Auf-lehnung gegen Ordnung und Sitte durch eine nachdrückliche Strafe geahndet wissen und beantragte vier Wochen Gefängnis. Der Gerichtshof hielt mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit der Angeklagten zwei Wochen Gefängnis für ausreichend und verhängte diese Strafe über sie.

Verfassungen.

Die Generalversammlung des Central-Wahlvereins für Teltow-Beeslow-Storow-Charlottenburg fand am Sonntag in Jossen im Saale des Lokals Rüffer statt, der vom Wahlverein Jossen geschmackvoll dekoriert war. Die Verhandlungen wurden würdig durch den Gesang des Arbeiter-vaterlands-Liedes seitens des Vereins „Freie Säger“ in Jossen eingeleitet; dann eröffnete der Vorsitzende Hirsch um 1/2 Uhr die Versammlung.

Von den 31 Wahlvereinen des Kreises waren 2 (Großbeeren und Marzgraspieste) nicht erschienen, die übrigen 29 waren durch 24 Delegierte vertreten, wozu noch 12 Funktionäre des Kreises kamen.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete die Branden-burger Provinzialkonferenz. Das Mitglied der Agitationskommission Fischer bemerkte, daß von ver-schiedenen Kreisen Anträge auf eine anderweitige Zusammen-setzung der Agitationskommission eingegangen seien; der Kreis Schwiebus wolle, daß die Mitglieder der Agitations-kommission auf der Provinzialkonferenz selbst gewählt werden und daß ein Vorsitzender der Kommission mit festem Gehalt als Agitationsleiter für die Provinz Brandenburg angestellt werde; dieser Antrag habe kaum Aussicht auf Annahme, da die Kreise, welche die Provinzkreise zu bearbeiten haben, sich das Recht auf die Delegation zur Agitationskommission nicht würden nehmen lassen. Wenn also wohl der Antrag Sorau-Först, die Provinz in Unter-Agitationsbezirke zu teilen, der darauf hinauskomme, die kräftigeren Kreise Sorau-Först, Kottbus-Spremberg, Frankfurt-Lebus von der Kommission loszulösen, abgelehnt werden; dagegen müsse den An-trägern auf Verklärung der Kommission aus den Provinzkreisen Rech-nung getragen werden, denn es sei ein auf die Dauer unheilvoller Zustand, die Provinzkreise unter die Vormundschaft der acht Kreise zu stellen, welche die Kommission zusammensetzen. Auch die Kommission hat den Wunsch nach einer festeren Organisation, wodurch sie auch einen stärkeren Einfluß bekommen werde; sie beantrage auch, daß in Zu-kunft Reichstags-Kandidaturen nur mit ihrem Einverständnis auf-gestellt werden.

Der letztere Antrag wurde in der Diskussion von sämtlichen Rednern verworfen, da alle Grundlagen für eine Landes- oder Provinzialorganisation mit einem die Geschäfte führenden Ausschuß in unserer Provinz noch fehlen, so erwünscht ein solcher Ausbau der Organisation an sich sei; dagegen sei die Verklärung der Kom-mission aus den Landkreisen eine unabweisliche Notwendigkeit. (Auch der Wahlverein Charlottenburg hat sich für diese Verklärung, nicht, wie es irrtümlicherweise in dem Bericht in der Nummer vom 28. August heißt, dagegen ausgesprochen.)

Zur Annahme gelangte ein Antrag Boller-mann-Schöne-berg, daß die Delegierten des Kreises auf der Provinzialkonferenz für eine Erweiterung der Agitationskommission durch Hinzuziehung von Vertretern einzelner Landkreise eintreten, unter Ablehnung eines von Grunwald beantragten Amendements, diese Vertretung der Kreise zu einer proportionalen zu gestalten.

Angenommen wurde auch ein von Zubeil gestellter Antrag, die Brandenburger Konferenz möge eine Kommission einsehen, die die nötigen Schritte in die Wege zu leiten hat, um für die Provinz Brandenburg eine einheitliche geschlossene Organisation mit fester Beitragsleistung zu schaffen, an deren Spitze eine Provinzial-kommission, zusammengesetzt aus Vertretern der einzelnen Wahlkreise der Provinz steht.

Eine Reihe weiterer Anträge beschäftigten sich mit der Lokal-frage. In der Diskussion wurde über das Verhalten vieler Ber-liner Genossen Klage geführt, welche sich an die Lokalliste absolut nicht binden, obwohl wir bei der Erringung von Lokalen, ohne welche die Fortschritte unserer Organisation außerordentlich erschwert werden, durchaus auf die thatkräftige Hilfe der Berliner Genossen angewiesen sind. Zu Klagen giebt auch der Kopf der Lokalliste Veranlassung: „Lokale, die keinen Saal haben, sind frei“, da an den kleinen Orten für uns auch Lokale mit kleineren Vereinszimmern von höchster Wichtigkeit sind. Angenommen wurden die vom Wahlverein Johannisthal gestellten Anträge, auf der Provinzialkonferenz zu beantragen: Der Kopf der Lokalliste: „Lokale, welche keinen Saal haben, sind frei“, ist zu streichen, und ferner: Die Lokalliste ist ein-heitlich zu gestalten in dem Sinne, daß nur freie Lokale in derselben Aufnahme finden. Ein weitergehender Eventualantrag, falls die Provinzialkonferenz den ersten der obigen Anträge ablehnt, möge der Centralvorstand die Gründung einer eignen Lokalliste für die Vororte Berlins anbahnen, wurde abgelehnt.

Abgelehnt wurde auch ein Antrag Rixdorf, die Agitations-kommission solle für eine einheitliche Regelung des Vertriebes von Agitationsmaterial Sorge tragen.

Zu Delegierten für die Provinzialkonferenz wurden auf Vorschlag des Vorstandes durch Acclamation die Genossen Hirsch-Charlottenburg, Kronfeld-Rotawes und Riedel-Quamkulentow gewählt.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: der Bremer Parteitag, hielt Genosse Zubeil ein einleitendes Referat. Die Vorschläge des Parteivorstandes zum Organisationsstatut der Partei erklärte er für eine Verbesserung gegenüber dem gegen-wärtigen Zustande, bei dem der Parteivorstand einen Genossen nicht einmal zuzunehmen könne, sich einem Schiedsgericht zu stellen. Auch die engere Verbindung, die zwischen Partei- und Vereinszugehörig-keit hergestellt werde, sei zu begrüßen.

Von einer Generaldiskussion wurde Abstand genommen und sofort in die Spezialdiskussion der eingegangenen Anträge ein-getreten. Mit der Tagesordnung beschäftigten sich Anträge aus Schöneberg, Charlottenburg, Rixdorf, welche die Behandlung der Saalfrage forderten, ein Antrag Baum-schulen-weg, der dies für nächstes Jahr vorsieht, und ein Antrag

Widerhof, der den Kampf gegen das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht als besonderen Punkt behandelt wissen wollte. Dieser Antrag wurde abgelehnt, da die Frage so wie so eingehend besprochen werden würde. Auch den ersten Antrag bekämpfte Genosse Jubel, da der Parteitag bereits sehr überlastet sei; die Fraktion wurde sicherheit gefragt, wie sie dazu gekommen sei, den Genossen Schippel öffentlich aufzufordern, seine Stellung zur Zoll- und Handelspolitik unabweisend klarzustellen. Auch die Kandidatenfrage anlässlich der Vorgänge in Zichow-Paarenberg wurde zweifelslos zu längerer Erörterung führen. Die Schlußfrage sei viel zu wichtig, um sie zum Schluß vielleicht mit dem Anhören eines Referates kurzer Hand abzuhandeln. Man solle sie lieber, wie es der Antrag Baumschulertweg wolle, übers Jahr an eine der ersten Stellen rücken.

Dieser Standpunkt wurde aber von mehreren Rednern bekämpft. Wehler wies darauf hin, daß es gerade jetzt, gegenüber der Auslieferung der Schule an den Militarismus in ganz Deutschland, geradezu Pflicht der Partei sei, Verwahrung dagegen einzulegen, und dies könne leider nicht in den Landtagen, sondern nur auf dem Parteitag geschehen.

Der Antrag Schöneberg zc. wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Nach kurzer Diskussion wurde ein von Schöneberg eingebrachter Antrag, der Parteivorstand möge die eingegangene Jugendzeitschrift „Die Hütte“ neu erscheinen lassen, eventuell den Herausgeber subventionieren, in folgender vom Genossen Grunwald beantragter Fassung angenommen:

„Der Parteitag wolle dem Parteivorstand in Erwägung geben, eine Zeitschrift für die Jugend ins Leben zu rufen und ein eventuelles Defizit bei Herausgabe derselben durch Parteizuschuß zu decken.“

Zur Raifeier lag ein Antrag Schöneberg vor, der Parteitag möge für eine striktere Durchführung der Arbeitsruhe eintreten.

Wöskel-Rixdorf führte dagegen aus, daß wir in der Raifeier ummöglich weiter gehen könnten als die Gewerkschaften, sonst müßten wir auch für den wirtschaftlichen Schaden aufkommen, der durch striktere Durchführung der Arbeitsruhe entstehe.

Unter Ablehnung des Antrages Schöneberg wurde ein vom Wahlverein Rixdorf gestellter Antrag angenommen, ganz entschieden für die Erhaltung des ersten Mai in der bisherigen Form einzutreten.

Zum Organisationsstatut beantragte der Wahlverein Rixdorf den Zusatz, daß jeder als Funktionär in der Partei thätige Genosse verpflichtet ist, seiner Berufsorganisation anzugehören, soweit solche besteht.

Dieser Antrag fand Annahme.

Weiter beantragte Rixdorf, den Antrag des Parteivorstandes, die Zahl der Fraktionsmitglieder auf den Parteitagen zu beschränken, abzulehnen.

Wehler bekräftigte den Antrag des Parteivorstandes, damit der Parteitag nicht von der Fraktion überflutet und beherrscht werde, die zuweisen, wie bei der Frage der Herero-Kredite, in Gegensatz zu der Meinung der übrigen Parteigenossen gerate.

Dem gegenüber führten Jubel und andre aus, daß bei Annahme des Antrages des Parteivorstandes die Abgeordneten als Delegierte erscheinen und nun erst recht den Parteitag überfluten und sogar, weil mit Mandaten versehen, über ihre eigne Thätigkeit zu Gericht sitzen würden.

Eberhard betonte, daß es sich hier lediglich um eine Geldfrage und nichts weiter handle. Die Kreise, die besonderen Wert auf die Anwesenheit ihres Abgeordneten legen, sollen für ihn auch die Delegationskosten bezahlen.

Unter Ablehnung des Antrages Rixdorf wurde der Antrag des Parteivorstandes angenommen.

Ferner beantragten die Wahlvereine Schöneberg und Baumschulertweg, im § 1 des vom Parteivorstande vorgeschlagenen Organisationsstatuts hinzuzufügen: „und zwar derjenigen seines Wohnortes“. In der Diskussion wurde der gegenwärtige Zustand gerade für unsern Kreis als unendlich bezeichnet, es komme sogar vor, daß ein bei uns ausgeschlossenes Mitglied in einem Berliner Wahlverein als Genosse aufgenommen werde. Doch meinte Eberhard, der Antrag gehöre in ein Vereinsstatut für Groß-Berlin, nicht in das Organisationsstatut der Partei. Er wurde jedoch angenommen.

Auch ein Antrag Grunwald, die Punkte 7 und 8 der Tagesordnung des Parteitages (Organisation und sonstige Anträge) gleich nach Erledigung der Berichte als 4. Punkt zu behandeln, fand Annahme.

Ein Antrag Rixdorf, die Fraktion möge dahin wirken, daß ärmere Gemeinder Beiträge zu den Schülern gewährt würden, wurde abgelehnt, nachdem Hirsch darauf hingewiesen, daß letzteres zum Teil schon geschehe und die Fraktion eine unmittelbare Einwirkung darauf — die Schule ist Landesangelegenheit — nicht habe.

Zu Delegierten für den Parteitag schlug der Vorstand die Genossen Emil Müller-Charlottenburg, Konrad Rixdorf, Wolkeermann-Schöneberg vor; außerdem wurde Weissenkerling-Groß-Niedertelde in Vorschlag gebracht. Gewählt wurden Wolkeermann mit 77, Konrad mit 70, Müller mit 73 Stimmen. Weissenkerling erhielt 21 Stimmen. Als Ersatzmann gewählt wurde Thiel-Tempelhof.

Nach Erledigung einiger Anfragen wurde die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen. Vor Verlassen des Saales stimmten die Anwesenden die Arbeitermarschkasse an.

In einer Vertrauensmänner-Versammlung des Holzarbeiter-Verbandes, die von etwa 1200 Personen besucht war, referierte Glöckle über die Feier des 1. Mai. Der Holzarbeiter-Verband beschäftigte sich mit dieser Frage, weil kürzlich die Vorstände der Gewerkschaften eine Resolution angenommen haben, nach welcher die Arbeitsruhe am 1. Mai nicht mehr verlangt wird. Mehrere Führer der Gewerkschaften sind dafür eingetreten, daß die Feier des ersten Mai auf den ersten Sonntag im Mai verlegt wird und am ersten selbst nur des Abends Versammlungen stattfinden sollen. Da aus dem internationalen Arbeiterkongreß die Frage der Raifeier geregelt wird, so hat der Holzarbeiter-Verband in der letzten Generalversammlung über die Raifeier diskutiert. Wegen der reichhaltigen Tagesordnung der Versammlung konnte die Diskussion nicht zu Ende geführt werden. Es wurde beschlossen, die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Vertrauensmänner-Versammlung zu setzen. Nachdem der Referent Entstehung und Bedeutung der Raifeier geschildert hat, geht er auf die angeregte Forderung der Raifeier ein. Er vertritt den Standpunkt, die Raifeier müsse in der bisherigen Weise begangen werden. Zu einem Aufgeben der Arbeitsruhe sei kein Anlaß vorhanden. Bei einer sonntäglichen Raifeier würde dieselbe ihren demonstrativen Charakter verlieren und nicht mehr dem Zweck entsprechen, den der internationale Kongreß in Paris im Auge gehabt habe. Bei der Verlegung der Raifeier würde sie an Bedeutung verlieren. Auch käme dies einer gänzlichen Aufgabe der Maidemonstration gleich. Der Holzarbeiter-Verband müsse an den Beschlüssen des internationalen Kongresses festhalten und für gänzliche Arbeitsruhe am 1. Mai eintreten. Alle Diskussionsredner vertraten dieselbe Meinung wie der Referent. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heutige Vertrauensmänner-Versammlung des Holzarbeiter-Verbandes steht nach wie vor auf dem Boden der Beschlüsse der internationalen Kongresse und der deutschen Parteitage, die dahin gehen, daß die würdige Feier des 1. Mai und wirksamste Demonstration für den Achtstundentag die Arbeitsruhe ist.“

Die Resolution wurde den drei Vertretern des Holzarbeiter-Verbandes auf dem internationalen Kongreß in Amsterdam telegraphisch übermittelt und sie ersucht, im Sinne der Resolution zu wirken.

Zum Punkt II der Tagesordnung berichtet der Arbeitsberichter über Werkstattstreiks und Differenzen. Seit der letzten Vertrauensmänner-Versammlung am 22. Juni sind in 84 Werkstätten Differenzen gemeldet worden. Es waren daran beteiligt die Bautischler mit

49 Werkstätten, Möbel 19, Küchensmöbel 3, Ladenbranche 2, Stodarbeiter 3, Telephonischer 2, Korbmacher 2, Kammmacher 1, Treppengeländer-Branche 1 und Klavierarbeiter mit 2 Werkstätten. Ohne Arbeitsniederlegung konnte ein verbesserter Tarif in 37 Bautischlereien eingeführt werden. Die Bautischler streikten in den Werkstätten Liebering 7 Tage, Stelmagel 5 Tage, Pöhlert u. Kreuzer 5 Tage, Bollmann 7 Tage, Tal in Noabit 16 Tage, Werl 9 Tage und Weise in Noabit 19 Tage. Die Verhandlungen mit den streikenden Firmen führten dazu, daß die Meister in ihrer Organisation den Antrag stellten, mit dem Holzarbeiter-Verband in Unterhandlung zu treten und einen Tarifvertrag für die Bautischlereien abzuschließen. Am 23. August fand bereits die erste Verhandlung zwischen den Vertretern der Organisation statt. Bis zur Aufstellung und Annahme eines neuen Tarifes wollen die genannten Firmen die geforderten Preise bezahlen. An den Differenzen der andern Branchen sind beteiligt die Firmen Müller, Frankfurter Alter, Köfeler und Schmidt, Varth, Urbanstraße, Krause, Görlicher Ufer, Wolter, Wähligstraße, Dehmer und Schilling. In der Genossenschaft Union und der Werkstatt Heim u. Gerken befanden sich die Kollegen noch im Streik.

Auf Antrag der Verwaltung beschließt die Versammlung zur Streikunterstützung folgende Zuschläge aus der Lokalliste zu zahlen: Bei einer Mitgliedschaft von 26 Wochen 3 M. (bisher 2 M.), 52 Wochen 4 M. (bisher 3 M.), 156 Wochen 5 M. (bisher 4 M.), 200 Wochen 6 M. (bisher 5 M.). Diese Sätze erhalten auch die gemahregelten Kollegen. Die Abrechnung des Holzarbeiter-Verbandes, die früher in der „Holzarbeiter-Zeitung“ erschien, seit dem 1. Juli aber in Heftform herausgegeben wird, soll auf Beschluß der Versammlung allen Mitgliedern der Jahrsliste Berlin zugestellt werden.

Centralverband der Civilmänner Deutschlands. Die letzte Versammlung beschäftigte sich mit den Wahlen der Delegierten zum Verbandstage, der in Hannover am 13., 14. und 15. September stattfinden soll. Gewählt wurden Jergang, Bieler und Jusko, als Ersatzmann Zehle. Folgende Anträge zum Verbandstage wurden diskutiert und angenommen: 1. Antrag Bieler: Auf je 100 Mitglieder ist ein Delegierter zu wählen. Ortsverwaltungen unter 100 Mitgliedern haben sich zu vereinen und auf je 100 Mitglieder einen Delegierten zu entsenden. 2. (Bieler) Die beiden Renter des 1. Vorsitzenden und des Redaktors sind getrennt zu bezeichnen. 3. (Waischewski) § 6 des Verbandsstatuts ist dahin zu ändern: Der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgt durch die Ortsverwaltung usw. 4. (Bieler) Die Beiträge der Ortsverwaltungen an die Hauptkasse sind von 70 auf 50 Proz. herabzusetzen. 5. (Jergang) Der Sitz des Verbandes ist nach Berlin zu verlegen. 6. (Kummer) Die Protokollbücher von 1902—1904 sind zum Verbandstage mitzunehmen. 7. (Jusko) Falls bis zum Verbandstage vom Hauptvorstande der Ausschluß des Kollegen Hoch noch nicht bestätigt ist, beschließt der Verbandstag den Ausschluß des Kollegen Hoch. — Nach Beendigung dieser Angelegenheit berief Hirschel den Bericht des Arbeitsberichters vom 2. Quartal 1904, welcher nach einigen Einwendungen seitens der Revisoren und einzelner Mitglieder angenommen wird. — Mit Bezugnahme auf einen Antrag Waischewski in der vorigen Versammlung, nach welchem die Raifeier-Kommission von 1904 aufzuheben ist und die bis jetzt (5. August) eingegangenen Raifeiergelder innerhalb 48 Stunden an ihren Bestimmungsort abzuführen sind, beantragt Waischewski, da dem Beschluß nicht nachgekommen ist: Falls Hoch (der als ehemaliger Obmann der Raifeier-Kommission die Gelder, einer Gegenforderung wegen, hinterlegt hat) die Raifeiergelder bis zum 8. August nicht abgeliefert hat, den Ausschluß des Kollegen Hoch aus der Ortsverwaltung Berlin beim Hauptvorstande zu beantragen. Dieser Antrag wird ebenfalls mit übergroßer Majorität angenommen.

Die letzte Versammlung des Centralverbandes der Dachdecker nahm zunächst einen kurzen Bericht des Vertrauensmannes vom Streifenfonds entgegen. Nach dem Bericht betrug der Vermögensbestand am 7. August 1903 9108,67 M. Die Einnahme belief sich im Laufe des Geschäftsjahres auf 3923,20 M. Ihr steht eine Ausgabe von 15 544 M. gegenüber. Außerdem legte der Vertrauensmann nochmals Hwed und Rügen der Versammlung aus, daß die Beiträge der Dachdecker, die Sessungen besser als bisher zu besuchen. Nunmehr beschäftigte sich die Versammlung des längeren mit der bestehenden Geschäftsordnung. Der Vorstand bringt die Geschäftsordnung mit einigen Erweiterungsanträgen zur Verlesung. Die Diskussion war eine ziemlich ausgedehnte und wurde schließlich die bestehende Geschäftsordnung mit einigen Abstrichen und etlichen unwesentlichen Erweiterungsanträgen angenommen. Beschlossen wurde außerdem, die neu festgelegte Geschäftsordnung zu jedem Manns Einfluß in Geschäftslokal auszuhängen. Ein Antrag, den Vertrauensmann Janell an den Vorstandshörungen teilnehmen zu lassen, wurde fast einstimmig angenommen. Die Frage der Krankspende bei Verdringungsfällen von Mitgliedern der Organisation findet darin ihre Erledigung, daß bestimmt wurde: Ueberall dort, wo ein Geistlicher mitwirkt, soll die Krankspende unterbleiben; auch soll an Stelle des Kranzes kein Geld mehr an die Hinterbliebenen gezahlt werden. Hierzu wurde noch beschlossen: Bei Verdringungen, welche wochentags stattfinden, haben zehn vom Vorstande zu ernennende Kollegen dem Sarge zu folgen. Wer nicht kommt, hat auf seine Kosten einen andern zu stellen. — Nunmehr kommt ein Schreiben seitens der Nordöstlichen Baugewerks-Perusgenossenschaft zur Verlesung, worin den auf Bauten beschäftigten Arbeitern gute Lehren zur Vermeidung von Unfällen erteilt werden. In erster Linie wird auf die Vermeidung des Alkoholmissbrauchs hingewiesen. Sodann sind auch zu befehlen Raucht, Rederei, Uebermut, Leichtsin, Fahrlässigkeit u. a. mehr. Die Versammlung, welche, als sie den Namen der Nordöstlichen hörte, glaubte, einen ernstgemeinten Fingerzeig in betreff der Verhütung von Unfällen zu Gesicht zu bekommen, war arg enttäuscht. Die Versammlung war entrüstet über derartige Lehren und erklärte, daß die Organisation die hier gegebenen Lehren schon aus sich heraus seit Jahren mit Erfolg angewendet, daß aber dies alles zur Verhütung von Unfällen lange nicht genügt. Man solle in erster Linie darauf halten, daß genügende Schutzvorrichtungen angebracht werden, und dann auch darauf achten, daß die diesbezüglichen Bestimmungen eingehalten werden.

Die städtischen Straßenreiner hatten sich, einer Einladung des Verbandes der Gemeinde-Arbeiter folgend, am Montagvormittag zahlreich in den Armiahallen versammelt. Verbandssekretär Schubert verwies darauf, daß der Verband der Gemeinde-Arbeiter während der 6 Jahre seines Bestehens den städtischen Arbeitern in verschiedenen Kommunen erhebliche Verbesserungen ihrer Arbeitsverhältnisse erwirkt habe, während der Hirsch-Dunderische Ortsverein, der unter den Straßenreinern noch eine Rolle spielt, in dieser Hinsicht nichts leiste. Harmonie unter allen Umständen sei das Streben des Ortsvereins, er solle auch dafür, daß sich seine Mitglieder, auf ihre Kosten natürlich, einen vernünftigen Sonntag und vergnügte Abende machen können, aber der Ortsverein habe noch nicht daran gedacht, für die Straßenreiner, die einen durchschnittlichen Tagelohn von nur 3,50 M. beziehen, eine allgemeine Lohnaufbesserung zu erstreben. Die Straßenreiner, die im Lohn weit zurückstehen hinter den industriellen Arbeitern, haben ein gutes Recht, besseren Lohn für ihre Arbeit zu fordern. Um solche Forderung durchzusetzen, bedürfen sie aber einer starken Organisation, die der Behörde gegenüber die Interessen der Arbeiter in geeigneter Weise vertritt. Bis jetzt sind erst etwa ein Fünftel der Straßenreiner organisiert. Wenn sie in ihrer Mehrheit dem Verbands beitreten, könne auch für die Veseitigung der in ihrem Arbeitsverhältnis herrschenden unwürdigen Zustände etwas getan werden.

Nach diesen allgemeinen Darlegungen ging der Verbandssekretär Dittmer auf die besonderen Verhältnisse der Straßenreiner ein. Es werde über verschiedene Mißstände geklagt, so darüber, daß den Straßenreinern nur ein Arbeitsanzug zur Verfügung stehe, so daß die Kleider, wenn sie vom Regen durchnäßt werden, nicht gewechselt werden können. Der von 1/12 bis 6 Uhr währende Nachtdienst werde durch keine Pause unterbrochen, und wenn ein Arbeiter sich einschlafen lasse, in einem Schaukasten vielleicht eine Kaffe

zu sich zu nehmen, so habe er eine Strafe zu erwarten. Die Lohnzahlung erfolge zu einem so ungünstigen Zeitpunkt, daß die Arbeiter, um ihren Lohn zu erhalten, einen großen Teil ihrer dienstfreien Zeit aufwenden müssen. Ein weiterer Gegenstand der Klage sei der an den Kasernenhof erinnernde Ton, den manche Vorgesetzte den Arbeitern gegenüber anschlagen. Als ein Uebelstand werde es auch empfunden, daß die Straßenreiner während des Nachtdienstes keine Gelegenheit haben, etwaige natürliche Bedürfnisse zu befriedigen. Es wäre nicht mehr wie billig, daß die öffentlichen Bedürfnisanstalten, wie den Schuhtreppen, so auch den Straßenreinern während der Nacht zur Benutzung freigestellt würden. Nach langen Kämpfen sei ja den städtischen Arbeitern ein Sommerurlaub gewährt worden, aber bei den Straßenreinern müsse die Arbeit von den Zurückbleibenden mitgemacht werden, und die Zurückbleibenden müssen dann wieder für die später Verurlaubten die Arbeit machen, so daß also von einem Erholungsurlaub keine Rede sein könne. Für Versehen im Dienst werde den Straßenreinern Strafarbeit auferlegt, die aber nicht besonders bezahlt werde. Die Veseitigung dieser Mißstände müsse die Aufgabe der Organisation sein. — In der Diskussion sprachen eine Anzahl von Rednern, welche aus eigener Erfahrung bestätigten, daß die vom Referenten angeführten und noch manche andre Mißstände herrschen. Unter andern wurde bemerkt, daß der Arbeiterausschuß auch nichts thue, um die an ihn gelangten Beschwerden an zuständiger Stelle zu vertreten. Hierzu bemerkte Schubert, der Arbeiterausschuß sei ja in einer Weise zu stande gekommen, daß man von einer Wahl nicht reden könne. Dieser Ausschluß habe das Vertrauen der Kollegen nicht, deshalb könne man von ihm auch nicht erwarten, daß er die Interessen der Arbeiter vertrete. Bedauerlich sei es, daß in den eignen Reihen der Straßenreiner die Zufriedenheit so weit gehe, daß einer der ihren zum Direktor sagen konnte: „Für einen Tagelohn von drei Mark bekommen Sie Arbeiter genug.“ Derjenige, welcher diese Aeußerung machte, sei der zweite Vorsitzende des Ortsvereins gewesen.

Der Centralverband der Schmiede hielt in Dräfels Festfalen eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in der Herr Schriftsteller Baega unter großem Beifall über die Entstehung und Abstammung des Menschen sprach. Abdam wurde Hentchel wieder als Kandidat für die Gewerbegerichts Wahl aufgestellt. Weiter wurde ein Antrag angenommen, die Unorganisierten bei Lohnkämpfen nicht mehr zu unterstützen. Unter Punkt 4 gab Wichmann das Resultat der Urabstimmung betreffend Einführung der Krankenunterstützung im Verband bekannt. Es haben von 1800 Mitgliedern der Jahrsliste Berlin 1392 abgestimmt. Mit Nein stimmten 1173, mit Ja 172, unglücklich waren 47 Stimm. Nachdem Siering noch mitgeteilt hatte, daß von den 200 M., welche den Spandauer Kollegen anlässlich des Streiks zur Unterstützung der Unorganisierten überwiesen worden waren, ca. 50 M. verbraucht sind, erfolgte Schluß der Versammlung.

Die letzte Mitgliederversammlung des Fachvereins der Musikinstrumenten-Arbeiter gedachte vor Eintritt in die Tagesordnung des verstorbenen Genossen Gustav Kehler. Dann erhielt Herr Schriftsteller M. H. Baega zu seinem Vortrag das Wort über das Thema: „Die Schule, wie sie ist und wie sie sein sollte“. Unter Vereinsangelegenheiten wurde mitgeteilt, daß die Sperrre bei der Firma Gast aufgehoben ist. In der Pianofabrik von Werner befinden sich die Umbaumacher im Streik. Wenn ihre Forderungen nicht bald bewilligt werden, müßten die übrigen Arbeiter dieser Firma sich mit ihnen solidarisch erklären.

Der Verband der Hafenarbeiter (Mitgliedschaft Berlin II) hielt dieser Tage eine gut besuchte Generalversammlung ab. Die Abrechnung der Lohnkommission ergab einen Gesamtbestand von 1126,32 M. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes: Es wurden wiedergewählt: Trapp als erster, Hingz als zweiter Vorsitzender; Rowka als erster Kassierer; neugewählt wurden Budmann als erster, Waude als zweiter Schriftführer; Kube als zweiter Kassierer. Als Delegierter zur Berliner Gewerkschaftskommission wurde Schmidt gewählt. Außerdem zur Führung der Lohnkommissionsarbeit Hingz und Pradel. Nach einer Diskussion über den Jahresbericht, den der Vorsitzende erstattet hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Tempelhof. Am Freitag fand hier im Lokale „Tivoli“ eine von ca. 500 Personen besuchte Volksversammlung statt. Genosse Reichs-tags-Abgeordneter Friß Jubel sprach über: „Deutschlands innere und äußere Politik“. Der Vortrag wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Zum Schluß unterzog der Redner die Handlungsweise des hiesigen Amtsvorstehers einer herben Kritik. Kaum war die Versammlung angehend, so wurde auch gleich der Wirt auf die Polizeistunde gesetzt. Vor dem Lokal waren fünf Gendarmen und der Kommandant der freiwilligen Feuerwehre postiert; leider konnten diese nicht staatsretterisch in Thätigkeit treten. In betreff der Lokalfrage wurde folgender Antrag angenommen: In Tempelhof sind sämtliche Saallokale gesperrt, außer Martin Müller, Berlinerstr. 41, und Tempelhofer Tivoli. In Mariendorf ist alles gesperrt, außer Hermann Reichart, Chausseestr. 16. In Marienfelde ist alles gesperrt, außer Stauffeld, Berlinerstr. 1, am Bahnhof, und Dietmann, Berlinerstr. 48.

Marktpreise von Berlin am 27. August. Nach Ermittlungen des Hl. Polizeipräsidiums. Für 1 Doppel-Gentner: Weizen*, gute Sorte 17,80—17,76 M., mittel 17,72—17,68 M., geringe 17,64—17,60 M. Roggen*, gute Sorte 13,95—13,93 M., mittel 13,91—13,89 M., geringe 13,87—13,85 M. Futtergerste*, gute Sorte 14,60—14,00 M., mittel 13,90 bis 13,40 M., geringe 13,30—12,80 M. Hafer*, gute Sorte 16,80—15,80 M., mittel 15,70—14,90 M., geringe 14,90—14,10 M. Erbsen, gelbe, zum Stoßen 40,00—28,00 M. Spelzbohnen, weiße 50,00—25,00 M. Binsen 60,00—25,00 M. Kartoffeln, 12,00—8,00 M. Rüböl 4,50—4,00 M. Hen 9,60—6,60 M. Für 1 Kilogramm Butter 2,60—2,00 M. Eier per Schock 4,00—2,80 M. *) Zwei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wasserstand am 27. August. Elbe bei Ruffig + 0,93 Meter, bei Dresden + 2,26 Meter, bei Magdeburg + 0,10 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 0,60 Meter. — Oder bei Rathow + 1,18 Meter, bei Breslau Ober-Begel + 4,90 Meter, bei Breslau Unter-Begel + 1,17 Meter, bei Frankfurt + 0,05 Meter. — Elbe bei Prähmünde + 1,61 Meter. — Saale bei Posen + 0,30 Meter. — Rabe bei Uch + 0,34 Meter.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben das 48. Heft des 22. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Kongreß zu Amsterdam. Von Karl Kautsk. — Die kriminalologische Schule als Kampferin für die Interessen der herrschenden Klassen. Von R. Emsch. II. (Schluß). — Trinksaßerreinigung durch Lyon. Von Dr. Otto Westphal. — Unmelodische Polstermängel. Von Richard Wagner. — Die Rolle des Wassers im Pflanzenleben. Ein Kapitel aus der modernen Pflanzengeographie. Von Leopold Loock. — Literarische Rundschau: Carus Sterne, Berben und Vergehen. L. Costa, Die ersten Elemente der Wirtschaftskunde. Von R. H.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Vollanhalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Witterungsübersicht vom 29. August 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C
Steinbrunn	766	NE	3	halb bb.	14	Saparanda	768	D	2	Regen	10
Hamburg	760	SE	1	Rebel	11	Petersburg	763	RD	1	Regen	12
Berlin	768	W	1	wolklos	13	Sort					
Frankfurt a. M.	769	W	2	wolklos	14	Usterbeek	764	SE	1	heiter	15
München	769	SE	1	wolklos	15	Paris	765	EO		wolklos	16
Wien	767	SE	2	wolklos	12						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 30. August 1904.
Troden und vorwiegend heiter, am Tage etwas wärmer bei mäßigen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 30. August, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminushallen, Bremerstraße 71:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Fritz Kunert über: Die Berufserklärung gegen die Landarbeiter und das Gehirde im preussischen Landtage. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Gäste - auch Damen - haben Zutritt.

Bei Behandlung eines solch aktuellen Themas erwartet recht starken Besuch

Der Vorstand.

Achtung!

Achtung!

Genossinnen! Genossen!

Dienstag, den 30. August, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die Brandenburgische Provinzial-Konferenz, die Frauen-Konferenz zu Bremen und der Bremer Parteitag. Referentinnen: Genossin Bader und Genossin Panzeram. 2. Diskussion. 3. Wahl von Delegierten zu denselben. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.

Die Vertrauensperson.

Achtung!

Maurer!

Achtung!

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins u. Umgegend.

Mittwoch, den 31. August, abends 8 1/2 Uhr, Neue Friedrichstr. 35:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen H. H. Baegge über: „Entscheidung des Christentums und das Neue Testament.“ 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Stiftungsfest. 4. Wahl eines zweiten Schriftführers und Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes. 5. Vereinsangelegenheiten. Der Wichtigkeit der Tages-Ordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich in der Versammlung zu erscheinen.

Central-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 32.

Fernsprecher: Amt 4, Nr. 2789.

Mittwoch, den 31. August, abends 8 1/2 Uhr:

Zwei Versammlungen

aller Bezirkszahlstellen Berlins u. der Vororte

in den Harmonie-Festhallen, Invalidenstr. 1a, Ecke Brunnenstraße.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Ströbel über: Was heißt solidarisch denken, fühlen und handeln? 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.

In Sanssouci, Kottbusserstr. 1a, dicht am Kottbusser Thor.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Ritter über: Die kulturelle Bedeutung der Arbeiterbewegung. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. Die Ersuchen alle im Lohngebiet beschäftigten Verbandsmitarbeiter, bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand. H. H. Witt.

Achtung!

Achtung!

Buchbinder und Buchbinderei-Arbeiterinnen!

Morgen Mittwoch, den 31. August, abends 8 Uhr, in Louis Kellers Festhallen, Berlin O., Koppenstraße Nr. 29:

Öffentliche Versammlung

aller in Buchbindereien, Buchdruckereien usw. beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung: 1. Unsere vorjährigen Abmachungen mit dem Deutschen Buchbinder-Verband. Referent: Kollege A. Bergmann. 2. Verschiedenes.

Wir ersuchen hiermit nochmals alle Kollegen und Kolleginnen, in dieser überaus wichtigen Versammlung regelmäßig zu erscheinen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Werkstätten, müssen am Mittwochabend anwesend sein.

5 3/4 Pfund Brot 50 Pf.

Albrechts Bäckereien: Wronkestr. 135, Krautstraße 19, Goldschmidtstr. 28, Poststr. 2, Markthalle Völkstr., Stand 222/23, Markthalle Völkstr., Stand 16/18, Central: Vorkagenstr. 13.

Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradenhaltern, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.

Eigene Werkstatt. Lieferantf. Orth u. Hils-Stranzenoffen Berlin C.

30. Finien-Strasse 30.

NB. Bitte Bruchbänder mit elastischen Bändern, angenehm und weich am Körper.



Die Möbelfabrik von Adalbert Schulz Reichenbergerstr. 5 liefert Einrichtungen von 240 bis 5000 Mk. in nur anerkannt geodigener Ausführung zu äusserst billigen Preisen. Coulanteste Bedingungen. T.-A. IV 6877. [79L]

Niederlage bei Kautabak-Fabrik

Nottrudt & Comp., Kleinwerther bei Nordhausen.

General-Vertreter: Bernhard Stimpel, Berlin NO., Sannmühl-Strasse 21.

Ein Wink für jede Hausfrau. Aufklärung am 1. und 6. September.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 30. August, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

in Gabels Brauerei-Küchenschank, Bergmannstr. 5-7. Tages-Ordnung: 1. Die Partei-Organisation Deutschlands. Referent: H. Silberschmidt. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet.

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Musikinstrumenten-Arbeiter.

Mittwoch, 31. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal V: Vertrauensmänner-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Geschäftslage in der Pianoforte-Industrie. 2. Diskussion. 3. Bericht der Kommission. 4. Die Differenzen in den verschiedenen Betrieben, insbesondere der Ausgang des Streiks bei der Firma Galt u. Co. NB. Da die Tagesordnung äußerst wichtig ist, ist es notwendig, daß alle Betriebe vertreten sind. Die Branchenkommision.

Achtung!

Einsetzer!

Achtung!

Die Kollegen haben umgehend in allen Firmen, wo Einsetzer beschäftigt sind, eine Vertrauensmänner-Wahl vorzunehmen. Die Beauftragten sind dann zur

Vertrauensmänner-Sitzung

am Donnerstag, den 1. September, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 8), behufs Entgegennahme der Berichtsmassregeln sowie der Legitimationskarte zu entsenden.

NB. Besonders aufgefordert werden die gesamten Einsetzer der Firma Ernst Mittag, Besselianerstraße, mit Einschluß des Einsetzers Hellmann, wohnhaft Kottbusserstr., sowie die Kollegen von Schutt u. Comp., Michaelstr. 12, und der Einsetzer sowie Werkstatthalter von Schneider, Griebenerstr. 3, in obiger Sitzung zu erscheinen. Die Delegierten und Beauftragten werden gebeten, wo irgend möglich, die Einsetzer auf diese Annonce hinzuweisen.

Die Kommission.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679. Arbeitsnachweis: Zimmer 31. Amt IV, 3033.

Mittwoch, den 31. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Siebert, Andreasstraße 21:

Versammlung der Klempner.

Tages-Ordnung: 1. Der Ablauf der Einzelarbeit und deren Erneuerung. Referent: Cohen. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten. Kollegen! Es ist die wichtigste Versammlung, die wir seit Abschluß unseres Tarifes hatten, und erwarten wir deshalb, daß alle Kollegen erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Glasschleifer. Achtung!

Mittwoch, den 31. August, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal 1), Engel-Ufer 15:

Große öffentliche Versammlung

sämtlicher Glasschleifer Berlins.

Tages-Ordnung: 1. Welche Lohnforderungen stellen wir? 2. Diskussion. 3. Beschlußfassung über Punkt 1.

Kollegen! Es ist eure Pflicht, in dieser für jeden einzelnen so wichtigen Versammlung zu erscheinen. Mit kollegialem Gruß.

Der Einberufer.

Achtung!

Achtung!

Papier- u. Ledergalanterie-Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins!

Dienstag, den 30. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal):

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: Die Antwort der Arbeitgeber auf unsere Forderungen. Referent: Kollege Brückner. Das Erscheinen aller Galanterie-Arbeiter und Arbeiterinnen erwartet. Die gemeinsame Lohnkommission des Buchbinder- u. Portefeuille-Verbandes.

Die gemeinsamen Lohnkommission des Buchbinder- u. Portefeuille-Verbandes.

Den Genossen, Freunden und Bekannten zur freundlichen Anzeige, daß ich das Restaurations-Grundstück des Genossen Herrn H. Mertins käuflich übernommen habe und es in diesem Sinne weiter führen werde; ich bitte das meinem Vorgänger geschenkte Vertrauen und Wohlwollen auch auf mich zu übertragen.

962*

Geschäftsbesuch 7606

Albert Gobin, Gastwirt, Johannisthal, Roon-Strasse 2, (früher Prenzlauer-Allee 232).

Gleichzeitig den Genossen und Vereinen bei Auslägen bestens empfohlen. Familien können Kaffee kochen.

Die besten Einsegnungs-Anzüge kaufen Sie bei Herrmann Schlesinger Turmstr. 85. Streng feste Preise!

Todes-Anzeige. Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser innig geliebter Sohn Fritz im Alter von 12 Jahren nach kurzen, aber schwerem Krankenlager im Heidenhofs-Krankenhaus sanft entschlafen ist. Dies zeigen tiefbetrübt an Die Eltern und Geschwister Friedrich Ransch nebst Frau, Königsbergerstr. 32. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. September, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des St. Georgen-Kirchhofes in Weihensee aus statt. 7465

Central-Verband der Maurer Deutschlands. Zahlstelle Charlottenburg. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 27. d. M. der Kollege Herm. Glaubig verstorben ist. 148/12 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 30. d. M., nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. Der Vorstand. Gleichzeitig zur Nachricht, daß am 15. d. M. der Kollege Wilh. Neumann verstorben ist. Ehre ihrem Andenken!

Dankjagung. Für die zahlreichen Beweise unermüdeter Teilnahme bei der Beerdigung unseres geliebten Sohnes Hans sowie für die Kranzspenden und Beileidsbesuchen, wofür wir allen Verwandten, Bekannten und Genossen sowie den Vereinen unseren herzlichsten Dank. Albert Gobin u. Frau, Johannisthal. Für die überaus große Teilnahme wie für die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Lotterieverein „Berliner Rodderbees“ unsern herzlichsten Dank. Heinrich Jeschke nebst Familie.

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Strasse 2. Vereins-Kranz, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Guirlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.

Sofastoffe Riesenauswahl aller Qualitäten. Wolle, Reste! Moosquillen, Plüsch, Satteltaschen. Muster b. näher. Angabe franco. Emil Lefevre, Berlin, 158, Oranienstr.

Manteuffelstr. 106/107 Ecke Muskauerstrasse ist per 1. Oktober ein großer Laden, worin seit 9 Jahren ein Cigarren-Geschäft, auch zu andern Geschäften passend, billig zu vermieten. Näheres Bayreutherstr. 45, I. Etage, bis 9 Uhr und von 1 1/2-3 1/2 Uhr. 7535

Wanzen, Schwaben und Ungeziefer mit allen Mitteln vertilgt man tödlich u. schnell nur allein mit Noa's unerreichten, unerschöpflichen Spezialmitteln. Preis pro Portion n. Umw. - 50. I. - 1,75 u. 3. - Einzlg. u. allein edit nur beim Erfinder u. Fabrikanten Max Noa, Elsasserstrasse 5, 3. Haus b. Rosenthal-Thor. Lieferant f. Militär u. städt. Behörden.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5. Tabakfabrik. 5660L* Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer in Cigarren, Cigaretten, Rauch-, Kau- und Schnupftabaken. Amt 4, 3014.

Andreas-Festsäle. Empfehle meine keinen Säle zu Hochzeiten zu coulantesten Bedingungen. Diners von Mk. 2.- an. Sonntag, den 2. Oktober, der große Saal freigegeben. 97L*

Verlangen Sie ausdrücklich den so vorzüglich schmeckenden **Dänischen Anker-Kautabak.** Gibt nur, wenn in jedem Stück - Schinken oder Rollen - der Ritzzeitel mit Anker liegt. Nachgehenden Tabak ohne Ritzzeitel weise man zurück. In bester Qualität für Wiederverkäufer nur durch Carl Röcker, Berlin, Gröner Weg 112, Amt VII, 8801. Sämtl. Schnupf- u. Rauchtobak, Nordb. Kautabak - ein groß. Josell, Garbáty, u. a. Cigaretten zu Original-Preisen.

